

(Beginn: 15:39 Uhr - Ende: 19:35 Uhr)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 32. Sitzung des Rates in der Wahlperiode 2009/2014 und begrüße unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister und natürlich alle Mitglieder des Rates.

Nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute Herr Görzel und Herr Wiener entschuldigt.

Als Stimmzähler benenne ich Herrn Dr. Heinen, Herrn Jung und Frau Thelen.

Jetzt kommen wir zur Tagesordnung. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Wie üblich sind die nachträglichen Zu- und Absetzungen im Entwurf besonders gekennzeichnet.

Kommen wir zunächst zur Festlegung der Aktuellen Stunde. Es liegen zwei fristgerecht eingereichte Anträge auf Durchführung einer Aktuellen Stunde vor: zum einen der Antrag der CDU-Fraktion betreffend Nachtfluglärm am Flughafen Köln/Bonn, der im Entwurf die Ziffer 1.1 hat, zum anderen ein Antrag der Fraktion Die Linke, in dem es um Angriffe des Bundesumweltministers Röttgen gegen die RheinEnergie geht, Ziffer 1.2.

Wie Ihnen bekannt ist, sieht unsere Geschäftsordnung grundsätzlich nur eine Aktuelle Stunde vor. Bei mehreren Anträgen besteht nach § 5 Abs. 5 der Geschäftsordnung die Möglichkeit, sich einvernehmlich auf eines der beiden Themen zu einigen. Ich schaue mich um und frage Sie: Gibt es eine einvernehmliche Einigung? - Das ist nicht der Fall.

Dadurch sind wir in der Situation, dass wir heute zwei Aktuelle Stunden haben. Wer gegen die Durchführung der beiden Aktuellen Stunden ist, bitte ich um das Handzeichen. - Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Bei Ablehnung von der CDU sind zwei Aktuelle Stunden beschlossen.

Wir kommen nun zur Festlegung der heutigen Tagesordnung. Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte vor - ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit -: 4.1, 4.2, 4.3, 10.15,

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Langsam!
Langsam!)

10.16, 10.17. - Herr Granitzka, bitte.

Winrich Granitzka (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir haben versucht, diesen kurzfristig zugesetzten Antrag noch zu beraten. Das ist uns nicht gelungen. So muss ich Fristeneinrede geltend machen. Wir würden das gerne zu einem späteren Zeitpunkt ordentlich und umfassend diskutieren. - Vielen Dank.

(Martin Börschel [SPD]: Ihr wollt die verhindern!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es Einwendungen gegen diese Fristeneinrede? - Frau dos Santos.

Susana dos Santos Herrmann (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir eine kurze Anmerkung: Es ist natürlich guter Brauch, dass wir den Fraktionen zugestehen, dass Sie noch Beratungsbedarf haben. Was wir hier aber erleben, ist eine Ungeheuerlichkeit. Die CDU hat zusammen mit FDP und Linke schon im Landtag den Haushalt durchfallen lassen und damit den Kommunen erhebliche Schwierigkeiten bereitet.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Dieser Punkt gehört dazu. Das SozialTicket ist nicht finanziert. Jetzt versuchen wir, eine städtische Lösung zu finden und das alte KölnPass-Modell wiederherzustellen. Dass das jetzt wegen Fristeneinrede nicht beschlossen werden kann, ist unglaublich und ein politisches Spielchen auf dem Rücken der sozial Schwachen in dieser Stadt. Herr Oberbürgermeister, das ist unglaublich.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis
90/Die Grünen)

Wir machen das übliche Verfahren selbstverständlich mit, aber ich fordere Sie auf, Herr Oberbürgermeister, wenn Sie erlauben,

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das geht gar nicht!)

diese Verwaltungsvorlage möglichst rasch in eine Dringlichkeitsentscheidung umzuwandeln. Ich kann Ihnen jetzt schon für die SPD zusagen: Wir unterschreiben diese Dringlichkeitsentscheidung.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir auch!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. Dann brauchen wir darüber nicht abzustimmen. Ich gehe davon aus, dass der Tagesordnungspunkt 10.17 damit abgesetzt ist und im Rahmen einer Dringlichkeitsentscheidung möglichst bald zur Entscheidung vorgelegt wird.

Wir kommen jetzt zu weiteren Zusetzungen: 17.5, 17.6 und 18.1. - So weit die Zusetzungen.

(Zuruf von der CDU: 17.6 steht aber nicht auf der Tagesordnung!)

- In 17.6 geht es um die Mitgliedschaft im Kreiswahlausschuss.

(Zuruf von der CDU: Steht aber nicht auf der Tagesordnung!)

- Der Punkt 17.6 wurde ja auch zugesetzt. Dazu wird Ihnen gleich noch eine Tischvorlage ausgehändigt. Es geht um die Zusammensetzung des Kreiswahlausschusses. Durch das Ausscheiden des ehemaligen Mitglieds Alfred Schultz muss eine Nachbesetzung erfolgen, und das müssen wir heute ordentlich hinkriegen.

Jetzt kommen wir zu den Absetzungen. Abgesetzt sind: 2.1, 6.1.1, 10.1, 10.2, 10.6, 10.7, 10.13, 12.1, 17.3 sowie im nichtöffentlichen Teil 23.1 und 24.4. - Sie sollten sich nicht täuschen: Es bleiben noch einige Punkte auf der Tagesordnung, die es zu debattieren gilt.

Dann komme ich zu den Dringlichkeitsanträgen. Es liegt ein Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen vom 26. März zum Thema Flughafen Köln/Bonn vor. Das ist Tagesordnungspunkt 3.1.11. Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Das ist nicht der Fall. Damit ist sie so als Tagesordnungspunkt 3.1.11 angenommen und auf die Tagesordnung gesetzt.

Wir kommen nun zur Festlegung der Reihenfolge der Tagesordnung:

Ich schlage vor, die Tagesordnungspunkte 3.1.1 und 3.1.4 gemeinsam zu behandeln, da sich beide mit den Abschlagszahlungen an die Freien Träger beschäftigen.

Weiterhin schlage ich vor, die Anträge zum Flughafen unter 3.1.10 und 3.1.11 gemeinsam

mit der Aktuellen Stunde unter Tagesordnungspunkt 1.1, also gleich zu Beginn der Beratungen, zu behandeln. Ich glaube, es ist sehr logisch, wenn wir das so machen. Die Redeordnung wird dann der für die Aktuelle Stunde vorgesehenen entsprechen.

Gibt es Wortmeldungen zu dieser Tagesordnung? - Herr Breite, bitte.

Ulrich Breite (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir haben zum Punkt 3.1.11 - das ist der Dringlichkeitsantrag von SPD und Grünen zum Flughafen Köln/Bonn - einen Änderungsantrag eingebracht, in Session und schriftlich gerade der Sitzungsleitung übergeben.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Der kommt bei uns auch noch!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. Dieser wird dann unter Umständen noch vorgelegt. Das werden wir im Laufe der Aktuellen Stunde sehen.

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann lasse ich über die so geänderte Tagesordnung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist die Tagesordnung so angenommen.

Wir kommen zum ersten Tagesordnungspunkt:

1.1 Antrag der CDU-Fraktion auf Durchführung einer Aktuellen Stunde betreffend "Nachtfluglärm am Konrad-Adenauer-Flughafen Köln/Bonn" AN/0440/2012

3.1.10 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Verhinderung eines Luftdrehkreuzes der Kanadischen Streitkräfte am Flughafen Köln/Bonn" AN/0399/2012

3.1.11 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Flughafen Köln/Bonn" "Kein Luftdrehkreuz der kanadischen Streitkräfte am Flughafen" Lande- und Startentgeltregelung zur Verminderung des Fluglärms Verlagerung des Fernlinienbusbahnhofs zum Flughafen Köln/Bonn AN/0441/2012

**Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/0451/2012**

**Änderungsantrag der CDU-Fraktion
AN/0450/2012**

Herr Granitzka, ich darf Sie ans Pult bitten.

Winrich Granitzka (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Damen und Herren! Wir haben einen Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion und der Grünen-Fraktion, und wir haben eine Aktuelle Stunde, beantragt von der CDU-Fraktion. Es ist in der Tat wichtig und dringlich, dass wir uns über dieses Thema aktuell unterhalten. Dringlich ist es deswegen, weil es sowohl um die Gesundheit der Menschen als auch um die wirtschaftliche Prosperität dieser Stadt geht.

Dringlich ist es aber auch, weil der Öffentlichkeit einmal erklärt werden muss, wie es sein kann, dass ein grüner Parlamentarischer Staatssekretär, der das nun gar nicht mehr ist und schon sein Büro geräumt hat, in die Presselandschaft streut, die Landesregierung würde noch vor ihrem Ableben

(Martin Börschel [SPD]: Der Wiedergeburt!)

- erst einmal muss sie ableben, um wiedergeboren zu werden -

(Martin Börschel [SPD]: Auferstehung!
Es ist bald Ostern!)

über ein Nachtflugverbot für den Köln/Bonner Flughafen entscheiden. Ich war zuerst ein bisschen erschrocken, habe aber dann gemerkt, dass Herr Parlamentarischer Staatssekretär Becker seinen Minister, der sich, als er mit dieser Aussage konfrontiert wurde, im Ausland aufhielt, voll vorgeführt hat. So sieht rot-grüne Zusammenarbeit im Land aus. Deswegen musste diese Regierung auch scheitern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei CDU und FDP)

Nun, der Minister hat, wie wir wissen, zurückgerudert.

Hier in Köln haben sich Rot und Grün auf einen wirklich netten Antrag verständigt. Ich finde es unheimlich toll - ich komme gleich noch darauf zurück -, dass Sie sich heute dagegen wenden, dass die Canadian Royal Air Forces hier in Köln

ihre Schrottflyzeuge umladen wollen. Ich bin froh, dass Sie das mit aufgenommen bzw. von uns übernommen haben. Wir haben uns bereits am 15. Februar dazu positioniert und das auch in der Öffentlichkeit deutlich gemacht. Herzlich willkommen in unserem Boot!

(Beifall bei der CDU)

Das heißt: Hier gibt es kein Zögern und Zaudern mehr. Ich bin froh, dass auch Sie jetzt darauf gekommen sind, sich dagegen zu wenden.

Der Schlingerkurs, der im Nachtflug, im besten Sinne des Wortes, geflogen wird, dient weder dem Flughafen noch den Menschen, die in dessen unmittelbarer Nähe wohnen und ihre Nachtruhe brauchen. Beide Parteien fordern einen klaren Kurs von uns, und den müssen wir auch fahren. Wir wollen, dass die Interessen beider Seiten Berücksichtigung finden, aber ohne dass hier ein Kahlschlag stattfindet und ohne dass weiße Salbe verteilt wird, weil eigentlich nicht die gemeint sind, die wirklich Lärm machen, sondern nur die, die zu bestimmten Zeiten fliegen, was den Interessen der Bevölkerung zuwiderläuft. Denn viele, die sich dagegen wenden, fliegen eben mit, wie uns der Flughafenchef mitgeteilt mit.

Es geht nicht nur um die Gesundheit der Menschen, es geht auch um die Wettbewerbsfähigkeit des Flughafens Köln/Bonn. Auf der einen Seite ist der Flughafen ein wirklich wichtiger Wirtschaftsfaktor. 12 000 Menschen arbeiten unmittelbar vor Ort, in der ganzen Region hängen 24 000 Arbeitsplätze davon ab. Auf der anderen Seite müssen wir berücksichtigen, dass die Menschen Schlaf brauchen. Es heißt ja, dass im Schlaf die Batterie wieder aufgeladen wird, und wenn das dauernd gestört wird, ist es nicht in Ordnung.

Aber das ändern wir nicht durch politisches Hickhack oder politische Taktiererei, die nur kurzfristig wirkt. Vielmehr müssen wir wirklich etwas tun, und zwar jetzt. Wir müssen jetzt etwas tun, statt nur Strafen zu verhängen, wie Sie fordern, obwohl auch das richtig ist. Wir müssen dafür sorgen, dass Maßnahmen gegen den Lärm ergriffen und Incentives für weniger lärmende Maschinen geschaffen werden, beispielsweise dass solche Maschinen billiger starten können. Das werden wir auch mittragen. Aber all das reicht bei weitem nicht aus, meine Damen und Herren.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/
Die Grünen]: Sondern?)

Sondern: Wir müssen Anregungen geben, dass die Flugzeugflotten modernisiert werden. Die erste „Triple Seven“- ein bisschen Englisch müssen wir können -, also Boeing 777, die am Flughafen starten wird, wird dann eine laute MD-11 ablösen. Dieser Weg muss fortgesetzt werden.

Die Anfluglinien müssen optimiert werden. Die Deutsche Flugsicherung hat jetzt endlich anderen, weniger lärmintensiven Anflugwinkeln zugestimmt.

Es gibt Möglichkeiten, die Flugzeuge, die jetzt im Betrieb sind, so zu verbessern, dass sie leiser sind, indem man entsprechende Verkleidungen an den Fahrwerken der Maschinen anbringt. Der Chef des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt hat uns klar gemacht, was da alles möglich ist.

Und wir müssen die Verwaltung auffordern, schneller und unbürokratischer zu prüfen, ob den Menschen, die vom Lärm geplagt sind, schneller mit passivem Schallschutz geholfen werden kann.

All das sind umsetzbare Maßnahmen, die wir auf den Weg bringen, und zwar jetzt. Statt noch lange herumzupalavern und ideologisch herumzueiern, müssen wir jetzt etwas für die Menschen tun. Wir wollen damit anfangen. Und da, wo Sie das auch wollen, werden wir Ihrem Antrag sicherlich gerne zustimmen.

Ich will Ihnen keinen Sand in die Augen streuen. Es wird nicht einfach sein; denn wir bewegen uns auf einem schmalen Grat zwischen Wirtschaftlichkeit und schützenswerten Gesundheitsinteressen der Anwohner, aber wir müssen es versuchen. Das darf uns nicht davon abbringen, die notwendigen Schritte *jetzt* zu tun, *jetzt* damit anzufangen.

Punkt 1 des Antrages von Rot-Grün können wir gerne zustimmen. Ich hatte ja schon erwähnt, dass wir schon seit dem 15. Februar darauf warten, dass Sie sich unserer Position anschließen.

Zum Punkt 2: Da gehen wir ein bisschen weiter als Sie. Deswegen haben wir einen Änderungsantrag gestellt, der gerade noch umgedruckt wird und das wiedergibt, was ich hier gesagt habe. Wenn Sie also der Meinung sind, dass wir nicht nur das Abfliegen teurer machen sollten, sondern dass auch die Maschinen lärmtechnisch verändert werden müssen, um den Anwohnern mehr Ruhe zu

verschaffen, bitte ich Sie, unserem Änderungsantrag zuzustimmen.

In Punkt 3 geht es um die Anbindung des Fernlinienbusses. Da haben wir wahrlich genug hin und her palavert. Wenn es denn so ist - das werden wir nachher noch beim Oberbürgermeister hinterfragen -, dass Sie damit einverstanden sind, einvernehmlich mit dem Flughafen eine Ebene für diesen Busbahnhof zu finden - Herr Garvens hat zum Beispiel das Rückhaltebecken erwähnt -, dann könnten wir damit leben. Wenn Sie jedoch die Vorfahrtebene, die der Flughafen dringend braucht, favorisieren, können wir nicht damit leben. Das werden wir dann im weiteren Verlauf sehen.

Ich bitte Sie sehr herzlich, im Interesse der Menschen, die ihren gesunden Schlaf brauchen, aber auch im Interesse der Kölner Wirtschaft unserem Änderungsantrag zuzustimmen, und bedanke mich sehr herzlich für Ihr Zuhören. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Granitzka. - Wir kommen zu Herrn Börschel.

Martin Börschel (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss gestehen, Sie haben mich ein wenig ratlos zurückgelassen, Herr Kollege Granitzka. Sie haben jetzt mit lauten und vielen Worten im Grunde nichts Neues gesagt. Ihr Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde hat wesentlich mehr versprochen: irgendeine neue Positionierung der CDU, irgendeinen neuen Impuls, der uns hier in der Sache selbst weiter bringen könnte. Stattdessen haben Sie nur olle Kamellen gebracht. Im Grunde haben Sie die Dinge, die Sie angesprochen haben, nur mit einer Radikalrhetorik verbrämt, weil Entsprechendes entweder längst auf die Schiene gesetzt worden ist oder von der Durchsetzung bestimmter anderer Maßnahmen abhängig. Darauf will ich jetzt im Einzelnen kurz eingehen.

Ich beginne mit dem vermeintlich Leichtesten, dem Fernlinienbusbahnhof. Ich gebe ganz offen zu: Wir haben uns gemeinsam mit den Grünen überlegt, ob wir aus diesem Antrag zwei Anträge machen. In der Sache hängen sie ja nur insoweit zusammen, als es um den Flughafen geht. Man hätte das auch trennen können, aber aus sitzungsökonomischen Gründen haben wir das

zusammengepackt. - Die Gespräche stocken; ich will es einmal so sagen. Deswegen ist es gut und richtig, dass die Flughafengeschäftsführung weiß, dass der Rat der Stadt Köln dazu eine Position hat, um sich endlich zu bewegen.

Zur Sache selbst, dem Lärmschutz. Sie, Herr Kollege Granitzka, und Ihre CDU-Fraktion sind eigentlich die Letzten, die hier glaubwürdig mehr Lärmschutz für Anwohnerinnen und Anwohner einfordern können. Es sind die SPD-Fraktion, die Grünen und andere gewesen, darunter übrigens auch Ihre Parlamentarische Staatssekretärin a. D. in spe Frau Heinen-Esser, die vom Verteidigungsminister de Maizière gefordert haben, der Verlagerung des Luftdrehkreuzes der kanadischen Streitkräfte die Zustimmung zu versagen. Wenn Sie gelegentlich Zeitung lesen würden, Herr Granitzka,

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Bisschen Zurückhaltung, Herr Börschel!)

hätten Sie das einem Gastkommentar des Landtagsabgeordneten Ott und des Bundestagsabgeordneten Dörmann entnehmen können.

(Winrich Granitzka [CDU]: Wir haben es in die Zeitung gesetzt! Wir haben sie nicht nur gelesen!)

- Darauf will ich hinaus. Ihre Erfolgsbilanz, Herr Kollege Granitzka, die sich ja im Regelfall in Aldi-Toiletten erschöpft, sieht wie folgt aus: Sie sagen, Sie haben das in die Zeitung gesetzt. Das ist aber ein toller Erfolg. Sie haben in die Zeitung gesetzt, dass Ihr CDU-Bundesverteidigungsminister de Maizière diese kanadischen Luftstreitkräfte anwirbt. Das ist ja eine ganz tolle Aktion für eine christdemokratische Fraktion. Sie sollen das verhindern, statt es in die Zeitung zu setzen. Auf diesen gemeinsamen Nenner müssen wir doch kommen.

(Beifall bei der SPD - Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das kann doch nicht wahr sein!)

Ihr CDU-Bundesverteidigungsminister wirbt die an, Ihr CDU-Bundesverteidigungsminister trifft diese Entscheidung. Insofern: Sorgen Sie bei Ihrer Bundesregierung dafür, dass das so nicht kommt.

Ein zweiter Punkt, der Sie jede Glaubwürdigkeit verspielen lässt: Es war Ihr aktueller Wahlkampfmanager der NRW-CDU, der ehemalige Landesverkehrsminister Oliver Wittke, der die Nachtfluggenehmigung am Köln/Bonner

Flughafen vorzeitig 2008 um 15 Jahre verlängert hat. Wer auf der einen Seite so etwas tut und auf der anderen Seite dann lautstark Lärmprobleme beklagt, ist unglaublich, Herr Kollege Granitzka. Das müssen Sie sich hier gefallen lassen.

(Beifall bei der SPD - Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Dafür haben wir 5 000 Arbeitsplätze gesichert!)

Ich gebe gerne zu: Die Angelegenheit ist kompliziert. Die SPD-Fraktion bleibt dabei: Wir wollen eine differenzierte Abwägung dieser Problematik vornehmen. Diesem Punkt Ihrer Rede stimme ich ausdrücklich zu. Wir haben auf der einen Seite die enormen wirtschaftlich positiven Auswirkungen des Flughafens inklusive der 12 000 direkten und der weiteren mehr als 12 000 indirekten Arbeitsplätze zu konstatieren und auf der anderen Seite Anliegen und Interessen von Anwohnerinnen und Anwohnern zu berücksichtigen, die sich in ihrer Nachtruhe gestört fühlen und Gesundheitsschäden geltend machen. Das ist das Problem, das man als ehrlicher Makler angehen muss. Man kann hier nicht luftleere Versprechen abgeben und sagen, das gehe jetzt alles ganz einfach.

Insofern hat die aktuelle Landesregierung, die sich am 13. Mai bestätigen lassen will, nach dem Verfahren gehandelt: Betroffene zu Beteiligten machen. Alle Beteiligten, sowohl die Nachtfluggegner, die Passagierflugunternehmen als auch der Flughafen selbst, werden in einem Anhörungsverfahren zusammengebracht und sollen dort ihre Sicht der Dinge darlegen. Ich persönlich gehe davon aus, dass dieses Anhörungsverfahren um die Landtagswahl herum, möglicherweise noch vorher, beendet sein wird.

Aber - da greife ich Ihre Worte auf - wir sollten den Leuten keinen Sand in die Augen streuen. Selbst wenn das Anhörungsverfahren so ausginge, dass die Landesregierung beispielsweise ein Nachtflugverbot für Passagierflugzeuge beantragen kann, dann obliegt es Ihrem Bundesverkehrsminister Ramsauer, darüber zu entscheiden, und dann müssten Sie sich dazu verhalten. Selbst wenn er positiv entschiede, würden hinterher die Gerichte diesen unzweifelhaft belastenden Verwaltungsakt zum Nachteil des Flughafens und zum Nachteil der Luftverkehrsunternehmen auf rechtliche Auswirkungen überprüfen müssen. Das heißt: Das muss man den Leuten ehrlich sagen. Man muss Ihnen doch sagen, dass wir wegen der von Oliver Wittke erteilten

Betriebsgenehmigung ein Problem haben, bestimmte Maßnahmen hier durchzusetzen. Man kann doch nicht so tun, als ließe sich das einfach so mit einem Federstrich beseitigen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Dann kriegen Sie aber nicht die Arbeitsplätze! Das ist doch der Punkt!)

Deswegen muss man neben einem Plan A auch einen Plan B in der Tasche haben. Da haben wir durchaus Schnittmengen. Natürlich muss man den passiven Schallschutz verbessern. Natürlich muss man auf leiseres Fluggerät drängen. Der Einsatz der „Seven-Seven-Seven“, wie Sie so schön auf Hochenglisch gesagt haben, ist ja längst bekannt; das ist ja längst passiert. Dafür braucht man Ihren Antrag gar nicht.

(Winrich Granitzka [CDU]: Es kommt die erste Maschine!)

- Genau, es kommt die erste Maschine. - Aber wir müssen auch für weitere Anreize sorgen. Und in dieser Hinsicht geht der heutige Antrag von SPD und Grünen weiter; denn wir fordern, die Lande- und Startentgeltregelungen zu verändern. Dabei dürfen

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Ist doch schon längst so!)

- nein, das ist eben nicht „schon längst so“ - auch Lärmzuschläge, wie sie beispielsweise Frankfurt am Main und Hamburg praktizieren, kein Tabu sein. Das muss man ernsthaft in die Prüfung aufnehmen. Momentan gibt es ja am Flughafen Köln/Bonn ein Bonussystem. Die Frage ist: Reicht das? Andere Flughäfen praktizieren ein anderes Modell, und da fliegen auch heute noch Flugzeuge, wenn ich richtig informiert bin. Die Frage ist, ob deren Modell auch für den Flughafen Köln/Bonn das richtige Modell ist, um zu gewährleisten, dass Anwohnerinnen und Anwohner insbesondere in der Nacht wirksamer vor Lärm geschützt werden.

Es bleibt das Grundproblem: Der wirkliche Lärm in der Nacht kommt von den Frachtflugzeugen,

(Winrich Granitzka [CDU]: So ist es!)

nicht von Passagierflugzeugen, wobei man rein rechtlich an Letztere möglicherweise leichter herankommt und diese möglicherweise auch verzichtbarer sind, im Sinne unserer wirtschaftlichen Prosperität und dem Erhalt von Arbeitsplätzen. Aber das muss man dann auch ehrlich sagen. Man muss damit als ehrlicher Makler umgehen und nicht, wie Sie das hier

vorgemacht haben, den Leuten Sand in die Augen streuen. Ob wir nun Wahlkampf haben oder nicht: Ich finde, Authentizität, Ehrlichkeit und Redlichkeit sind in einer solchen Debatte von ganz hoher Bedeutung.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Dies mahne ich an. Wenn Sie sich gemeinsam mit uns auf diesen Weg aufmachen wollen, dann sind Sie herzlich willkommen. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Eine Nachfrage von Herrn van Benthem.

Henk van Benthem (CDU): Herr Kollege Börschel, Sie haben wie immer mit geschliffener Zunge ein gutes Referat gehalten. Sie haben sehr viel über Ehrlichkeit geredet. Es kann natürlich sein, dass der Vorsitzende der SPD nicht immer mit dem Fraktionsvorsitzenden redet. Ich zum Beispiel war vor ein paar Monaten auf einer Veranstaltung von Verdi am Flughafen. Da hat Jochen Ott mit Vehemenz - Sie haben ja hier von Wahlkampf gesprochen - darum gerungen, zu betonen: „Mit mir ist ein Nachtflugverbot im Frachtbereich nicht zu machen.“ Das wird Ihnen wahrscheinlich entgangen sein, Herr Börschel; denn Sie haben ja gerade gesagt, Nachtflüge von Frachtflugzeugen würden die schwersten Lärmbelästigungen verursachen.

Des Weiteren scheint Ihnen entgangen zu sein, dass sich Ihr Oberbürgermeister - er ist natürlich auch unser Oberbürgermeister, aber er ist in Ihrer Partei - immer für den Nachtflug am Flughafen, auch für den Frachtnachtflug, eingesetzt hat. Herr Oberbürgermeister, ich müsste mich schwer vertun, wenn dem nicht so ist. Wenn Sie als ehrlicher Makler agieren wollen, Herr Börschel, dann sollten Sie wirklich ehrlich bleiben. Ich finde die Legende, die Sie hier vorgetragen haben, schon sehr befremdlich.

(Beifall bei der CDU)

Martin Börschel (SPD): Ich versuche, aus Ihrem Statement drei Fragen zu extrahieren:

Erstens. Freue ich mich, dass er auch Ihr Oberbürgermeister ist? - Ja.

Zweitens. Hält Jochen Ott am Flughafen Wahlkampfreden? - Wenn das, wie Sie sagen, vor einigen Monaten war, kann das denkotwendigerweise nicht der Fall gewesen sein.

(Zuruf von Henk van Benthem [CDU])

- Tja, war nun Wahlkampf oder nicht? Der Landtag ist ja erst seit knapp zwei Wochen aufgelöst. Daher kann es gar kein Wahlkampfauftritt gewesen sein.

Ich will aber drittens auf die Sache selbst eingehen; denn das ist viel entscheidender. Wir haben es beim Thema Passagiernachtflug und Frachtnachtflug mit zwei sich überkreuzenden Interessen zu tun. Der Frachtnachtflug ist ökonomisch bedeutender; denn er bildet das wirtschaftliche Rückgrat für den Flughafen Köln/Bonn und unsere Region. Insofern möchte und wird die SPD daran nicht rütteln. Das Problem beim Frachtflug ist, dass die Maschinen lauter sind. Der Passagierflug ist im Vergleich zum Frachtflug zwar ökonomisch auch wichtig, aber verzichtbarer. Wenn man aber darauf verzichten würde, wären im Verhältnis zum Frachtflug die Lärmemissionsauswirkungen jedoch geringer. Das heißt: Wirkung und Bedeutung überkreuzen sich. Das ist ein Punkt, mit dem man umgehen muss.

Schon rechtlich ist das problematisch; denn die Betriebsgenehmigung, die Herr Wittke als Landesverkehrsminister ausgesprochen hat, als eine Einheit zu sehen ist. Die große Frage ist, ob es überhaupt rechtlich möglich ist, diese Betriebsgenehmigung sozusagen künstlich in Fracht- und Passagierflug zu unterteilen. Genau deswegen ist das Anhörungsverfahren, das die Landesregierung durchführt, so wichtig. Vielleicht kann man mit den Beteiligten ja zu einem Konsens kommen - wer weiß, ob das nicht am Ende sogar möglich ist -, statt einfach nur zu behaupten, das wäre so.

Sie haben gerade auch auf einen angeblichen Widerspruch zur Position des Oberbürgermeisters hingewiesen. - Der Oberbürgermeister hat sich sehr klar zum nächtlichen Frachtflug bekannt. Wir auch. Das steht übrigens auch in einem gemeinsamen Brief, den die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen im Oktober vergangenen Jahres an den Landesverkehrsminister Voigtsberger geschrieben haben. Insofern weiß ich gar nicht, warum Sie hier einen Widerspruch konstruieren. Unsere Position dazu ist klar, wenn auch kompliziert; das gebe ich zu. Umso

wichtiger ist, dass man mit den Menschen ehrlich umgeht, und das nehmen wir für uns in Anspruch. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Als Nächsten bitte ich Herrn Frank ans Mikrofon.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Werter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, die diese Aktuelle Stunde beantragt haben: Es ist ja schön, dass Sie von der CDU sich hier vehement gegen die Ansiedlung der kanadischen Luftwaffe am Flughafen Köln/Bonn aussprechen. Aber wenn Sie die Presse wirklich genau verfolgt haben, werden Sie auch gelesen haben, dass Staatssekretär Horst Becker, den Sie hier so gescholten haben, laut *Kölner Stadt-Anzeiger* vom 16. Februar gesagt hat, dass er dies für eine Provokation hält, und de Maizière scharf kritisiert hat, der diese Maßnahme ohne jede Rücksprache mit den betroffenen Kommunen bzw. mit der Landesregierung verfügen will. Damals war von Ihrer Seite nichts zu hören. Ich finde es aber prima, dass Sie dies jetzt aufgreifen wollen; denn es ist speziell Ihre Aufgabe als CDU in Köln, auf de Maizière und insbesondere auch auf Ihren neuen Spitzenkandidaten, Umweltminister Röttgen, einzuwirken, der ja schon des Öfteren im Rhein-Sieg-Kreis gesagt hat, der Fluglärm sei ein Problem. - Das zum Ersten.

Zum Zweiten: Es gibt, verkehrspolitisch gesehen, sicherlich keinen besseren Ort für einen Fernlinienbusbahnhof als den Flughafen Köln/Bonn. Damit ist eigentlich alles schon gesagt. Aber wir haben es hier mit einer Flughafengeschäftsführung unter Führung von Herrn Garvens zu tun, die derzeit jede Frage der konkreten Umsetzung abblockt. Insofern, denke ich, muss von hier aus das eindeutige Zeichen ausgehen, dass der Rat die Richtung klar und deutlich vorgibt. Wenn wir das alle gemeinsam tun, umso besser.

Was den Fluglärm bzw. den Nachtflug angeht, so stellt man fest, dass immer mehr Wissenschaftler und Wirtschaftsmanager die These entkräften, von Nachtflügen hänge das Wohl und Wehe der Volkswirtschaft ab. Es sind nur spezielle Branchen, speziell die Touristik- und Logistikbranche, die unverbrüchlich daran festhalten. Interessant ist in diesem

Zusammenhang das Ergebnis einer aktuellen Umfrage zum Rhein-Main-Kompass, die in Frankfurt gemacht wurde. 220 Führungskräfte von großen Unternehmen wurden befragt, ob sie den Nachtflug für entscheidend halten. Nur 10 Prozent der befragten 220 Manager befürchteten tatsächlich erhebliche Nachteile. Auch da ist die Frage angekommen, und es macht sich ein Wandel bemerkbar.

Wir wissen hingegen sicher - das ist inzwischen empirisch erwiesen; die UBA-Studie „Risikofaktor nächtlicher Fluglärm“ ist auf der Webseite des Umweltbundesamtes nachzulesen und herunterzuladen -: Fluglärm macht krank. Durch nächtlichen Fluglärm steigt insbesondere das Risiko von Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Auf der Basis der Daten, die von Professor Greiser ermittelt worden sind, muss man in den nächsten zehn Jahren von 6 300 fluglärmbedingten Neuerkrankungen in der Flughafenregion Köln/Bonn ausgehen. Man muss sich einmal vorstellen, was dies auch volkswirtschaftlich bedeutet, wenn all diese Menschen dadurch in ihrem Leben, aber auch in ihrer Arbeitsfähigkeit beeinträchtigt werden.

Fluglärm ist heute eine der größten Umweltbeeinträchtigungen für Menschen, die in der Nähe von Flughäfen leben. Das hat erst kürzlich der Präsident des Umweltbundesamtes, Professor Jochen Flasbarth, festgestellt. Er sagte: „Lärm ist das am stärksten unterschätzte Umweltproblem in Deutschland.“ Der Köln/Bonner Flughafen ist wie kein anderer deutscher Flughafen nachtoffen. Auf keinem deutschen Flughafen ist deshalb dieses Problem so groß. In der nächtlichen Kernzeit von 0 bis 5 Uhr gibt es durchschnittlich 60 Flugbewegungen. Damit liegt Köln weit vor den Großflughäfen Paris, Madrid und Brüssel. Auch deshalb ist es an der Zeit, hier Maßnahmen zu ergreifen.

Die rot-grüne Minderheitsregierung hat in ihrer kurzen Regierungszeit einen neuen Anlauf unternommen. Das ist sehr löblich. Es wurde erkannt - ich denke, bei beiden Partnern gleichermaßen -, dass der Passagierverkehr nur 5 Prozent des Nachtflugverkehrs insgesamt in Köln ausmacht und sich daher die Frage nach der wirtschaftlichen Existenz des Flughafens Köln/Bonn gar nicht stellt, wie es uns manche, insbesondere der Flughafenchef, glauben machen wollen.

Eines ist aber auch klar: Wenn diese veränderte Genehmigung, sprich: das Nachtflugverbot für Passagierflüge, vom Landesverkehrsminister unterschrieben ist, hängt es letztendlich an der

Entscheidung des Bundesverkehrsministers. Und in dieser Frage sind Sie von der CDU wieder gefragt. Sie haben ja hier so oft das Wort „herumeiern“ in den Mund genommen. Ich merke, das Herumeiern und das Um-die-eigene-Achse-Rotieren sind bei Ihnen am deutlichsten ausgeprägt. Sie haben nämlich nicht gesagt, was Sie in dem Falle unternehmen wollen und ob Sie sich auf einen Konflikt mit Ihrem Bundesverkehrsminister und Ihrem Bundesumweltminister einlassen wollen. Dazu habe ich nichts von Ihnen gehört.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist die große Frage!)

Umso wichtiger ist es - diese Bundesregierung wird ja wahrscheinlich noch ein Jahr lang regieren, erst danach stellt sich die Frage mit einer neuen Bundesregierung erneut -, anderweitige Maßnahmen zur Verminderung des Fluglärms zu realisieren, die auch kurzfristig wirken können. Deshalb unser Antrag. In Ziffer 2 - das ist der wichtigste Punkt - fordern wir eine veränderte Regelung der Nachtflugentgelte. Es geht darum, Lärmzuschläge einzuführen. Ich will Ihnen dazu nur ein Datum nennen: Die maximale Lärmgebühr am Frankfurter Flughafen beträgt 128 000 Euro. Die maximale Lärmgebühr am Flughafen Köln/Bonn 1 120 Euro. Ansonsten gibt es eine Staffelung - da hat Herr Klipper sogar recht -, aber diese Staffelung ist ein Hohn.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Da habt ihr mitgestimmt, Herr Frank! Wissen Sie das noch? 2002!)

In dieser Frage ist der Köln/Bonner Flughafen ein „Billigheimer“. Selbst unter Wettbewerbsbedingungen ist es möglich, wirksame Lärmzuschläge einzuführen, die dazu führen werden, dass es sich für die Fluggesellschaften nicht mehr lohnt, mit Krachmachern nachts in Köln/Bonn zu landen. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Frank.

Ich möchte, auch in meiner Eigenschaft als Mitglied des Aufsichtsrats der Flughafen GmbH, noch einmal zur Klarstellung sagen, dass sich der Geschäftsführer des Flughafens für eine Ansiedlung des Fernlinienbusbahnhofs durchaus aufgeschlossen gezeigt hat und es für notwendig

hält, jetzt Gespräche über den konkreten Standort zu führen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Nur nicht an dem Standort, der da vorgeschlagen ist!
- Winrich Granitzka [CDU]: Herzlichen Dank für die Richtigstellung, Herr Oberbürgermeister! Das war notwendig!)

Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Houben, bitte.

Reinhard Houben (FDP): Herr Oberbürgermeister! So ist das, wenn man meint, ein schönes Thema für den Landtagswahlkampf gefunden zu haben, und dann merkt man, lieber Herr Granitzka, dass man eine Aktuelle Stunde auch mit Inhalten füllen muss.

(Beifall bei der SPD)

Das macht die Situation dann schon ein bisschen schwierig. Im Moment wird ja Ihr Änderungsantrag verteilt. Auch wir haben uns erlaubt, kurzfristig noch einen Ergänzungsantrag zu stellen.

Ich möchte zuerst auf den gemeinsamen Antrag von SPD und Grünen eingehen. Interessant an diesem Antrag ist für uns: Darin findet sich relativ viel SPD und relativ wenig Grün, was die Positionierung zum Flughafen angeht. Deswegen haben wir etwas recherchiert und einen Ergänzungsantrag eingebracht, ganz einfach formuliert, nur ein Satz, nämlich:

Der Rat der Stadt Köln spricht sich für eine Kernruhezeit bei Starts und Landungen von Passagierflugzeugen zwischen 0.00 Uhr und 6.00 Uhr auf dem Flughafen Köln/Bonn aus.

(Beifall bei Teilen der FDP)

Unser Antrag wird gerade hier verteilt. Das ist ja auch die bekannte Position der Grünen. Das haben Sie auf verschiedenen Parteitag, auch in Köln, beschlossen. Das hat Herr Becker mehrfach so vorgetragen; das ist im Internet nachzulesen. Das ist eine Position, die wir gemeinsam so übernehmen können, wenn ich es richtig verstanden habe. Deswegen wundert es uns ein wenig, dass im gemeinsamen Antrag von SPD und Grünen diese gemeinsame Position offensichtlich nicht erarbeitet werden konnte.

Deswegen, Herr Granitzka, trotzdem vielen Dank.

(Winrich Granitzka [CDU]: Bitte sehr!)

Die von Ihrer Fraktion beantragte Aktuelle Stunde hat zumindest an der Stelle eine gewisse Differenz zwischen vollmundigen Erklärungen auf der einen Seite und praktischer Politik im Rat der Stadt Köln auf der anderen Seite aufgezeigt.

Nun zu den einzelnen Punkten des Antrags von SPD und Grünen: Wir können Ihrem Antrag in der Art und Weise folgen. Wir haben damit kein Problem.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir kennen den Antrag immer noch nicht!)

- Wie gesagt, unser Antrag umfasst einen Satz, Frau Moritz.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Dann sagen Sie ihn mir doch mal!)

- Den habe ich gerade eben vorgetragen. Aber, Frau Moritz, für Sie lese ich ihn gerne noch einmal vor. Mit besonderem Dank an Frau Moritz:

Der Rat der Stadt Köln spricht sich für eine Kernruhezeit bei Starts und Landungen von Passagierflugzeugen zwischen 0.00 Uhr und 6.00 Uhr auf dem Flughafen Köln/Bonn aus.

Okay, Frau Moritz?

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja!)

Zu Punkt 1 Ihres Antrags, Stichwort Kanadier: Da sind wir vollkommen auf der Linie dieses Antrags. Auch wir halten es nicht für sinnvoll, dass militärische Flugzeuge, die natürlich keiner Klassifizierung nach Geräuschentwicklung unterworfen sind und sich im Zweifelsfall an gar keine Regelung halten müssen, ausgerechnet in einem Ballungsraum wie hier bei uns starten und landen müssen. Deswegen können wir Sie an der Stelle durchaus unterstützen.

Ich glaube - ich konnte nur einen kurzen Blick auf den CDU-Änderungsantrag werfen; er wurde ja gerade erst verteilt -, dass Punkt 2 Ihres Antrags im Grunde ungefähr dem entspricht, was auch die CDU-Ratsfraktion wünscht. Deswegen können wir an der Stelle durchaus mitmachen. Nach unseren Informationen wird das zum großen Teil schon praktisch in die Arbeit des Flughafens und dessen Verhalten eingearbeitet.

Herr Frank, wir hatten nicht die Möglichkeit, zu prüfen, ob die von Ihnen eben vorgetragene Zahlen zu den Lärmentgelten tatsächlich so weit auseinanderliegen. Wenn das der Fall sein sollte, dann haben Sie uns an der Stelle durchaus an Ihrer Seite.

Wenn es so ist wie in Punkt 3 dargestellt, nämlich dass der Fernlinienbusbahnhof am Flughafen ohne Beschränkungen der wirtschaftlichen Entwicklung des Flughafens gebaut werden kann, finden Sie uns an der Stelle auch an Ihrer Seite.

Wenn Sie also unserer Ergänzung, die ja im Grunde der Position der Grünen entspricht, zustimmen könnten, können wir gerne auch Ihrem gemeinsamen Antrag zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu Herrn Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörer auf der Tribüne! Wir haben jetzt die Aktuelle Stunde zum Thema Lärmbelastungen durch den Flughafen durchgeführt. Damit zusammengefasst war auch ein Antrag der Fraktion pro Köln zum gleichen Thema, den wir bereits vor über zwei Wochen gestellt haben. Damals ging es noch gar nicht um das Thema Landtagswahl.

Als ich eben aus den Unterlagen unseren Antrag noch einmal herausgesucht habe und diesen mit dem von SPD und Grünen verglichen habe, war ich schon etwas überrascht; denn Ihr Antrag unterscheidet sich nicht von dem Antrag, den wir gestellt haben. Was muss denn in der Zwischenzeit passiert sein, dass Sie auf unseren Kurs einschwenken?

Zum einen hat das natürlich mit dem Phänomen zu tun, dass die Presse unsere inhaltliche Arbeit ja immer totschweigt. Da denken Sie: Wenn wir das einfach bei pro Köln kopieren, merkt das ja keiner, und dann steht morgen in der Zeitung, wie toll wir uns für die Menschen eingesetzt haben. - Das ist ja sehr löblich. Wir werden Sie auch unterstützen und alle Ihre Anträge mit einem zustimmenden Votum versehen.

Zum anderen ergeben sich daraus weitere Fragen. Zurzeit werden die Kandidaten für die Landtagswahl aufgestellt. Als vor zwei Wochen klar war, dass wir hier in NRW Neuwahlen bekommen, kam das in Gang. Es werden also Kandidaten neu aufgestellt; es werden entsprechende Programme neu geschrieben. Haben Sie alle sich denn dafür eingesetzt, dass die Anträge, die Sie hier im Stadtrat stellen, auch im jeweiligen Wahlprogramm stehen? Das interessiert mich, und das interessiert die Bevölkerung. Nicht, dass Sie hier im Stadtrat, der ja primär überhaupt nicht dafür zuständig ist und primär gar nichts damit zu tun hat, die dicke Lippe riskieren, und wenn Sie zu Ihrem eigenen Parteitag fahren, dann kommt nichts.

Ich frage mich: Was haben wir denn hier für komische Politiker? Sie schwingen sich hier immer auf und tun so, als seien Sie die Größten. Sie sitzen nicht nur im Landtag, Sie sitzen auch noch im Finanzausschuss. Da hört man Sie immer groß tönen, was Sie alles tun können. Doch es kommt nichts dabei heraus. Die Frage beantworten Sie uns bitte einmal. Die Frage beantworten Sie dem Bürger. Das ist gerade ein Lackmustest. Die Kandidaten müssen neu aufgestellt werden. Haben Sie die Kandidaten für die Landesliste Ihrer Parteien befragt, ob sie Ihren Beschlussanträgen auch im Landtag tatsächlich folgen werden?

Dort sitzt ja auch eine Mini-Partei, die gerade bei 1,2 Prozent gelandet ist. Sie hat sich jetzt einen ganz großen Fisch aus der Bundespolitik geangelt, der sie wieder in Richtung 2 Prozent bringen soll. Da hätte ich gerne gewusst: Wie steht er denn zu der Sache? Haben Sie das am Wochenende auf Ihrem Parteitag auch beschlossen? Sie haben uns hier ja erst während der Debatte ein Papier zukommen lassen, um aufzuzeigen, wie dringlich das alles für sie ist.

Das sind Fragen, auf die wir von Ihnen Antworten erwarten. Das wollen wir wissen. Die Themen müssen auch in den richtigen Gremien behandelt werden. Nur Show bringt gar nichts. Das kostet nur Zeit. - Danke schön.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: So weit Herr Uckermann. - Wir kommen dann zu Herrn Ludwig.

Claus Ludwig (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren!

Ich frage mich, was Sie gerade so aufgeschreckt hat: Die zunehmenden Demonstrationen an den Flughäfen, die zunehmende Betroffenheit, oder war es nicht doch der Wahlkampf? Angesichts der inhaltsleeren Töne, die von einigen hier kamen, denke ich: Es war wohl eher der Wahlkampf.

SPD und Grüne schlagen vor, durch gestaffelte Gebühren Lärm finanziell stärker zu belasten. Das ist schon einmal besser als das, was Herr Garvens vorschlägt; denn er schlägt vor, leisen Maschinen weitere Rabatte zu gewähren. Das würde jedoch keinesfalls dazu führen, dass Maschinentypen ausgetauscht werden, sondern eher dazu, dass Gesellschaften, die diese leisen Maschinen nutzen, zusätzlich nach Köln fliegen würden, um hier diese Subventionen abzukassieren. Das geht gar nicht. Insofern ist klar: Unternehmen dürfen nicht auch noch Geschenke erhalten, sondern sie müssen den Einsatz lauterer Maschinen teurer bezahlen. Die Menschen von Köln-Mülheim bis nach Hennef brauchen keine Nachtflugspende und keine Subventionierung, sondern sie brauchen - verflucht noch mal! - Ruhe in der Nacht.

Die ganze Debatte sollte sich aber nicht in der Frage der leisen Maschinen erschöpfen. Es muss auch darum gehen, Nachtflug grundsätzlich zu erschweren, indem ein Nachtflugverbot für Passagiermaschinen - das ist ganz klar - verhängt wird, und im Bereich der Frachtmaschinen so zu agieren, dass Nachtflüge wesentlich teurer werden als Flüge am Tage, um zu erreichen, dass nur wirklich notwendige Eiltransporte nachts erledigt werden.

(Beifall bei der Linken)

Leise Maschinen sind ja auch nur relativ leise. Dazu sagt ein Anwohner: „Wenn ich nachts um vier von so einem lauten Frachtflieger geweckt werde, dann bin ich nicht wirklich beruhigt, dass die Passagiermaschine, die fünf Minuten später kommt, nicht ganz so laut ist.“ - Dazu kommt, dass die Kategorie lautes oder leises Flugzeug nichts, aber auch gar nichts mit einem Hör- oder Lärmereignis zu tun haben, sondern mit dem Verhältnis von Nutzlast zu erzeugtem Lärm. Insofern kann auch ein leiser Flieger verdammt laut sein. Er ist nur als leise definiert, weil er besonders viel Last transportieren kann.

Bisher haben sich alle um die Antwort auf die Frage herumgedrückt, wie wir erreichen können, dass der Nachtflug wirklich reduziert wird. Dazu wurde hier nichts gesagt. Alle eiern hier wahlkampfartig herum.

Hier gilt das Gleiche wie bei der Debatte um den Godorfer Hafen. Der Transport wächst weit schneller als die Wirtschaft insgesamt, und diese wächst schneller als der Lebensstandard der Masse der Menschen. Genau genommen wächst Letzterer überhaupt nicht mehr. Selbst im Aufschwungland Deutschland stagniert der Lebensstandard der breiten Massen. Der gewaltige Anstieg des Transports hat nichts mit unserem Wohlstand zu tun. Transporte nehmen zu: auf der Straße, in der Luft, zu Wasser und auf der Schiene, weil unterschiedliche Lohnhöhen in verschiedenen Ländern und Regionen und künstlich subventionierte Transportkosten es für Unternehmen profitabel machen, Waren von einem Ende der Welt zum anderen zu verschieben. Das hat mit Wohlstand oder Lebensstandard nichts zu tun.

Auch Nachtflüge haben nur zu einem geringen Anteil mit der Notwendigkeit schnellen Transports zu tun, sondern dienen in den meisten Fällen der Ausdehnung der Maschinenlaufzeiten, um das eingesetzte Kapital an Flughäfen und Maschinen richtig zu nutzen. Auch deshalb müssen Nachtflüge eingeschränkt werden. Die Linke nimmt aber auch die Bedenken und Sorgen der Beschäftigten auf den Flughäfen ernst und setzt sich dafür ein, dass diesen keine Nachteile durch die Einschränkung des Nachtflugverkehrs und des Flugverkehrs insgesamt entstehen. Es trifft auch nicht zu, dass dies automatisch ist. Der Widerspruch zwischen Arbeitsplätzen und berechtigten Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner wird konstruiert. Beides ist vereinbar: vernünftige Jobs in dem Bereich und Nachtruhe für die Anwohnerinnen und Anwohner.

Zu den Punkten 1 und 3 des Antrags nur kurze Kommentare:

Es ist, um ehrlich zu sein, nicht allzu mutig, zu fordern, es dürfe kein Luftdrehkreuz der kanadischen Luftstreitkräfte in Köln/Bonn geben. Das hat ja nun schon jeder getan. Als einzige Partei setzt sich übrigens die Linke dafür ein, auch die Flugaktivitäten der Bundeswehr in Köln/Bonn zu reduzieren bzw. zu beenden. Denn immerhin werden von hier aus Versorgungsflüge nach Afghanistan geflogen, um dort die militärische Besatzung des Landes und die Kriegführung zu ermöglichen.

Zum Fernlinienbusbahnhof: Wir sehen eigentlich keinen Grund, von unserer Forderung abzurücken, dass er in der Innenstadt bleiben soll. Eine Anbindung an den Hauptbahnhof halten wir für wichtiger als eine an den

Flughafen. Wir wollen nicht, dass die Leute, die statt mit dem PKW mit dem Bus anreisen, noch einmal umsteigen müssen. Insofern halten wir es nicht für zielführend, das hier heute zu beschließen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Herr Frank, war das eben noch eine Wortmeldung? - Ja. Bitte schön.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Werte Damen und Herren! Lieber Kollege Houben, ich weiß ja, dass Ihnen das Wasser bis zum Hals steht,

(Zurufe von der FDP: Oh!)

aber warum denn so ein Spektakel? Die FDP hat doch in den letzten Jahren und Jahrzehnten keine Sitzung des Rates und keine Sitzung des Landtages, in der dieses Thema zur Debatte stand, ausgelassen, um für die völlige Nachtoffenheit des Flughafens Köln/Bonn zu streiten.

Ich habe mir einen Beschluss des Rates herausgesucht

(Zuruf von Ralph Sterck [FDP])

- hören Sie zu, Herr Sterck! - zum Thema „Nachtflugbeschränkungen am Flughafen Köln/Bonn“ vom 3. Februar 2000.

(Zuruf von Ralph Sterck [FDP])

- Das ist schon etwas her; das gebe ich ja zu. - Dieser Ratsbeschluss beinhaltet unter anderem das Verbot planmäßiger Starts und Landungen von Passagierflügen, auch denen mit PAX-Bonus, in einer Kernzeit von 0 bis 5 Uhr und fordert die Landesregierung auf, entsprechend zu handeln. Genau dieser Abschnitt findet sich in der Verordnung, die derzeit dem Landesverkehrsministerium vorliegt und über die wir eben gesprochen haben, wieder. Das heißt: Wir haben einen Ratsbeschluss. Dieser Ratsbeschluss ist noch abzuarbeiten, aber er steht. Wir brauchen also keinen neuen Ratsbeschluss.

Um unsere Diskussion und Beschlussfassung komplett zu machen,

(Zuruf von der FDP: Schlechtes Gewissen, Herr Frank?)

liegt Ihnen das Schreiben der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24. Oktober 2011 vor, in dem auf das aktuelle Verfahren Bezug genommen wird und aus dem deutlich hervorgeht, dass die Landesregierung, hier das Verkehrsministerium, beabsichtigt - Zitat - ,

die Nachtflugbeschränkungen dahin gehend zu ändern, dass Starts und Landungen im Passagierflugverkehr zwischen 0 und 5 Uhr Ortszeit unzulässig sind.

Ich will das Schreiben jetzt nicht vollständig vorlesen, aber noch darauf hinweisen, dass dies auf dem einstimmigen Beschluss des Landtags Nordrhein-Westfalen vom 24. August 2007 beruht.

(Reinhard Houben [FDP]: Einstimmig!)

Ich denke, wir können und sollten die heutige Beschlussfassung abrunden, indem wir - das schlagen wir Ihnen jetzt vor - dieses Schreiben der Fraktionen zum Ratsbeschluss erheben, weil damit einerseits die Position und andererseits die Aufforderung an die Landesregierung klipp und klar ist und nach den Wahlen dann mit Sicherheit so vollzogen werden kann. Wenn Sie dazu stehen, stimmen Sie mit. Einstimmige Beschlüsse sind schöner als knappe Beschlüsse. Insofern erübrigt sich Ihr Sätzchen, das Sie hier eingereicht haben. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Houben, haben Sie noch eine Nachfrage an Herrn Frank?

Reinhard Houben (FDP): Nein, ich will ihn nichts fragen. Aber wenn ich darf - -

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ja, natürlich. Sie können natürlich noch etwas hinzufügen.

Reinhard Houben (FDP): Vielen Dank. - Herr Frank, uns liegt ja dieses Schreiben vor. Da Sie sich eben so echauffiert haben, wir hätten eine Position in 2000 gehabt, will ich Sie darauf aufmerksam machen, das darin steht: 2007 hat der Landtag einstimmig beschlossen. Soweit ich

mich erinnern kann, war damals auch die FDP dabei. Deswegen: Keine Sorge!

Noch eines, Herr Frank: Wir tragen zumindest unsere Sorge um die politische Kraft der Liberalen mit einer gewissen Zurückhaltung und ohne auf andere einzuprügeln. Wenn ich an interne Ergebnisse in anderen Parteien denke, geht es mir zumindest sehr viel besser als Ihnen an diesem Wochenende.

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen der CDU - Zuruf von der CDU: Der Mann hat Humor!)

Zurück zum Inhaltlichen: Herr Frank, habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie Ihren gemeinsamen Antrag jetzt zurückziehen wollen und stattdessen dieses Schreiben als Antrag einbringen wollen, oder wollen Sie dieses Schreiben als Anhang zu Ihrem ursprünglichen Antrag beschließen? Das wäre zumindest ein interessantes Verfahren.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Frank, direkt dazu.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Nur zur Klarstellung: Das Schreiben, das wir gerade an Sie verteilt haben, erheben wir jetzt zum Antrag, und zwar als Ersetzungsantrag zu Ihrem Änderungsantrag, und wenn dieser beschlossen wird, wird das zur Ziffer 4 unseres Gesamtantrages. So würde ich das zunächst einmal sehen. Auf jeden Fall stellen wir das hier zur Abstimmung. Dadurch haben Sie von der FDP auch die Möglichkeit, ein klares Bekenntnis zum Verbot des Passagiernachtflugs abzugeben. Wenn das so eintrifft, finde ich das super.

(Ralph Sterck [FDP]: Klarer als unserer Antrag geht es ja wohl nicht, Herr Frank!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Houben noch einmal.

Reinhard Houben (FDP): Nur kurz zur Erklärung unseres Abstimmungsverhaltens: Wir werden natürlich unserem Antrag zustimmen, weil er an Eindeutigkeit nicht zu übertreffen ist.

(Beifall von Ralph Sterck [FDP])

In diesem Brief steht ja manches drin, was nicht verkehrt ist, aber er hat nichts mit dem eigentlichen Thema zu tun hat. - Danke.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Möring.

Karsten Möring (CDU): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist ein bisschen verwirrend, worüber wir gleich abstimmen sollen. Ich versuche, es wieder zu vereinfachen.

Zunächst einmal eine kurze Anmerkung zu der hier so heftig diskutierten Frage der kanadischen Flieger. Machen wir das Problem doch nicht so groß! Wir wissen doch, dass es temporär ist, weil es relativ klein ist und sich zudem in Kürze erledigt haben wird, weil dann der sachliche Grund für diese Flüge entfällt. Es ist zwar nicht schädlich, dass dieser Passus im Antrag steht - wir sind auch der Meinung, dass sie hier weg sollen -, aber sollten uns auf die Dinge konzentrieren, bei denen wir wirklich etwas bewegen können.

Das ist in der Tat die in Punkt 2 Ihres Änderungsantrages aufgeführte Frage der Gebührenpolitik für Starts und Landungen, die auch wir in unserem Änderungsantrag thematisiert haben. Da kann der Flughafen aus eigener Kompetenz einiges tun, ohne dass es zu rechtlichen Problemen kommt. Diesen Weg sollten wir unter anderem gehen.

Wir haben in unserem Änderungsantrag aber noch eine Reihe weiterer Punkte aufgeführt. Ich würde Sie von SPD und Grünen bitten und Ihnen vorschlagen, unseren Änderungsantrag textlich als Ergänzung zu Ihrem Punkt 2 aufzunehmen. Dann wäre für uns auch die Zustimmung zu den Punkten 1 und 2 Ihres Änderungsantrages in dieser Form problemlos möglich. Wir gehen einfach auf eine Reihe weiterer Möglichkeiten ein, als Sie in Punkt 2 Ihres Antrags erwähnt haben. In der Sache sind wir da nicht auseinander, wenn ich die Wortbeiträge aus Ihren Fraktionen eben richtig verstanden habe.

Auf Punkt 3, den Fernlinienbusbahnhof, möchte ich hier allerdings noch einmal kurz eingehen. Der Entscheidungsprozess über die Standortsuche des Fernlinienbusbahnhofs läuft jetzt seit knapp drei Jahren. Drei Jahre lang wurde die Frage diskutiert: Kann er zum Flughafen verlagert werden, und, wenn ja, an welcher Stelle und an welcher nicht? Wir haben

im Verkehrsausschuss in nahezu jeder Sitzung des letzten Jahres darüber beraten und uns jedes Mal von der Verwaltung sagen lassen müssen: Die Flughafengeschäftsführung ist nicht bereit, den Standort am Flughafen, der eigentlich Sinn macht, zu nehmen, sondern hat einen eigenen Vorschlag gemacht, in dem sie sich für einen anderen Standort ausgesprochen hat.

Natürlich, von der Sache ist das nicht schlecht: Der Flughafen ist an sich ein guter Standort für den Busbahnhof. Trotzdem haben wir uns immer dagegen ausgesprochen, weil wir den Flughafen nicht mit der Ansiedlung eines Fernlinienbusbahnhofs in einer Entwicklung beschränken wollten, die aus seiner Sicht wesentlich für Betriebsabläufe ist. Im letzten Verkehrsausschuss haben wir zu unserer Überraschung von der Verwaltung die Auskunft bekommen: Es wird jetzt noch einmal ein Gespräch geführt - der Herr Oberbürgermeister wird es führen -, und das, nachdem wir vor einem halben Jahr gehört haben: Im März können wir das aber entscheiden.

Für unser Abstimmungsverhalten ist es wesentlich, dass wir den Flughafen durch einen Beschluss nicht nötigen, auf betriebswichtiges Gelände zugunsten dieses Busbahnhofs zu verzichten. Deswegen hätte ich gerne noch einmal genauere Auskunft, Herr Oberbürgermeister, über welchen Standort und über welche Lösung wir hier reden. Wenn es das berühmte Regenrückhaltebecken ist, das Herr Garvens vor einiger Zeit ins Spiel gebracht hat, könnten wir damit leben, nicht aber mit der Lösung, die ursprünglich in der Diskussion war. Wenn diese nach wie vor intendiert ist durch den Änderungsantrag von SPD und Grünen, würden wir diesem Punkt nicht zustimmen. Deswegen bitte ich hier um Aufklärung und gegebenenfalls um getrennte Abstimmung der Punkte.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Möring. - Frau Moritz, bitte.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Sie haben zwar den Oberbürgermeister gefragt, Herr Möring, aber ich kann nicht zur Aufklärung des Sachverhalts beitragen. Dieses berühmte Regenrückhaltebecken, das von Herrn Garvens vorgeschlagen worden ist, wäre uns als Standort natürlich auch lieber als eine Fläche, die er sich - zwar nicht im Moment, aber optional - nicht zubauen lassen will, was man auch nachvollziehen kann. Dagegen muss er als

Geschäftsführer ein Veto einlegen. Beim vorgeschlagenen Standort Regenrückhaltebecken ist allerdings noch zu prüfen, unter welchen Bedingungen das möglich ist. Deshalb kann man jetzt nicht so formulieren, als würde das schon feststehen. Dazu müsste man das Ergebnis dieser Prüfung kennen, und diese Prüfung wird zurzeit erst gemacht.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Möring, Sie hatten ja mich angesprochen. Lassen Sie mich deshalb noch darauf hinweisen, dass in Nr. 3 des Antrags von SPD und Bündnis 90/Die Grünen nur von einer Verlagerung und nicht von einem konkreten Standort die Rede ist. Jetzt müssen natürlich noch weitere Gespräche geführt werden. - Bitte, Herr Möring.

Karsten Möring (CDU): Wir gehen mit dieser Formulierung hinter all das zurück, was wir in vielen Sitzungen des Verkehrsausschusses diskutiert haben.

(Widerspruch vom Bündnis 90/
Die Grünen)

- Doch, gehen wir schon. Da haben wir auch über konkrete Dinge gesprochen.

Wir würden Punkt 3 zustimmen und gleichzeitig zu Protokoll erklären, dass wir nicht damit einverstanden sind, den Flughafen zu nötigen, eine betriebswirtschaftlich wichtige Fläche - ich will das jetzt einmal so bezeichnen; hier jetzt Flurstücke zu benennen, halte ich für wenig sinnvoll; ich habe sie auch gar nicht im Kopf - aufzugeben. Ob es das Regenrückhaltebecken ist oder ein Nachbarflurstück ist, ist dann eine zweite Frage. Aber das ist für uns ein wesentlicher Gesichtspunkt. Wenn das zum Ausdruck gebracht wird, können wir dem Änderungsantrag so zustimmen, vorausgesetzt, Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, nehmen unseren Änderungsantrag in Ihren Antrag mit auf. Ich denke, das schlägt nichts.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Meine Damen und Herren, damit ist die Aktuelle Stunde zu diesem Thema beendet. Wir kommen jetzt zur Abstimmung der entsprechenden Anträge, die dazu aufgerufen wurden.

Ich will noch einmal das aufgreifen, was Herr Frank gerade zum Ausdruck gebracht hat, um die entsprechende Abstimmung vorzubereiten.

Herr Frank hat das Schreiben der Fraktionen der SPD und der Grünen im Rat der Stadt Köln vom 24. Oktober als Ersetzungsantrag von SPD und Grünen zum Änderungsantrag der FDP eingebracht. Wir lassen also zunächst über den Ersetzungsantrag, dieses Schreiben, abstimmen. Für den Fall, dass sich daraus eine Mehrheit ergeben sollte, ist der Änderungsantrag der FDP damit erledigt. Danach stimmen wir über den Änderungsantrag der CDU ab.

(Ulrich Breite [FDP]: Eine Frage, Herr Oberbürgermeister!)

- Ja, bitte.

Ulrich Breite (FDP): Herr Oberbürgermeister! Man kann ja vieles ersetzen,

(Zuruf von pro Köln: Insbesondere die FDP!)

aber soll das heißen, dass wir einen Antrag haben, in dem es heißt: „Sehr geehrter Herr Minister Voigtsberger!“ und das am Ende von den Ratsfraktionen SPD und Grünen unterzeichnet ist? Ich bin der Meinung: Der Rat macht sich doch lächerlich, wenn wir hier so etwas beschließen. Ich kann es von der Sache her verstehen; die Mehrheit wird das jetzt so machen. Aber es ist ja nicht so, dass das Schreiben nur Bestandteil des Ersetzungsantrags ist. Es wundert mich schon ein wenig, dass der Rat so etwas beschließt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Börschel, bitte.

Martin Börschel (SPD): Herr Breite, das kann man doch redaktionell ohne Weiteres anpassen. So hat es doch auch Kollege Frank formuliert. Das Schreiben soll als Position des Rates an den Landesverkehrsminister gerichtet sein. Es bekommt damit heute den Gehalt eines Ratsbeschlusses. Es würde an den Minister gerichtet. Das heißt: Es beginnt mit dessen Anschrift, wird mit einem neuen Datum versehen und endet dann: Im Auftrag des Rates der Stadt Köln, Ihr Oberbürgermeister. - So oder so ähnlich, je nachdem, wie der Oberbürgermeister üblicherweise solche Schreiben unterzeichnet; das weiß ich nicht.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Granitzka.

Winrich Granitzka (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Börschel, wenn wir schon einmal beim redaktionellen Überarbeiten sind, dann will ich noch Folgendes anmerken:

Sie haben in diesem Schreiben auch gefordert, dass die Lufthansa Cargo-Frachtflüge dann endgültig aufhören. - Definitiv ist, dass keine dieser Maschinen nach dem 1. April mehr hier sein wird.

(Widerspruch von Martin Börschel [SPD])

- Doch, das ist definitiv so. Das hat uns der Flughafenchef versichert, und die Lufthansa hat das bestätigt. Das trifft dann nicht mehr zu.

Im ersten Absatz intendieren Sie, Sie wollten den Nachtflug von 0 bis 5 Uhr untersagen. Sie zitieren zwar hier geschickterweise den Minister, intendieren aber, dass Sie das wunderbar finden. Und wir finden das nicht wunderbar.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Wir kommen jetzt zur Abstimmung.

Zuerst stimmen wir über den Ersetzungsantrag, den ich Ihnen genannt habe, ab. Ich will noch einmal nachfragen, weil es eben entsprechende Ankündigungen gab, dass die CDU dem Antrag von SPD und Grünen zustimmen kann, wenn der Punkt 2 entsprechend dem Votum des CDU-Antrages übernommen wird.

(Martin Börschel [SPD]: Nein, übernehmen wir nicht!)

- Okay. Das ist nicht der Fall. Dann brauche ich das so nicht zu formulieren.

Dann kommen wir jetzt zu den Abstimmungen.

Wir stimmen zunächst über den Ersetzungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab. Wer für diesen Ersetzungsantrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die Grünen und die Fraktion Die Linke. Wer enthält sich? - Es gibt keine Enthaltungen. Damit ist der Ersetzungsantrag so angenommen. Der Änderungsantrag der FDP ist damit erledigt.

Wir kommen dann zur Abstimmung über den Änderungsantrag der CDU in der neuen Fassung. Wer für diesen Änderungsantrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der CDU, die Fraktion pro Köln und Herr Hoffmann. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der FDP ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag von SPD und Grünen in der ursprünglichen Fassung, aber mit der Ergänzung des jetzt beschlossenen Ersetzungsantrages. Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind wiederum die SPD, die Grünen und die Fraktion Die Linke. Wer enthält sich? - Enthaltungen bei der FDP, Herrn Hoffmann und der Fraktion pro Köln. Damit ist der Antrag so angenommen.

Jetzt kommen wir noch zur Abstimmung über den Antrag von pro Köln. Wer stimmt für den Antrag von pro Köln? - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Damit ist der Antrag abgelehnt.

Damit ist die Aktuelle Stunde zum Thema Fluglärm am Flughafen Köln/Bonn beendet.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

1.2 Antrag der Fraktion Die Linke. auf Durchführung einer Aktuellen Stunde betreffend "Angriffe des Umweltministers Dr. Röttgen gegen das städtische Unternehmen RheinEnergie AG wegen der Strompreiserhöhungen" AN/0442/2012

Ich gebe das Wort an Herrn Detjen.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, da machen die großen Energiekonzerne in den letzten Jahren Riesengewinne - RWE 2010 4,9 Milliarden Euro, Eon 2011 5,4 Milliarden Euro -, und dann stürzt sich Ihr Umweltminister auf die RheinEnergie und diffamiert dieses Unternehmen wegen einer Preiserhöhung, die bereits 500 andere Energieunternehmen vollzogen haben. Was haben Sie denn für einen Spitzenkandidaten, der jetzt seinen Stromvertrag mit der RheinEnergie öffentlich kündigt und damit Wahlkampf betreibt, und zwar nicht gegen einen politischen Konkurrenten, sondern gegen ein kommunales Kölner Unternehmen? Das finde ich schäbig.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Ich will mir nicht ausmalen, ob Dr. Röttgen Freunde bei den großen Energieunternehmen hat, wie der aktuelle *Spiegel* spekuliert. Auf jeden Fall kann man feststellen, dass Herr Röttgen nicht rechnen kann. Die Strompreise des RWE-Konzerns sind schon seit Jahren immer 10 Prozent höher als die der RheinEnergie. Herr Röttgen will uns Sand ins Auge streuen, wenn er, wie gestern in der *Rheinischen Post*, behauptet - Hört! Hört! - Energiewende und Strompreiserhöhungen hätten nichts miteinander zu tun. Das ist falsch. Die Förderung erneuerbarer Energien wird in den nächsten Jahren Milliarden Euro kosten. Die Frage ist aber, wie diese Kosten verteilt werden sollen.

Wie Herr Röttgen sich die Verteilung der Kosten vorstellt, können wir derzeit schon sehen: Die Bundesregierung hat nämlich energieintensive Konzerne entlastet. Damit allein geht schon eine Anhebung der Strompreise um 1 Prozent auf das Konto von Herrn Röttgen. Das ist die Wahrheit, die dahintersteckt.

Die Energiekosten sind schon seit Jahren im steigenden Maß die zweite Miete. Deshalb finde ich Energiepreiserhöhungen für private Haushalte generell schwierig. „Energie-Armut“ wird ein Thema sein, das uns in den nächsten Jahren begleiten wird. „Energie-Armut“ zu bekämpfen ist schon heute eine kommunale Aufgabe.

Die Großkonzerne, meine Damen und Herren von der CDU, unternehmen dagegen gar nichts; die kommunalen Unternehmen müssen noch mehr dagegen unternehmen. Immerhin unterstützt die RheinEnergie das Projekt „StromsparCheck“ mit einem größeren Geldbetrag und wird das noch ausbauen. Die NRW-Verbraucherzentrale arbeitet ebenfalls an einem neuen Projekt zur Energieberatung für arme Leute.

Deshalb brauchen die Kommunen eigene Unternehmen, die sich dieses Themas annehmen. Darüber hinaus ist der Beitrag der RheinEnergie für den Stadthaushalt unverzichtbar: für den ÖPNV und für soziale Leistungen. Sie alle hier im Rat wissen, dass das unverzichtbar ist und dass wir diese 200 Millionen Euro, die es ja schlussendlich sind, für die Subventionierung der KVB brauchen.

Mit großer Sorge verfolgen wir die steigenden Zahlen von Stromsperrern. Ich weiß nicht, wer von Ihnen mitbekommen hat, dass in Nordrhein-

Westfalen im Jahr 2010 insgesamt 120 000 Menschen der Strom abgestellt worden ist. Das ist eine enorme Anzahl von Personen, die davon betroffen sind. Deswegen unsere Forderung, unsere Position: Jeder Mensch muss einen Anspruch haben auf eine Mindestmenge an Strom. Das muss Inhalt von kommunaler Energiepolitik werden. Energie-Multis haben nur das Euro-Zeichen im Auge. Deshalb brauchen wir mehr kommunale Energieunternehmen, die dieses Problem anpacken.

Meine Damen und Herren, ich weiß nicht, wer von Ihnen die heutige Ausgabe der *FAZ* gelesen hat.

(Henk van Benthem [CDU]: Wir müssen arbeiten! Dafür haben wir keine Zeit!)

- Sie müssen arbeiten, gut. Ich lese sie auch nicht während der Arbeitszeit, sondern morgens beim Kaffee.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: So viel kannst du gar nicht lesen!)

Die *FAZ* hat einen Artikel über die Wahlkampfführung von Herrn Röttgen mit dem Titel versehen: „Der Kümmerer“. Ich kann nur sagen: Auf solche „Kümmerer“, die auf Kosten anderer Karriere machen wollen und die Arbeitsplätze in Köln gefährden, auf solche Leute, meine Damen und Herren von der CDU, können wir gut verzichten. -

(Henk van Benthem [CDU]: Den habt ihr ja im Saarland!)

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Detjen. - Ich würde jetzt gern Herrn Dr. Dieter Steinkamp das Wort geben, um hier eine Erklärung auch aus der Sicht des Vorstands der RheinEnergie abzugeben. Bitte schön, Herr Dr. Steinkamp.

Dr. Dieter Steinkamp (RheinEnergie AG): Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank, dass ich hier die Gelegenheit bekomme, zur Aufklärung beizutragen und vielleicht damit auch klarzumachen, warum sich die RheinEnergie genötigt sieht, öffentlich zu werden.

Zunächst zu den harten Fakten: Wir haben zum 1. April eine Strompreiserhöhung von 9,3 Prozent an die Kunden weitergeben müssen. Meine erste Feststellung: Dabei ist völlig klar gewesen, dass wir diese Strompreiserhöhung nicht zur Margenerhöhung machen, sondern es werden lediglich Kosten, die die RheinEnergie selbst zu tragen hat weitergegeben. Die Kosten setzen sich wie folgt zusammen:

Von den 9,3 Prozentpunkten sind 4,48 Prozentpunkte eine Erhöhung der Netznutzungsentgelte. Die Spezialisten, aber auch diejenigen, die mit offenen Augen Zeitung lesen, wissen, dass diese Netznutzungsentgelte seit Jahren reguliert sind und die Bundesnetzagentur sehr akribisch und sehr kritisch die jeweils dahinterliegenden Kosten prüft und wir insoweit überhaupt keine Freiheit haben, an der Stelle zu gestalten. Das heißt, die Netzentgelterhöhung, die fast die Hälfte der jetzigen Preiserhöhung ausmacht, ist von der Bundesnetzagentur genehmigt worden.

Der zweite Posten mit 3,49 Prozentpunkten ist eine Erhöhung der Beschaffungskosten. Wir, die RheinEnergie, wie alle Energieversorgungsunternehmen spekulieren nicht darauf, den Strom für heute an irgendeinem Tag zu kaufen, sondern es gibt ausgeklügelte Beschaffungsstrategien. Wir kaufen in Tranchen 15 Monate im Vorhinein auf Termin, insbesondere um Preisglättungen herbeizuführen. Das heißt, unser Strom, der hier heute durch das Netz geht, ist im längsten schon vor 15 Monaten eingekauft worden.

Die Ereignisse des letzten Jahres - Fukushima und das folgende Moratorium, die Diskussion, wie es jetzt mit der möglichen Energiewende weitergeht, sowie die daraufhin gefassten Beschlüsse - haben am Strommarkt dazu geführt, dass wir über einen Zeitraum von circa sechs Monaten deutlich gestiegene Preise hatten, die dann im vierten Quartal des letzten Jahres bis heute sukzessive wieder abgebröckelt sind. Trotzdem haben wir in dieser Zeit natürlich Tranchen an Strom gekauft. Diese erhöhten Beschaffungskosten von 2011 gehen nun in den Strompreis 2012 ein. Das ist der Punkt, an dem wir in unserem Kundensreiben, wie ich finde, auch richtigerweise und mit völliger Transparenz darauf hingewiesen haben, dass die erhöhten Beschaffungskosten diesem Effekt unterliegen. An diesem Punkt vor allem reibt sich Herr Röttgen.

Der dritte Teil unserer Strompreiserhöhung entfällt mit 0,94 Prozentpunkten auf den

sogenannten § 19 Netzentgeltverordnung, eine Umlage, die zur Entlastung stromintensiver Unternehmen eingeführt worden ist. Die Kosten der Entlastung der stromintensiven Industrie werden auf alle Kunden umgelegt, und das macht in unserer Strompreiserhöhung diese 0,94 Prozentpunkte aus. Auch das ist eine Position, die wir nicht beeinflussen können.

Wir haben in unserem Kundenschreiben lediglich auf den Effekt in den erhöhten Strombeschaffungskosten hingewiesen, nicht aber die Strompreiserhöhung pauschal mit der Energiewende begründet; das wäre in der Tat auch falsch. Herr Röttgen behauptete dieses mehrfach öffentlich, obwohl wir ihn schon nach der ersten öffentlichen Verlautbarung schriftlich darauf hingewiesen haben, dass er hier mit nicht zutreffenden Unterstellungen unterwegs ist, weiter. Das ist der Grund, weshalb wir, nachdem er es letzte Woche in einer zweiten Fernsehsendung wiederholt hat, dann auch den Weg in die Öffentlichkeit gesucht haben. Wir werden an jeder Stelle gegen solche Falschbehauptungen, die RheinEnergie täusche ihre Kunden, vorgehen. Uns ist es wirklich egal, ob es der Bundesumweltminister ist oder sonst jemand. Gegen jemanden, der unser Unternehmen schädigt und nachweislich die Fakten nicht zur Kenntnis nehmen will, müssen wir uns zur Wehr setzen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen und der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Dr. Steinkamp. - Herr Börschel, bitte.

(Martin Börschel [SPD]: Ich warte erst einmal ab! Es ist alles gesagt!)

Dann kommen wir zu Herrn Brust.

(Gerd Brust [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich warte auch ab!)

- Er wartet auch ab. – Wer als Erstes zuckt, ist dran. Dann Herr Klipper. Bitte schön.

(Henk van Benthem [CDU]: SPD und Grüne kneifen, die CDU geht nach vorne!)

Karl-Jürgen Klipper (CDU): Wir kennen ja das kleine Spielchen: Wer geht zuerst in die Bütt rein. Ich lasse das mal sein. Das bringt doch nichts.

(Martin Börschel [SPD]: Sie sind unser Aufsichtsratsvorsitzender! Ich habe Sie gewählt!)

- Danke schön nochmals.

Lassen Sie mich zu dem, was Sie, Herr Detjen, zu den großen Konzernen zum Ausdruck gebracht haben, nur eine Bemerkung machen: Wenn Sie hier über Wahrheit sprechen, dann sollten Sie die Daten auch richtig zitieren und nicht die Gewinne von RWE in 2010 mit den Gewinnen von Eon in 2011 vergleichen. Und noch eines: Sie sagten ja, die Strompreise von RWE lägen immer 10 Prozent höher. Ich habe eben eine Mitteilung über den Energiekostenindex der Städte bekommen. Allen voran ist Essen, also RWE, mit 0,99 Prozent, und zwar noch vor der Erhöhung, während wir mit Erhöhung 1,0 Prozent haben. Wie Sie dazu kommen, zu sagen, die Strompreise von RWE lägen 10 Prozent höher als die der Rheinergie, das müssen Sie mir einmal erklären. - So viel zum Bereich Ehrlichkeit.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Ich will jetzt auf die einzelnen Punkte eingehen. Wer gestern im Wohnungsbauforum bis zum Schluss geblieben wäre - leider waren zu diesem Zeitpunkt nur noch die Vertreterin der FDP und ich anwesend -

(Beifall von Ralph Sterck [FDP])

- genau, Sie haben Ihre Vertreterin, die Architektin, dorthin geschickt -, hätte erfahren, dass insbesondere der GAG und den Genossenschaften die „zweite Miete“ auf den Nägeln brennt; die „zweite Miete“ definiert als die Gebühren der Stadt und die Energiekosten insgesamt. Steigende Abgaben der Stadt, nicht durch effektive Kostensteigerungen belegt, durch kalkulatorische Zinsen und Abschreibungen in die Höhe getrieben, Preiserhöhungen für Wasser, Gas und Öl sowie insbesondere steigende Strompreise machen es immer mehr Menschen in diesem Land schwerer, mit ihrem Geld auszukommen. Das gilt insbesondere für alte Menschen mit einer niedrigen Rente, für die das nahezu unmöglich geworden ist. Im letzten Jahr konnten 600 000 Haushalte - so die aktuellen Zahlen - die Rechnungen Ihres Stromversorgers nicht mehr bezahlen. Wenn dies nicht einen Politiker alarmiert, dann weiß ich nicht, was Sie für Bürgernähe halten.

Deswegen war die Reaktion von Herrn Röttgen verständlich, insbesondere deshalb, weil das

Schreiben der RheinEnergie für viele Menschen nicht uneindeutig war, anscheinend auch nicht für Herrn Röttgen. Mehr als 11 000 Anrufe pro Tag - ich wiederhole: 11 000 Anrufe pro Tag - bei der Rheinenergie deuten darauf hin, dass dort etwas nicht in Ordnung ist bzw. die Kunden mit diesem Schreiben nicht zurande kamen.

(Beifall bei der CDU)

Die inzwischen erfolgte Pressemitteilung - deren Inhalt hat Herr Dr. Steinkamp gerade noch einmal wiederholt -, in der die Kosten der Preiserhöhung aufgliedert worden sind, hat mittlerweile für mehr Klarheit gesorgt. Ein Dankeschön an den Vorstand der RheinEnergie, dass er die Öffentlichkeit mit der gebotenen Sachlichkeit informiert hat.

Richtig ist aber auch: Das Schreiben zum Tarifwechsel per 1. Oktober 2011, das vonseiten der RheinEnergie versandt wurde, konnten nur die wenigsten Menschen, die mit Strom nicht viel zu tun haben, außer dass sie Strom beziehen, verstehen. Viele Menschen haben nachgefragt, was sie tun sollen. Obwohl ich sowohl den Inhalt als auch den Hintergrund sehr genau kenne, war immer viel Überzeugungsarbeit notwendig, damit sie dem neuen Tarif zustimmen. Bei künftigen Aktionen bedarf es mehr Sensibilität und Verständnis, damit die Menschen das auch verstehen. Denn das verlangen sie von ihrem regionalen Versorger.

Eines hat die jetzige Diskussion in der Öffentlichkeit bewirkt - als Aufsichtsratsvorsitzender freue ich mich über die Flexibilität des Vorstands -, nämlich dass nunmehr rückwirkend zum 1. Oktober 2011 die Menschen aus der Grundversorgung, die ja den teuersten aller Tarife darstellt, in einen günstigeren Tarif wechseln können. Das ist normalerweise rückwirkend sehr schwierig. Das bedeutet aber - und das will ich hier betonen -, dass bei der RheinEnergie ein Antrag gestellt werden muss. Das geht nicht von allein, sondern hier bedarf es der aktiven Mitwirkung von all denjenigen, die umgestellt werden wollen. Das kann auch per Telefon gemacht werden; das ist ganz einfach. Ich habe gerade vonseiten der RheinEnergie die Information bekommen, dass dieser Schritt noch bis Ende April rückwirkend zum 1. Oktober 2011 gemacht werden kann. - Mein Dankeschön gilt der RheinEnergie, dass sie das möglich macht.

Wichtig ist auch, das Vertrauen der Menschen in ihren Versorger einschließlich der besonderen Leistungen für die Stadt und die Region zu

erhalten bzw. noch zu verstärken. Ich glaube, dass dies in den letzten Tagen erreicht werden konnte. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Herr Börschel, bitte.

Martin Börschel (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss sagen: Bei mindestens einem Satz, den Kollege Klipper hier gerade gesagt hat, musste man schon trocken schlucken. Der Aufsichtsratsvorsitzende der RheinEnergie sagt: 11 000 Anrufe deuten darauf hin, dass bei der RheinEnergie etwas nicht in Ordnung ist.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Ja, ist so!)

Herr Kollege Klipper, wenn Sie das so sehen und das auch nachhaltig so vertreten wollen, dann rege ich an, dass wir mit vielen anderen gemeinsam, mit dem Vorstand der RheinEnergie, aber auch mit Vertretern der Belegschaft Ihre Vorwürfe einmal erörtern.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Würde ich gerne machen!)

Ich glaube, Sie haben eine andere Rolle, Herr Kollege Klipper. Wir haben Sie hier aus dem Rat der Stadt entsandt, um innerhalb des Unternehmens Dinge, die Sie für kritikwürdig halten, anzusprechen. Ohne die Vertraulichkeit zu verletzen, sage ich: Da ist mir diese Form von Kritik bisher aus Ihrem Munde nicht untergekommen. Sie sollen sich öffentlich vor das Unternehmen stellen, dessen Konzern 11 000 Beschäftigte hat, das zig Millionen Euro Gewinn

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: 3 000!)

mittelbar an den städtischen Haushalt abführt, und das über den Querverbund wichtige Dienstleistungen der Stadt wie den Nahverkehr, die Bäder und andere mehr sichert. Ich bin wirklich zutiefst erschüttert,

(Zurufe von der FDP: Oh!)

wie Sie Ihr Rollenverständnis sehen, Herr Kollege Klipper, und das hier auch noch öffentlich vertreten.

(Beifall bei der SPD)

Es beißt die Maus keinen Faden ab: Der Wahlkämpfer Röttgen hat hier wirklich ein Fanal gesetzt. Es ist wirklich beispiellos, dass man auf dem Rücken eines einzelnen Unternehmens, noch dazu eines kommunalen Unternehmens, wirklich Unwahrheiten verbreitet. Die RheinEnergie hat über verschiedene Stellungnahmen diese Punkte Stück für Stück widerlegt. Wir halten das für hoch plausibel. Es gibt Verbraucherschutzverbände wie den Bund der Energieverbraucher und die Verbraucherzentrale NRW, die ausdrücklich die Plausibilität der Zahlen der RheinEnergie anerkannt haben. Ich erwarte von Ihnen, Herr Klipper, dass Sie sich an die Seite der RheinEnergie stellen und das auch nach außen vertreten, selbst wenn das vielleicht schwer und unpopulär ist, statt hier lautstark Dinge zu beklagen, wogegen Sie, obwohl Sie da Bedarf sehen, nach innen keinen Schlag an einer möglichen Veränderung tun. Das finde ich schon ungeheuerlich.

Sie stellen sich damit im Grunde an die Seite des Bundesumweltministers, der hier in einer unsäglichen Art und Weise ein Tabu gebrochen hat. Er hat damit schon begonnen, als der Wahlkampf noch gar nicht angefangen hatte. Das war ganz offensichtlich auch kein Ausrutscher von ihm, sondern er hat sich wiederholt so geäußert, als ganz gezielter Angriff enttarnt, der aber nicht substantiiert war.

Deswegen ist die gemeinsame Aufforderung von SPD und Grünen heute an die anderen Fraktionen des Rates: Stellen Sie sich hinter das, was Verbraucherschutzverbände als plausibel kennzeichnen! Stellen Sie sich hinter das, was der RheinEnergie-Vorstand hier getan hat! Stellen Sie sich hinter die Belegschaft! Stimmen Sie der Resolution, die wir hier vorgelegt haben, zu! Ich sage ganz offen und klar: Die Resolution haben wir bewusst in diesem Duktus abgefasst. Man hätte das ganz anders formulieren können: viel mehr Wahlkampf, viel mehr Angriffe in Richtung des Bundesumweltministers. Darauf haben wir in Gänze verzichtet, damit Sie die Chance haben, dieser Resolution zuzustimmen. Wenn nicht, Herr Kollege Klipper, haben wir ernsthaften Gesprächsbedarf; denn dass sich eine CDU-Fraktion hinter dieses Unternehmen stellt, das muss man schon erwarten können. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Direkt dazu Herr Klipper.

Karl-Jürgen Klipper (CDU): Herr Börschel, ich finde es schon abenteuerlich, was Sie hier behaupten. Das Unternehmen selbst hat bekannt gegeben, dass nach der Berichterstattung in Presse und Fernsehen über 11 000 verunsicherte Kunden angerufen haben.

Ferner haben Sie behauptet, ich hätte nichts dagegen getan, die Sache aufzuklären. Herr Börschel, ich darf Sie daran erinnern, dass ich, als voriges Jahr die erste Mailing-Aktion bezüglich der Änderung des Tarifes lief, vom Vorstand verlangt habe, das zweite Schreiben verständlicher abzufassen, damit die Leute das überhaupt kapieren. Das zweite und dritte Schreiben war dann auch verständlicher. Da habe ich meinen Einfluss zugunsten der Bürger, und zwar 100-prozentig, geltend gemacht.

(Beifall bei der CDU - Martin Börschel
[SPD]: Gerade haben Sie gesagt, es war nicht verständlich!)

Sie können mir hier nicht das Wort herumdrehen und behaupten, ich hätte mich dafür nicht eingesetzt. Ich habe auch in der letzten Sitzung gesagt: Wir müssen mehr die Sprache der Kunden benutzen, damit sie verstehen, warum wir dies machen. Und das ist der entscheidende Punkt. Sonst hätte das Unternehmen doch keine 11 000 Anrufe bekommen.

(Beifall bei der CDU - Martin Börschel
[SPD]: Weil Herr Röttgen das im Fernsehen gesagt hat!)

Deswegen: Drängen Sie mich bitte nicht in diese Ecke hinein. Ich stehe zur RheinEnergie - das kann der Vorstand bestätigen -, und zwar in jeglicher Form. Unterlassen Sie bitte Behauptungen, ich würde die Interessen der RheinEnergie und der Bürger der Stadt Köln nicht vertreten.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke, Herr Klipper. - Dann kommen wir zu Herrn Brust.

Gerhard Brust (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Klipper, ich kann ja verstehen, dass Sie heute in einer schwierigen Lage sind: Sie

wollen im Wahlkampf nicht Ihren Parteifreund anreifen; gleichzeitig sind Sie Aufsichtsratsvorsitzender der RheinEnergie. Sie versuchen, den Konflikt zu lösen, indem Sie zwei ganz verschiedene Sachverhalte vermischen.

(Martin Börschel [SPD]: So ist es!)

Die Mailing-Aktion, die Sie gerade angesprochen haben, hat überhaupt nichts mit der jetzigen Preiserhöhung zu tun, sondern sie ist im letzten Sommer bzw. Herbst gelaufen, als es darum ging, die Verträge der Kunden umzustellen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Es sind noch 200 000, die sind nicht auf diesem Tarif!)

- Ja, richtig. Aber das ist doch ein völlig anderer Sachverhalt. Er hat mit den jetzigen Preiserhöhungen nicht das Geringste zu tun.

Sie wissen, dass es Urteile gab, wonach die RheinEnergie gezwungen war, ihre Verträge rechtlich abzusichern. Daraufhin sind die Kunden mehrmals angeschrieben worden, weil man Unterschriften unter korrekte Verträge brauchte. Das war die Aktion, die im letzten Jahr gelaufen ist. Als jetzt in der Presse wieder Artikel dazu auftauchten, gab es in der Tat Tausende von Nachfragen bei der RheinEnergie zu diesen Verträgen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Ich habe doch gesagt, dass das nicht klar war! Das verstehen die Leute nicht! - Gegenruf von Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das hat nichts mit den Preiserhöhungen zu tun, Herr Klipper!)

Das hat aber überhaupt nichts zu tun mit den jetzigen Preiserhöhungen, die Herr Röttgen anspricht. Die Preiserhöhungen zum 1. April betreffen die neuen Tarife in den Verträgen, die im Herbst umgestellt worden sind. Herr Röttgen hat behauptet, dass die Begründung der RheinEnergie falsch sei. Er hat das bis heute nicht zurückgenommen, sondern er tut weiterhin so, als wäre er im Recht, indem er sagt: Die Preise an der Börse sinken doch wieder.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Stimmt alles, versteht aber keiner hier!)

Er scheint überhaupt kein Fachmann zu sein und nicht zu wissen, wie Energiewirtschaft funktioniert. Denn sonst müsste er wissen, dass - Herr Steinkamp hat das eben noch einmal erläutert - die Preise, die heute an der Börse verlangt werden, sich erst in der Stromrechnung

des nächsten Jahres niederschlagen werden, dass wir aber dieses Jahr leider mehr bezahlen müssen, weil die Preise im letzten Jahr zwischenzeitlich um fast 2 Cent gestiegen sind. Genau das hat die RheinEnergie völlig zu Recht und auch nicht widersprüchlich den Kunden mitgeteilt. Sie hat geschrieben:

Unsere Bezugskosten sind, insbesondere durch den Atomunfall in Fukushima und die folgende Energiewende, gestiegen. Zusätzlich wurden die Netzentgelte deutlich angehoben und eine neue Abgabe zur Entlastung energieintensiver Unternehmen durch die Bundesregierung eingeführt.

Die RheinEnergie hat also ganz korrekt auf die drei Aspekte der neuen Preisbildung hingewiesen.

Sie haben versucht, sich jetzt aus der Affäre zu ziehen, indem Sie darum herumreden und allgemein auf Nebenkosten eingehen. Da sind wir völlig bei Ihnen. Nur, Sie haben eben wieder eine falsche Behauptung aufgestellt, nämlich dass die Wasserpreise erhöht worden seien. Die Wasserpreise sind in den letzten acht Jahren nicht erhöht worden. Von daher hat die RheinEnergie auch in diesem Punkt nichts mit höheren Nebenkosten zu tun.

Wir sind bei Ihnen, wenn Sie sagen: Die Nebenkosten sind ein Problem. Aber Sie müssen dann auch so ehrlich sein, zu sagen, warum die Nebenkosten gestiegen sind.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Habe ich doch gesagt!)

Ich kann Ihnen sagen, warum: In einer Nacht-und-Nebel-Aktion am 15. September letzten Jahres hat das schwarz-gelbe Kabinett und damit auch Minister Röttgen eine Befreiung der stromintensiven Betriebe von den Netzentgelten beschlossen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD - Karl-Jürgen Klipper [CDU]: 0,9 Prozent! Herr Brust, haben Sie doch gerade von Herrn Steinkamp gehört!)

- 0,9 Prozent ist auch Geld.

(Lachen bei der CDU)

Die entscheidende Frage ist doch: Ist das gerechtfertigt? Es gibt überhaupt keine

Rechtfertigung dafür, gerade energieintensive Betriebe von den Netzentgelten freizustellen. Gerade diese Unternehmen belasten die Netze am meisten.

(Zuruf von Karl-Jürgen Klipper [CDU])

Herr Klipper, es gibt überhaupt keine Rechtfertigung für diesen Beschluss der Bundesregierung. Gerade die energieintensiven Betriebe belasten doch die Netze am meisten. Warum ausgerechnet diese jetzt keine Netzgebühren mehr zahlen sollen und das auf die privaten Haushalte umgelegt wird, ist überhaupt nicht einzusehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD - Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Wir wollen die Arbeitsplätze in Deutschland halten!)

Dass ein Minister, der diesen Beschluss mit verbrochen hat, anschließend ein Unternehmen, das diesen Beschluss umsetzen muss, als Preistreiber darstellt, ist an sich schon eine Unverschämtheit, umso mehr, da er das nun auch noch im Wahlkampf für seine Partei ausschlagen will.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Die RheinEnergie hat dem Minister mehrmals angeboten, das richtigzustellen. Er will davon anscheinend gar nichts wissen. Er will damit weiter Wahlkampf machen. Ich denke, dann müssen wir im Aufsichtsrat darüber reden, rechtliche Schritte einzuleiten. Es kann nicht sein, dass Ihr Wahlkampf zu dem Ergebnis führt, dass wir Kunden verlieren, dadurch weniger Geld in den städtischen Haushalt fließt und Arbeitsplätze gefährdet werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Brust. - Wir kommen zu Herrn Breite.

Ulrich Breite (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann das heutige Statement des Vorstandssprechers der RheinEnergie, Herrn Dr. Steinkamp, sehr gut verstehen. Er muss das Unternehmen verteidigen.

Es ist sicherlich richtig, was in der Resolution steht, nämlich dass es ein beispielloser Vorgang ist, dass ein Politiker ein Unternehmen von vielen herausgreift. Man muss sicherlich auch über Konsequenzen nachdenken. Das muss aber Herr Röttgen selber entscheiden.

Mir war wichtig, was Herr Steinkamp hier gesagt hat; denn er hat heute die Begründung anders formuliert als in den im Januar versandten Briefen. Ich bin damals zu Herrn Schöneberg gegangen - Herr Steinkamp weiß das -, weil mir bestimmte Formulierungen in der Begründung nicht gepasst haben,

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Genau so ist es!)

weil sie so nicht stimmig sind und zu Missdeutungen führen können. Ob man, wenn man dieser Meinung ist - Dr. Norbert Röttgen ist ja wohl auch Kunde der RheinEnergie -

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: War!)

einen solchen Auftritt hinlegen muss, das ist eine ganz andere Sache.

Trotzdem gefällt mir diese Resolution nicht; denn sie gibt in Punkt 2 nicht das wieder, was Herr Dr. Steinkamp hier eben ausgeführt hat. Gerade in der Energiepolitik wird gerne mit der Wahrheit gespielt; ich möchte es einmal so formulieren. In Punkt 2 der Resolution wird der Anstieg der Strombeschaffungskosten wie folgt begründet:

Das war eine Folge des Unglücks von Fukushima und der damit verbundenen Stilllegungsbeschlüsse für deutsche Kernkraftwerke im Rahmen der Energiewende.

Das ist faktisch so nicht richtig. Das wird sicherlich auch Einfluss gehabt haben. Aber wir wissen doch ganz genau, dass es zu dem Zeitpunkt, als das Unglück in Fukushima passiert ist, noch andere externe Faktoren gab, die zur Erhöhung der Strombeschaffungskosten geführt haben. Das drang nur nicht so sehr an die Öffentlichkeit, weil wir alle uns mit diesem sehr schlimmen, schweren Unglück beschäftigt haben. Dass die Preise auf dem deutschen Strommarkt so hoch waren, hatte mit einem ökologischen Faktor zu tun. Zudem hatte Norwegen, Europas größter Exporteur von Öl und Gas, der aber selbst nur Wasserkraftwerke besitzt, das Problem - vielleicht können Sie sich noch daran erinnern, welches Wetter wir, aber auch Skandinavien im März, April und Mai letztes Jahr hatten -, dass es viel zu trocken war und

dadurch zu wenig Wasser zur Verfügung stand, um die Wasserkraftwerke betreiben zu können. Deshalb musste Norwegen auf dem europäischen Strommarkt massiv zukaufen. Deshalb ist es zu diesem Anstieg gekommen.

Selbstverständlich hat auch die Energiewende etwas mit der Preisfindung zu tun. Aber wenn wir uns das Jahr 2011 insgesamt - die RheinEnergie kauft ja 15-mal im Jahr ein - einmal genauer anschauen, stellen wir fest: Der Strompreis ist gefallen. Darum sollte man mit einer solchen Formulierung vorsichtig sein. Das hat Herr Dr. Steinkamp vollkommen richtig ausgeführt. Er hat hier deutlich gemacht, dass die RheinEnergie das auch nicht so begründet hat. Das wollte ich nur hier richtigstellen. Vielleicht kann diese Formulierung in der Resolution noch geändert werden.

Das eben vorgetragene Beispiel zeigt aber auch: Der Strommarkt wird unberechenbarer. Das hat jedoch nichts mit der Stilllegung der Atomkraftwerke zu tun, sondern es gehört zur Wahrheit dazu, zu sagen, dass es die regenerativen Energien sind, die den Markt so unberechenbar machen. Eigentlich müsste man sich vor der Preisfindung den Wetterdienst anschauen. Haben Sie zum Beispiel gewusst, dass der Strompreis im November 2011 hochgegangen ist,

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Spotmarkt!)

- du weißt das -, weil die Herbstwinde gefehlt haben?

(Karsten Möring [CDU]: Kann die FDP doch mehr Wind machen, dann geht es!)

Das war der Grund dafür, dass der Preis auf dem Spotmarkt hochgegangen ist, und nicht, weil wir da ein Atomkraftwerk abgeschaltet haben. Wir haben es doch selber erlebt - vielleicht erinnern Sie sich noch daran -, welche Tiefstände der Rhein damals hatte. Das hatte natürlich auch Auswirkungen auf die Wasserkraft und diese wiederum auf die Herstellung von Elektrizität in den Kraftwerken. Das heißt. Wir begeben uns immer mehr in Abhängigkeit von Wind und Wetter. Das hat auch etwas mit den Preisen zu tun, auch mit denen, die in 2011 gezahlt werden mussten. Herr Steinkamp hat das mit der Formulierung deutlich gemacht, dass das nicht die unmittelbare Folge ist. Deshalb wollte ich das noch einmal ganz sachlich ansprechen.

Selbstverständlich wird die Energiewende, in der es ja vor allem auch um den Ausbau der Netze geht, uns viel Kraft abverlangen, die notwendigen Investitionen zu stemmen. Ganz eindeutig. Aber machen wir uns nichts vor: Die Preisfindung ist nicht so eindimensional und eindeutig, wie das in der Resolution formuliert worden ist. Wenn dem so wäre, könnte man die Kritik verstehen. Aber dann könnte man, glaube ich, zum Hörer greifen. Herr Steinkamp hat ja darum gebeten. Dieser Bitte ist Herr Röttgen bis jetzt nicht nachgekommen. Ich hätte das eigentlich von Herrn Röttgen erwartet. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Breite. - Ich will jetzt direkt das Wort an Herrn Dr. Steinkamp geben. Danach ist Herr Uckermann an der Reihe.

Dr. Dieter Steinkamp (RheinEnergie AG): Meine Rolle hier ist ja, ein bisschen zur Objektivierung und zur Wahrheitsfindung beizutragen.

Herr Breite hat völlig exakt beschrieben, wie die Mechanismen am Strommarkt sind. Aber er hat den Spotmarkt beschrieben. Entscheidend für unsere Langfristbeschaffung sind jedoch die Preise am Terminmarkt. Wenn man sich diese einmal beginnend am 11. März 2011, an dem das Unglück in Fukushima stattgefunden hat, anschaut - wohlgemerkt: die Terminmarktentwicklung -, dann stimmt das, was ich vorhin gesagt habe: Es gab über einen Zeitraum von ca. sechs Monaten im Markt „erhebliche Unsicherheiten“ - so würden es die Analysten beschreiben - mit der Folge steigender Preise. Zum Teil waren es am Anfang 5 bis 6 Euro Differenz je Megawattstunde - das ist sehr, sehr viel -, was sich dann bis zum Ende des Jahres wieder normalisiert hat, wie ich vorhin schon gesagt habe.

Der Spotmarkt läuft daneben und folgt in Teilen wirklich anderen Gesetzen. Herr Breite hat richtig beschrieben, dass auch das im letzten Jahr eine Rolle gespielt hat, allerdings nicht für die Kalkulation der Preise im Jahr 2012. Das sind vielmehr die Kurzfristmengen, die wir im Grunde genommen im Tagesgeschäft dann noch als Restmengen kaufen müssen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Herr Dr. Steinkamp. - Herr Uckermann, bitte.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Eine sehr interessante und lehrreiche Aktuelle Stunde liegt hinter uns. Ich darf heute in dieser Angelegenheit wohl wieder den Schlussredner machen.

Selbstverständlich ist das, was ein Bundesminister hier tut, sehr ungehörig. Als Kölner Stadträte stehen wir natürlich zu unserem Unternehmen RheinEnergie. Ich sage aber auch: Die Bürgerbewegung pro Köln / pro NRW steht auch für die Forderung nach mehr Gebührentransparenz. Die Kölner Bürger müssen die Energie tatsächlich noch bezahlen können. Dass Herr Röttgen hier diesen Strohalm ergreift, zeigt, wie er - bei immer weiter sinkender Wahlbeteiligung - seine Chancen bei dieser Wahl einschätzt.

Die Linken haben den Antrag auf Durchführung dieser Aktuellen Stunde eingebracht, der ja eher substanzlos ist; denn sie haben ja noch nicht einmal beschrieben, wie sie diese Aktuelle Stunde beschließen wollen und welche Konsequenzen für unser Tun daraus folgen sollen. Daraufhin haben die Grünen und die SPD uns während dieser Sitzung noch etwas zum Lesen gegeben.

Für die Bürgerbewegung pro Köln kann ich sagen: Wir wollen uns in dieser Angelegenheit enthalten. Grund dafür ist, dass wir den Eindruck haben, einer ist hier schlechter als der andere. Das Ganze ist ein Ränkespiel. Das, was wir hier erlebt haben, vermittelt das Gefühl, als sei man hier auf einem politischen Abenteuerspielplatz bzw. in einer Wahlkampfarena. Die Bürgerbewegung pro NRW stellt sich mit drei Stadträten auch zur Landtagswahl. Die 11 000 Bürger, die so unzufrieden sind, haben ja dann eine gute Wahlalternative. - In diesem Sinne, vielen Dank.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es noch eine Wortmeldung? - Ja, von Herrn Börschel.

Martin Börschel (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und

Kollegen! Ich würde gerne die Anregung des Kollegen Breite aufnehmen und eine Veränderung im Resolutionsentwurf vorschlagen, und zwar in Ziffer 2, dritte Zeile, die beiden Wörter „die unmittelbare“ zu streichen und zu ersetzen durch „eine“.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gut. - Dann kommen wir zur Abstimmung über diese Resolution, die Ihnen als Tischvorlage präsentiert worden ist. Wer für diese Resolution ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion Die Linke, Herr Hoffmann und Herr Zimmermann sowie die Fraktion der Grünen und die Fraktion der FDP. Wer Enthält sich? - Das sind die Fraktion pro Köln und Herr Ludwig. Damit ist die Resolution so angenommen. Die Resolution wird an die Verwaltung überwiesen, um sie entsprechend umzusetzen.

Damit haben wir das Ende der beiden Aktuellen Stunden erreicht und kommen jetzt zur weiteren Tagesordnung.

Wir hatten uns zu Beginn geeinigt, die Tagesordnungspunkte 3.1.1 und 3.1.4 gemeinsam abzuhandeln. Diese Punkte rufe ich jetzt auf:

3.1.1 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Fortsetzung der Abschlagszahlungen in 2012" AN/0396/2012

3.1.4 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Vorläufige Haushaltsführung - Finanzierung der Freien Träger" AN/0187/2012

Herr Frank, bitte schön.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Wie Ihnen bekannt ist, werte Kolleginnen und Kollegen, werden alle Änderungsanträge zum Haushalt am 11. Juni im Finanzausschuss diskutiert und beschlossen. Der Rat wird den Haushalt dann am 26. Juni endgültig verabschieden. Vor diesem Hintergrund ist es notwendig, die Regelungen zu den Abschlagszahlungen fortzuführen, die wir ja bereits im Dezember für das erste Quartal beschlossen bzw. der Kämmerin empfohlen haben, so zu verfahren, damit die Arbeit insbesondere der Freien Träger weiterhin gewährleistet ist. Ich denke, das ist von allen Seiten unterstützenswert. Wir sollten dieses

deutliche Signal auch jetzt wieder für das nächste Quartal an die Verwaltung geben.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (DIE LINKE.: Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Frau Kämmerin! Meine Damen und Herren! Wir wollen mit unserem Antrag erreichen, dass die Verwaltung gemäß § 82 Gemeindeordnung schnell prüft, ob die Mittel für das zweite und dritte Quartal den Freien Trägern angewiesen werden können, und dies dann auch tut. Wir hätten gerne schon auf der letzten Sitzung diesen Schritt getan. Aber Rot-Grün wollte diesen Antrag für die heutige Sitzung selber stellen, obwohl die Formulierungen wortgleich sind.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Die ist nicht wortgleich!)

Man sollte meines Erachtens diese Sache nicht als lächerlich betrachten, sondern es bestehen hier ernsthafte Differenzen, die ich im Folgenden darstellen will:

Erstens. Unser Antrag beinhaltet das zweite und dritte Haushaltsquartal, der Antrag von Rot-Grün dagegen nur das zweite Quartal 2012. Jetzt wird der finanzpolitische Sprech-Kämmerer der Grünen, Kollege Frank, einwenden, das dritte Quartal machen wir in der Mai-Sitzung. Das ist einfach Blödsinn, weil die Anweisung letztendlich sowieso von der jeweiligen Prüfung der Kämmerin abhängt. Wir können als Rat nur politische Zeichen an die Verwaltung, an die Öffentlichkeit und vor allem an die Träger, Initiativen und Vereine senden. Und da wollen wir, meine Damen und Herren, das stärkste Signal senden, das wir senden können. Wir wollen unseren Beitrag dazu leisten, dass die Freien Träger ihre wichtige Arbeit fortsetzen. Wir wollen deutlich machen: Wir stehen an eurer Seite. - Dieses Signal will Rot-Grün nicht senden.

Zweitens. Rot-Grün geht es darum, Verzögerungen bei der Zahlung der Finanzmittel zu legitimieren. So können Sie auf kaltem Wege Kürzungen erreichen, ohne politische Debatte und ohne großen Widerstand. In Fachkreisen spricht man davon, dass es hier um 30 Millionen Euro geht. Im Kulturbereich gibt es heftige Auseinandersetzungen, weil verschiedene Projekte geplant und teilfinanziert werden

müssen. Kluge Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung erklären den Trägern, wie man Unaufschiebbarkeit und eine vorzeigige Auszahlung begründen kann. Danke an diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der gesamten Stadtverwaltung, die sich bemühen, auf diesem Wege die sozialen und kulturellen Interessen voranzutreiben.

Rot-Grün dagegen mauert und feilscht um jeden Cent und trägt dazu bei, dass soziale und kulturelle Projekte nicht umgesetzt werden können. Auf dem Wege der Verfügungsbeschränkung wurden zum Beispiel die Mittel für die Mitarbeiterqualifizierung 2010 um 50 Prozent und 2011 um 20 Prozent gekürzt. Das ergibt eine Summe von 300 000 Euro. Wer im AVR ist, kennt diese Vorlagen ganz genau. Man will schlussendlich auf eine Summe von 30 Millionen Euro kommen. Bei der Mitarbeiterqualifizierung hat man schon einmal 300 000 Euro eingespart.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Da müsst ihr noch ein bisschen sammeln!)

Drittens. Wie kleinlich, durchtrieben und kenntnislos Rot-Grün beim Haushalt agiert, können wir aktuell bei den Landesfinanzen sehen. Am 15. März erklärte Martin Börschel in einer Presseerklärung, das Land würde die Mittel aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz jetzt nicht zahlen, weil unter anderen DIE LINKE dem Landshaushalt nicht zugestimmt habe.

(Martin Börschel [SPD]: Alles richtig!)

Diese Fehlinformation schaffte es bis auf Seite 1 der Tagespresse. Nur, dumm gelaufen: Einige Tage später erklärte der Innenminister - ich zitiere -:

Die Landesregierung wird auch ohne gültigen Haushalt 2012 ... Abschläge aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) 2012 auszahlen.

Kollege Börschel, da haben Sie einfach danebengelegt. Insofern finde ich es einfach schade, dass Sie jetzt FDP, CDU und uns dafür verantwortlich machen.

(Lachen bei Karl-Jürgen Klipper [CDU])

Wer in der letzten Ratssitzung ein bisschen aufgepasst hat, hat gesehen, dass Herr Börschel sehr mit Herrn Sterck geturtelt hat. Das hat anscheinend aber nicht für den Landshaushalt ausgereicht. Insofern: Sie sollten *Ihre*

Hausaufgaben machen, statt andere dafür verantwortlich zu machen. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Klipper, bitte.

Karl-Jürgen Klipper (CDU): Ja, Herr Detjen, da kann ich Ihnen nur den alten Spruch entgegenhalten: „Was geht mich mein Geschwätz von gestern an?“ - Aber das ist eine andere Sache.

Meine Damen und Herren, wir werden dem vorliegenden Antrag in vollem Umfang, ohne Abänderungsantrag zustimmen. Das will ich vorweg sagen.

Aber die Passivität der Kämmerin und ihr Nichtstun hinsichtlich der Aufstellung eines genehmigungsfähigen Haushalts wollen wir in keiner Weise hinnehmen oder gar tolerieren. Wir hatten erwartet, Herr Oberbürgermeister, dass der Rat der Stadt Köln umgehend, das heißt, schon im Februar oder Anfang März, eine Vorlage gleichen Inhalts erhalten würde, um den verschiedenen Trägern von Wohlfahrtspflege, Jugendhilfe, freier Kulturarbeit, Förderern von Projekten der Sportvereine, dem TAS etc. Planungssicherheit zu geben. Aber wie immer in den letzten Monaten ist nichts geschehen. Was sind das für eine Kämmerin und ein Oberbürgermeister!

(Beifall bei Teilen der CDU)

Mehr als fünf Monate hat sich nichts getan: keine Vorschläge von Einsparungen für den Haushalt 2012 und insbesondere keine für die mittelfristige Finanzplanung 2013/2015. Sie stehen da wie das Kaninchen vor der Schlange in der Hoffnung, doch nicht von der Realität gebissen zu werden und mit der Steuerschätzung im Mai formal aus der Bredouille zu kommen. Ihre eigenen Zahlen gestern im Finanzausschuss zeigen deutlich an, dass diese Hoffnung irrational ist; denn die Gewerbesteuererinnahmen lagen, wie gestern zu erfahren war, sogar unter dem Ansatz vom letzten Jahr. Also: Legen Sie die Daten auf den Tisch mit allen Konsequenzen, transparent und ehrlich.

(Zuruf der Stadtkämmerin
Gabriele C. Klug)

- Ja, ein Plan braucht immer fünf Monate, höchstwahrscheinlich ein ganzes Jahr. Aber Frau

Kämmerin, ich bin der Meinung, langsam ist es Zeit. Wir werden höchstwahrscheinlich sowieso erst im September die Zustimmung der Regierungspräsidentin bekommen. Dann haben wir genau dreieinhalb Monate Zeit, um hier noch etwas gestalten zu können. Die Bürger dieser Stadt erwarten, jetzt – jetzt! -

(Beifall bei der CDU)

von Ihnen zu erfahren, wo Straßenreparaturen auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben werden sollen, wo Grünflächen nicht mehr gepflegt werden, in welchen Stadtteilen - ich erinnere an die Demonstration unten - der Ausbau von Ü3- und U3-Kindertagesstätten in die Zukunft verschoben werden soll. Frau Dr. Klein hatte ja schon vor vier Wochen angekündigt, dass man eine Chance sieht, dies aufzuschieben. Die Bürger erwarten, dass ihnen reiner Wein und nicht nur Wasser eingeschenkt wird. Ehrlichkeit, Offenheit, Transparenz - das wird von Ihnen, Frau Kämmerin und Herr Oberbürgermeister, hier heute erwartet.

Ich will noch einmal auf den Ausbau der Ü3-Kindertagesstätten zu sprechen kommen. Ihnen, Herr Oberbürgermeister, der Sie noch auf dem Neujahrsempfang Anfang dieses Jahres die Versorgung mit Kindertagesstättenplätzen zur Chefsache erklärt haben, müssten eigentlich die Ohren klingen, dass der südliche Teil von Rodenkirchen der mit Kindertagesstättenplätzen am schlechtesten versorgte Stadtbezirk von Köln ist. Wir haben dafür gesorgt haben, dass insgesamt nahezu 900 neue Wohnungen gebaut wurden, in die auch viele Familien mit Kindern eingezogen sind. Wenn ich aber höre, dass erst in drei Jahren eine zweite Kindertagesstätte gebaut wird, dann bereue ich fast, dass wir das Sürther Feld zur Bebauung freigegeben haben, ohne vorher die nötige Infrastruktur zu schaffen. Aber das ist ja Sache des Chefs.

Die Bürger wollen jetzt wissen, welche Projekte *nicht* realisiert werden können oder sollen, wie zum Beispiel ein modernes Messe-Kongresszentrum, obwohl es für die Wirtschaft äußerst wichtig wäre - dafür müsste man aber einen Zeitplan haben -, oder der massive Ausbau von Wohnbauflächen oder das Jüdische Museum, das die Stadt bestimmt 40 Millionen Euro kosten wird.

(Beifall bei der CDU)

Die Bürger dieser Stadt erwarten von Ihnen, Frau Kämmerin und Herr Oberbürgermeister, jetzt zu erfahren, in welchen Bereichen Standards

reduziert werden sollen, an welcher Stelle Sie auf die Erfüllung von parteipolitischen Wünschen verzichten und wie Sie die mittelfristige Finanzplanung in Ordnung bringen wollen.

Es ist unverantwortlich, den Kapitalverbrauch in den Jahren 2012 bis 2015 bis nahezu 1 Milliarde Euro in die Höhe zu treiben, ohne strengste Einsparmaßnahmen durchzuführen. Zum Sparen, zum Abwägen und zum Treffen unpopulärer Entscheidungen gehört aber Mut und Überzeugungsarbeit und nicht nur reine Parteitaktik.

Sie hatten uns - ich kann mich noch sehr gut daran erinnern, Herr Oberbürgermeister - ebenso wie die Kämmerin versprochen, bis Ende März, Anfang April Ihren abgestimmten - ich betone: abgestimmten - Vorschlag für das Jahr 2012 wie auch für die mittelfristige Finanzplanung auf den Tisch zu legen, ohne mit pauschalen Werten zu arbeiten.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Da haben sie ja noch drei Tage Zeit!)

- Genau, dafür bleiben Ihnen genau noch drei Tage Zeit. Ich bin gespannt, ob wir das noch bekommen. Bis heute: Fehlanzeige! Sie verweisen nun auf die Auflösung des Landtages und die damit verbundenen Schwierigkeiten. Was für eine billige Vorgehensweise! Sie können jederzeit Ihre Vorstellungen vom Haushalt auf den Tisch legen. Sie können oder müssen dann eben nach dem 13. Mai bis zur Sitzung des Finanzausschusses und der abschließenden Ratssitzung korrigiert werden. Frau Kämmerin, Herr Oberbürgermeister, Sie werden bis zum 11. Juni bzw. bis zum 26. Juni keine rechtsverbindlichen Auskünfte aus Düsseldorf erhalten, weil der Haushalt NRW für 2012 bis dahin nicht verabschiedet werden kann. Legen Sie also jetzt den Haushalt 2012 einschließlich der mittelfristigen Finanzplanung für die Stadt Köln vor, damit die Öffentlichkeit heute und nicht erst nach der Landtagswahl das von Ihnen verursachte Desaster in voller Höhe erkennen kann. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke, Herr Klipper. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Börschel, bitte.

Martin Börschel (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und

Kollegen! Auf den Beitrag des Kollegen Detjen will ich trotzdem noch ganz kurz eingehen, mittelbar auch auf den von Herrn Klipper.

Herr Detjen, Sie haben ja auf die öffentliche Stellungnahme von mir rekurriert - in anderen Medien habe ich aber ebensolche von den Grünen gesehen -, was die Gefährdung des kommunalen Kölner Konsolidierungskurses durch die Ablehnung des GFG 2012 im Landtag angeht. Davon ist nichts zurückzunehmen. Ich hatte eigentlich gehofft, dass Herr Ludwig Ihnen aus dem Finanzausschuss gestern berichtet hat. Wenn dem nicht so ist, will ich Ihnen Folgendes sagen: Das, was dort gestern gesagt wurde, mache ich mir noch einmal zu eigen, damit Sie das entsprechend nachlesen können. Ich will hier jetzt nur noch einmal auf folgenden kleinen Unterschied eingehen.

Für den Konsolidierungskurs einer Stadt gibt es einen Unterschied zwischen einem rechtlichen Anspruch, also Geld, das uns gehört, und einem Darlehen bzw. Abschlägen. Was die Landesregierung zurzeit macht, ist, uns unter äußerst großzügiger Auslegung der vorläufigen Haushaltsführung Abschläge zu geben. Abschläge sind aber nichts anderes als eine Leihgabe an die Kommunen. Sofern CDU, FDP und Linke wie im alten Landtag wieder eine gemeinsame Mehrheit hätten und wiederum aktiv das GFG 2012, das für Köln Mehreinnahmen in Höhe von 105,3 Millionen Euro gemäß Haushaltsentwurf bedeuten würde, ablehnen würden, dann müssten wir das Geld zurückzahlen. So einfach ist das. Das heißt: Momentan gibt die Landesregierung uns Abschläge. Abschläge haben es nun einmal in sich, dass sie zurückgefordert werden, wenn eine Landtagsmehrheit das nicht beschließt. Es beißt die Maus keinen Faden ab: CDU, FDP und Linke haben zum kommunalfreundlichsten GFG aller Zeiten Nein gesagt. So einfach ist die Wahrheit. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Breite.

Ulrich Breite (FDP): Herr Kollege Börschel, dass Sie mich jetzt provoziert haben, muss Ihnen klar sein. Sie haben ja eben auch die FDP genannt, obwohl Sie wissen, dass die FDP dem Stärkungspakt Stadtfinanzen zugestimmt hat.

(Martin Börschel [SPD]: Aber beim GFG dagegen!)

Das jetzt mit dem Haushalt zu verbinden, halte ich für nicht redlich.

Sie haben sicherlich recht, wenn Sie sagen, das sind Abschlüge; das ist immer so. Aber ich gehe nicht davon aus, dass eine neu gebildete Landesregierung entscheiden muss.

(Martin Börschel [SPD]: Der Landtag!)

Ich sah im Landtag dafür schon eine Mehrheit.

(Martin Börschel [SPD]: Rot-Grün! Sie waren doch dagegen!)

Zeichnen Sie jetzt nicht ein falsches Bild, nur weil Sie dem Landtag einen nicht verabschiedungswürdigen Haushalt vorgelegt haben, dem andere Fraktionen nicht zustimmen konnten und Sie auf diese Fraktionen nicht zugegangen sind. Aber das war doch nicht die Schuld von CDU, Linken und FDP. Das ist Ihre eigene Schuld. Sie haben das nicht geschafft. Sie müssen hier schon deutlich zugeben, Sie haben da versagt. Darum kommt es jetzt zu Neuwahlen.

(Beifall bei der FDP und der CDU - Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Sie wollten es so!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Noch einmal direkt dazu Herr Börschel.

Martin Börschel (SPD): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. Das muss natürlich sein. - Herr Kollege Breite, mit Verlaub, da spricht Unkenntnis aus Ihnen.

(Lachen bei der FDP)

Ich könnte ja in der Sache politisch noch nachvollziehen, dass Sie den Haushaltsentwurf der Regierung kritisieren. Sie müssen aber wissen - und eigentlich tun Sie das auch -: Die Abstimmung über das Gemeindefinanzierungsgesetz erfolgt separat. Da wird über nichts anderes abgestimmt als über das Gemeindefinanzierungsgesetz. Kein Einzelhaushalt, kein Vor oder Zurück, kein Links oder Rechts, sondern nur über die Finanzierung der Städte und Gemeinden. Das war übrigens am fraglichen Mittwoch im Landtag die erste Abstimmung, deren Ergebnis noch nicht zur Auflösung des Landtags führte. Erst das

Ergebnis der Abstimmung über den Haushalt führte dann dazu.

Um es noch einmal klar zu sagen: Abstimmung Gemeindefinanzierungsgesetz separat, 105,3 Millionen Euro mehr für Köln, Zustimmung: SPD und Grüne, Ablehnung: CDU, FDP und Linke.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist aber nicht schön, Herr Breite! Das war scheiße!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu Herrn Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Nur kurz zur Sache: Unsere Fraktion stimmt diesem Anliegen selbstverständlich zu. Wir sind nicht der Meinung, dass die Bürger das Versagen der etablierten Politik ausbaden müssen, sei es das Versagen im Landtag, sei es das Versagen hier im Stadtrat, wo man keinen Haushalt auf die Reihe bekommt. Gemeindefinanzierung hin, Gemeindefinanzierung her: Die 60 Millionen Euro, die diese unnötige Neuwahl jetzt kosten wird, würden wir viel lieber bei den Gemeinden sehen. - In dem Sinne, wir stimmen zu.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Detjen noch, vom Platz aus.

Jörg Detjen (DIE LINKE.): Herr Börschel, nach der Auflösung des Landtages dauerte es einige Tage, bis vonseiten der Landesregierung klar war, was an Geld gezahlt wird.

(Martin Börschel [SPD]: Ist doch klar!)

- Ja, natürlich ist das klar. - Es ist ganz normal, dass das in Ruhe geklärt werden muss. Während dieser Prozess lief, haben Sie eine Presseerklärung losgebrettert und mitgeteilt, dass Köln die 105 Millionen Euro, die der Stadt nach dem neuen GFG zustehen würden, nicht bekommen wird.

(Martin Börschel [SPD]: Nein!)

- Ich habe sie hier.

(Martin Börschel [SPD]: Vorlesen!)

Das war eine Fehlinformation, und diese Fehlinformation ging durch die Kölner Presse.

(Martin Börschel [SPD]: Sie lügen, Herr Detjen! Lesen Sie es doch vor!)

Das ist Fakt. Darüber habe ich mich geärgert; denn ich finde, solche Sachen muss man in Ruhe klären. Das hat eben ein paar Tage gedauert. Dann hat Herr Minister Jäger eine schriftliche Stellungnahme dazu abgegeben, dass diese Gelder fließen werden.

Meine Damen und Herren, ich habe noch eine Frage an die Kämmerin: Können Sie sagen, wann uns die neuen haushaltspolitischen Positionen des Stadtvorstandes zugestellt werden?

(Andreas Köhler [CDU]: Nicht vor der Landtagswahl! - Heiterkeit)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Frau Kämmerin.

Stadtkämmerin Gabriele C. Klug: Herr Detjen, Sie haben vieles schon geschildert, was die Rahmenbedingungen geändert hat. Wir haben heute Morgen im Stadtvorstand diese Problematik erörtert. Es stellte sich heraus, dass die Kolleginnen und Kollegen noch weiteren Prüfungsbedarf haben, was die konkrete Umsetzung von Leistungsgesetzen anbelangt. Es ist nämlich nicht einfach damit getan, jetzt zu sagen: Es gibt Abschlagszahlungen aus dem GFG. Vielmehr gibt es konkrete Leistungsgesetze, die abgelehnt wurden oder nicht in Kraft treten. Diese Ausfälle machen es erforderlich, zum Beispiel im U3-Bereich sehr konkret nachzurechnen. Deswegen werden wir vor Ostern keine Aussagen treffen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Frau Kämmerin. - Wir kommen dann zur Abstimmung.

Wir stimmen zunächst über den Antrag 3.1.1 von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der SPD, das ist die Fraktion Die Linke, das sind die Grünen, das ist die Fraktion der CDU, das ist die FDP, das sind Herr Hoffmann und Herr Zimmermann sowie die Fraktion pro Köln. Damit ist der Antrag einstimmig angenommen.

Eine Abstimmung über den Antrag 3.1.4 erübrigt sich damit. - Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (DIE LINKE.): Nein, unser Antrag erübrigt sich überhaupt gar nicht, weil unser Antrag weiter geht. Warum soll ich gegen das zweite Quartal stimmen, wenn wir eine Abstimmung über das zweite und dritte Quartal beantragt haben? Dann stimme ich doch erst einmal für das zweite und danach noch für das dritte Quartal.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gut, okay. - Wir stimmen dann über den Antrag 3.1.4 der Fraktion Die Linke ab. Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion Die Linke und Herr Zimmermann. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3.1.2 auf:

**3.1.2 Antrag der CDU-Fraktion betreffend
"Illegal im Stadtgebiet aufgestellte
Altkleider-Container"
AN/0356/2012**

Frau Manderla, bitte.

Gisela Manderla (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es geht nicht um einen Container, sondern es geht um viele Container, die diese Stadt vermüllen.

Ich habe den schönen Morgen heute genutzt, um vor der Ratssitzung, in der man ja viel sitzen muss, eine Runde durch das wunderschöne östliche Köln-Brück zu ziehen, einem wunderschönen Naturschutzgebiet. Da komme ich immer an einem Gebiet mit Einfamilienhäusern vorbei. Am Rande dieses Gebiets steht einer dieser hässlichen, mit Graffiti verschmierten Container, der absolut nicht in diese schöne Landschaft passt. Das ist das, was uns heute dazu bringt, nach den wichtigen, harten Themen Energie und Haushalt einen weichen Standortfaktor anzusprechen, der aber in Köln ein ganz, ganz wichtiger ist.

Wir wollen nicht, dass diese Stadt weiterhin mit illegal aufgestellten Altkleider-Containern vermüllt wird.

(Beifall bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe ein bisschen recherchiert. Der AVR und der Umweltausschuss haben sich bereits 1999 mit diesem Thema befasst. Ich weiß auch, dass die Verwaltung, lieber Herr Streitberger, seit April 2011 Maßnahmen eingeleitet hat, um die Müllcontainer zu entfernen. Aber wir haben den Eindruck, dass diese Maßnahmen nicht ausreichen. Wenn ein Container an einer Stelle weggeschafft wird, wird drei Häuser weiter ein neuer aufgestellt. Auch die Strafzahlungen, die Sie eingeleitet haben, sind ein ganz langwieriges Verfahren. Ich habe auch den Eindruck, dass sich in dieser Verwaltung viel zu wenige Menschen um dieses Problem kümmern können. Deshalb möchten wir Sie auffordern, Strukturen zu schaffen, Aufgaben zu bündeln, auch über die Ämter hinaus, um diesem Problem Herr zu werden.

Und noch etwas: Wenn man die Großstadt am Rhein betritt, die circa 70 Kilometer nördlich liegt, stellt man fest, dass auch dort Altkleider-Container stehen. Aber diese sind von den Maltesern. Sie haben alle das gleiche Bild. Das sieht vernünftig aus.

Deshalb möchten wir, dass die Verwaltung einen Benchmark, einen Vergleich, macht und sich ansieht, wie andere Großstädte das regeln. Meine Damen und Herren, liebe Vertreter der Verwaltung, bitte sorgen Sie endlich dafür, dass wir von diesen Containern verschont bleiben. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen dazu? - Herr Neubert, bitte.

Michael Neubert (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Drei kurze Anmerkungen zu diesem Antrag:

Dieses Thema haben wir, wie Frau Manderla eben gesagt hat, schon mehrfach im AVR besprochen. Es wird auch in mehreren Bezirksvertretungen diskutiert. Ich denke, in diese Gremien gehört dieser Antrag.

(Gisela Manderla [CDU]: Dann können Sie ja zustimmen!)

Zum Inhaltlichen: Die Verwaltung hat mehrfach dargestellt, was sie in letzter Zeit erreicht hat und was sie zu tun gedenkt. Dafür möchte ich sie an

dieser Stelle loben und ihr unsere weitere Unterstützung zusagen.

Wir stimmen der Vorlage zu. - Vielen Dank.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Wolter, bitte.

Andreas Wolter (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich mache es auch vom Platz aus. Ganz kurz: Wir stimmen dem Antrag zu. Die Verwaltung soll im Sinne des Antrags die angesprochenen Probleme lösen. Es geht aber nicht nur um ordnungsrechtliche Probleme - Frau Manderla, Sie haben sie eben schon angesprochen -, das ist auch eine Frage von Entwicklungszusammenarbeit. Zwei Anmerkungen dazu, mit der Bitte um Berücksichtigung:

Es gibt offensichtlich Kölner, die den Bedarf haben, Schuhe und Kleidung nicht einfach in den Müll zu werfen, sondern sie einer Wiederverwertung zuzuführen, und das trotz Kenntnis der unsinnigen Transporte in Entwicklungsländer oder von illegaler Entsorgung. Dem sollte man auch noch einmal nachgehen.

In anderen Städten gibt es eine Zusammenarbeit mit Initiativen, die sich unter dem Dach der Agenda-21-Initiativen befinden. Ich weiß, dass das in München so ist. Diese Initiativen haben zusammen mit der Stadt München ein Konzept entwickelt, wie man das nachhaltig gestalten kann. Um Sortierung und Verteilung dieser Altkleider kümmern sich zum Beispiel Langzeitarbeitslosenprojekte. Das finde ich sehr gut. Das steht andeutungsweise auch im Antrag, aber es wäre gut, wenn das klar benannt würde. - Danke.

(Gisela Manderla [CDU]: Können wir gerne aufnehmen!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke, Herr Wolter. - Wir kommen dann zu Frau Hoyer.

Katja Hoyer (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Auch wir stimmen dem Antrag zu. Wir sind ebenfalls der Meinung,

dass er wirklich gut im AVR aufgehoben ist und dort auch weiter beraten werden sollte.

Ich möchte noch einen anderen Aspekt in die Debatte einbringen, der bis jetzt noch nicht angesprochen worden ist. Wir haben uns bisher nur mit dem Problem von illegal aufgestellten Altkleider-Containern beschäftigt. Man muss aber auch sehen: Das Altkleidergeschäft ist durchaus einträglich. Viele Bürger, die Kleidung in diese Container werfen, glauben ja, dass sie etwas Gutes tun und damit soziale Projekte unterstützen. Diese Altkleider-Container scheinen also für die Bevölkerung immer noch interessant zu sein, obwohl es ständig Kampagnen gibt, Kleidung doch bitte zu Kleiderkammern usw. zu bringen. Es stellt sich deshalb die Frage, ob diese Angebote den Bürgern vielleicht nicht in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen. Wer möchte schon gerne zu einer Kleiderkammer im Nieselregen mit Kleidersäcken bepackt hinlaufen, die wer weiß wie weit entfernt ist und noch dazu Öffnungszeiten hat, die nicht unbedingt sehr kundenfreundlich sind? Insofern möchte ich mich dem anschließen, was Herr Wolter gesagt hat, nämlich wir müssen dieses Problem noch ein bisschen weiter denken.

Sie haben in Ihrem Antrag ja einen Vergleich mit anderen Städten angeregt. Vielleicht erfahren wir dadurch, dass die Altkleiderverwertung anderswo seriöser gehandhabt wird. - Danke.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke. - Herr Granitzka noch ganz kurz dazu.

Winrich Granitzka (CDU): Ich möchte mich den Wortmeldungen von Herrn Wolter und Frau Hoyer vollinhaltlich anschließen. Wir werden es nicht schaffen, mithilfe von Verwaltungsmitteln diese Unternehmen, die mit diesem „Schammell“ 350 Millionen Euro umsetzen, zu verdrängen, obwohl sich die Verwaltung - das muss ich einräumen - heftig darum bemüht. Wir müssen ihnen etwas entgegensetzen. Das einzig Wirksame scheint mir zu sein, dafür zu sorgen, dass diese Altkleider einer wirklichen Weiterverwendung zugeführt werden, sei es über Agenda-21-Initiativen oder Kleidersammlungen für die Malteser oder andere Organisationen. Damit erreichen wir auch, dass ordentliche, saubere Container aufgestellt werden. Wir müssen einfach anerkennen, dass es Menschen gibt, die Sachen, die teilweise noch gut sind, nicht in den Müll werfen wollen. - Vielen Dank.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommt Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Nach unserer Auffassung ist dieser Antrag an sich ein laufendes Geschäft der Verwaltung. Nichtsdestotrotz stimmen wir hier zu. - Danke.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich sehe allgemeine Zustimmung. Die Zielrichtung ist klar. Dazu wollen wir jetzt noch ein Votum einholen. Wer ist gegen diesen Antrag? - Wer enthält sich? - Damit ist er einstimmig angenommen.

Ich glaube, Sie werden mir genauso einstimmig beipflichten, wenn ich unserem heutigen Geburtstagskind, Herrn Dr. Walter Schulz, im Namen aller zum Geburtstag gratuliere.

(Beifall)

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 3.1.3:

**3.1.3 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend
"Als Feuer vom Himmel fiel: Den Opfern
des Tausend-Bomber-Angriffs ein
ehrendes Andenken bewahren!"
AN/0357/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Frau Wolter.

Judith Wolter (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Unser Geschichts- und Erinnerungskalender in Deutschland hat viele wichtige Termine, die alle ihren Sinn und ihre Berechtigung haben. Neben den großen nationalen Gedenktagen wird an vielen Orten der Republik auch besonderen Ereignissen auf lokaler Ebene gedacht, im Guten wie im Bösen. Selbstverständlich bezieht sich vieles in unserer Gedenkpraxis auf Ereignisse mit deutschen Tätern. Hier können und dürfen wir uns nicht aus der Verantwortung für unsere Geschichte im 20. Jahrhundert stellen. Genauso selbstverständlich sollte es aber sein, Ereignissen mit Deutschen als Opfern in Würde und Ehrlichkeit zu gedenken; denn wer deutsche Opfer betrauert, verleugnet damit nicht die Wunden und Opfer anderer Nationen.

(Beifall bei pro Köln)

Jedes Opfer ist eines zu viel. Eine nachträgliche Unterteilung in Opfer erster und zweiter Klasse wäre menschenverachtend und pietätlos.

Die Geschichte des 20. Jahrhunderts ist gespickt mit Verbrechen, Kriegen und furchtbarem Leid hier mitten unter uns, wo nunmehr schon so lange Frieden herrscht, ein Frieden, dem am besten gedient ist, wenn wir das gegenseitig zugefügte Leid niemals vergessen und dabei ehrlich und fair miteinander umgehen. Genau das vermissen wir von der Fraktion pro Köln aber manchmal im Hinblick auf das den Deutschen zugefügte Leid. In dem Bemühen, unbedingt aus dem Schatten der verbrecherischen NS-Herrschaft zu treten und nur ja nicht des angeblichen Aufrechnens bezichtigt zu werden, wird eher verschämt an Termine und Ereignisse erinnert, die furchtbare Konsequenzen für die Städte und die Menschen in unserem Land hatten.

Bekanntestes Beispiel hierfür ist wohl die Flucht und Vertreibung von rund 14 Millionen Deutschen nach Ende des Krieges, bei der über 2 Millionen Menschen elendig ums Leben kamen bzw. ermordet wurden. Immer wenn ich in unser Fraktionsbüro am Heumarkt komme, werde ich daran erinnert. Im gleichen Haus sitzt auch die Breslauer Sammlung, einer der letzten verbliebenen Hinweise auf Zehntausende Schlesier, die nach dem Krieg eine neue Heimat in Köln fanden.

In ebenso würdiger Form wird derzeit im Landgericht Köln an den ersten sogenannten Tausend-Bomber-Angriff auf Köln erinnert, der sich am 30. Mai dieses Jahres zum 70. Mal jährt. Ich möchte hier jetzt nicht weiter auf die Details und Zahlen eingehen; denn das zugefügte menschliche Leid und die Zerstörungswucht dieses Angriffs durch über 1 000 Bomber werden ohnehin nur ungenügend durch Zahlenkolonnen in Statistiken wiedergegeben. In unserer schriftlichen Begründung zum Antrag findet jeder Interessierte darüber hinaus die besagten Zahlen.

Vielmehr möchte ich hier die Gelegenheit nutzen, für eine weitere Verwendung der Landgerichtsausstellung mit dem Titel „Feuer, Schutt und Asche“ im Rathaus zu werben. Was hindert uns eigentlich daran, diese Ausstellung, die noch bis Ende April im Landgericht zu sehen sein wird, ab Mai in den Räumlichkeiten des Rathauses zu präsentieren? Das Rathaus verfügt über genügend geeignete Plätze dafür, an denen regelmäßig Ausstellungen für die Öffentlichkeit zugänglich sind. Ich denke zudem, dass eine für ein Gerichtsgebäude angemessene Erinnerungskultur auch für unser Rathaus sinnvoll ist.

Des Weiteren plädiert die Fraktion pro Köln für eine offizielle Gedenkveranstaltung zu diesem traurigen Jubiläum. In diesem Jahr könnte zudem im Rahmen dieser Gedenkveranstaltung die genannte Ausstellung in den Räumlichkeiten des Rathauses eröffnet werden.

In diesem Sinne bitte ich um eine wohlwollende Prüfung unseres Antrages; denn gerade die Mehrheit sollte mit ihrem Stimmrecht verantwortungsbewusst umgehen und nicht Vorschläge allein deshalb ablehnen, weil sie von der angeblich falschen Fraktion kommen. - Danke schön.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Houben, bitte.

Reinhard Houben (FDP): Ich habe eine Frage an die Verwaltung. Nach Kenntnis unserer Fraktion hat es zum Beispiel zum 50. Jahrestag des sogenannten Tausend-Bomber-Angriffs hier in Köln eine entsprechende Veranstaltung gegeben. Ich möchte dem Eindruck vehement widersprechen, dass die demokratischen Parteien und die Stadt Köln als Heimatstadt der Betroffenen auf solche Vorschläge nicht reagieren. Das möchte ich pro Köln so nicht durchgehen lassen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP und der SPD sowie bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich kann das bestätigen, Herr Houben. Eine solche Veranstaltung hat in würdiger Form stattgefunden und ist auch entsprechend von der Bevölkerung aufgenommen worden. - Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Mich wundert es schon, dass zu einem so wichtigen Thema nur ein einziger Sachbeitrag kommt, noch dazu von einer 1,2-Prozent-Partei.

Das 50-jährige Jubiläum ist eben schon angesprochen worden. Das ist 20 Jahre her. Wie gerade gehört, gibt es zurzeit hier in der Stadt eine eindrucksvolle Ausstellung; ich selbst habe

sie mir schon angeschaut. Wir haben vorgeschlagen, sie auch im Rathaus zu zeigen.

Wenn eine solche Veranstaltung vor 20 Jahren so gut angenommen worden ist, wäre es doch hoch an der Zeit, sie noch einmal zu wiederholen. Aber anscheinend gibt es da auf Ihrer Seite gewisse Versäumnisse, die die Bürgerbewegung pro Köln hier im Rat thematisieren muss. Dafür sind wir eben gewählt. - Danke.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Wir kommen dann zur Abstimmung. Wer für den Antrag der Fraktion pro Köln ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Der Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 3.1.5:

**3.1.5 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Frühzeitige Inbetriebnahme Nord-Süd-Stadtbahn"
AN/0391/2012**

**Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0443/2012**

**Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/0447/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Möring, Frau dos Santos, Frau Tull, Herr Sterck und Frau Stahlhofen. Das ist hier notiert. - Zuerst hat Herr Möring das Wort.

Karsten Möring (CDU): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass wir heute einen Beschluss fassen - das zeichnet sich schon ab -, der die Frage der vorzeitigen Inbetriebnahme ein ganzes Stück voranbringt.

(Beifall bei Barbara Moritz
[Bündnis 90/Die Grünen])

- Vielen Dank, Frau Kollegin. - Alle Insider wissen, dass wir schon seit mehr als einem halben Jahr darüber diskutieren, ob wir uns eine Investitionsruine unter der Erde leisten können oder ob wir die Teile, die schon fertig gestellt ist, vorzeitig nutzen, nachdem sich durch das

tragische Unglück die Gesamtfertigstellung massiv verzögert hat.

Die vorzeitige Inbetriebnahme des nördlichen Astes haben wir vor einiger Zeit beschlossen, die des südlichen nicht. Sie ist auch nicht umsonst zu haben. Es ist sicherlich auch eine Frage der Finanzierung. Die Frage, wie man das finanzieren kann, ist ja bisher noch nicht beantwortet.

Wir wollten mit unserem ursprünglichen Antrag eigentlich erreichen, dass uns eine belastbare Vorlage der Verwaltung hier vorgelegt wird, weil wir den Eindruck hatten, die Verwaltung verzögert das Ganze oder kann sich nicht entscheiden, wie sie damit umgehen will. Dabei wäre es doch ganz einfach gewesen, zu sagen: Das sind die Fakten. So und so viel kostet das. Das ist der Nutzen. Wir empfehlen Ja oder Nein bzw. folgende Alternativen. - Dass das nicht geschehen ist, bedauern wir. Wir stehen ja unter einem gewissen Zeitdruck; denn wenn wir nicht in diesem Frühjahr bzw. Frühsommer entscheiden, ob wir das machen wollen, verlieren wir ein weiteres Jahr der Nutzung. Je mehr Zeit wir verlieren, desto teurer wird natürlich auch die Nutzung.

Von daher war ich und auch meine Fraktion sehr angetan, dass SPD und Grüne im Großen und Ganzen eine ähnliche Position vertreten wie wir, sodass wir hier heute einen Antrag von drei Fraktionen vorlegen, der sich von dem der FDP nur in einem zentralen Punkt unterscheidet, nämlich jetzt nicht einfach zu beschließen, das zu machen, sondern auf einer Beschlussvorlage der Verwaltung zu bestehen, in der die Einzelheiten klar benannt sind.

Wenn das Thema in den Haushaltsberatungen behandelt wird, ist das nachvollziehbar; denn wir brauchen ein Finanzierungskonzept, das man vertreten kann. Das verschlägt höchstens eine Sitzungsrunde. Ich hoffe, wir kommen dann zu einem Ergebnis, dass wir sagen können: Ja, wir wollen das.

Wir können es auch den Bürgern in Köln nicht verständlich machen, dass wir eine solche Investition getätigt haben, ohne sie so weit wie möglich zu nutzen. Um diese Frage geht es. Wir können das Mittelstück nicht nutzen, weil die Baustelle am Waidmarkt leider immer noch nicht abgeschlossen ist. Das hat zum einen damit zu tun, dass die Frage, wer an diesem Unglück Schuld hat, immer noch ungeklärt ist; zum anderen ist noch unklar, wie dieses Teilstück zu Ende gebracht werden soll. Das ist zwar sehr

bedauerlich, soll uns aber nicht ernsthaft daran hindern, die anderen Teilstücke schon in Betrieb zu nehmen und zu erproben. Es wäre auch völlig irrsinnig, fertig gebaute U-Bahn-Stationen und fertig gebaute Streckennetze im Untergrund über Jahre ungenutzt zu lassen und für deren Unterhaltung viel Geld auszugeben, ohne dass der Kölner Bürger und die Kölner Bürgerin etwas davon haben.

Insofern appelliere ich an alle hier im Haus, diesen Antrag zu unterstützen und zu beschließen. Dann werden wir, so hoffe ich, bei den Haushaltsplanberatungen mit einem belastbaren Finanzierungskonzept konfrontiert, um dessen Gestaltung sich die Verwaltung noch ein paar Gedanken machen muss. Aber wir aus der Politik werden ihr dabei sicher Hilfestellung leisten, um dann eine verantwortbare Entscheidung für eine Teilinbetriebnahme zu treffen. Das wäre für Köln ein wirklich guter Tag. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU sowie bei Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen])

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Möring. - Dann kommen wir zu Frau dos Santos Herrmann.

Susana dos Santos Herrmann (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion ist schon seit langem der Überzeugung, dass die Nord-Süd-Bahn, in welcher konkreten Ausgestaltung auch immer, eine richtige Entscheidung für die Stadt Köln war und ist.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Oh!)

Dass wir durch das Unglück am Waidmarkt in die Bredouille gekommen sind, nicht nur wegen der Katastrophe an Ort und Stelle, sondern auch wegen der verkehrlichen, der baulichen und der finanziellen Folgen, die damit verbunden sind, ist eine andere Geschichte.

Wir stehen nun vor der Frage: Was machen wir mit dem Teilstück im Süden, das in relativ kurzer Zeit fertig gestellt sein wird? Was machen wir mit diesem Teilstück, wenn es fertig ist, aber nicht genutzt wird?

Wir glauben, dass es gute Gründe dafür gibt, weshalb die Verwaltung uns noch keine Vorlage vorgelegt hat, die eine Teilinbetriebnahme des südlichen Teilstücks vorsieht. Ich bin ziemlich

sicher, dass das auch etwas mit den Kosten zu tun hat. Deswegen kann ich meinem Vorredner, Herrn Möring, zustimmen: Ja, man sollte das im Grundsatz beschließen. Aber wir können nicht einfach sozusagen die Katze im Sack kaufen und sagen: Wir machen das unter allen Umständen. Der verkehrliche Nutzen muss auch den möglichen finanziellen Belastungen gegenübergestellt werden. Wir brauchen eine solide Grundlage. Ich gehe davon aus, dass das im Wesentlichen der Grund ist, weshalb die Verwaltung selbst noch nichts vorgelegt hat.

Deswegen haben wir versucht, einen konstruktiven Beitrag in die Debatte zu bringen, der genau diese Dinge aufgreift und die Verwaltung bittet, uns die verschiedenen Möglichkeiten, die es für die Teilinbetriebnahme gibt, darzustellen sowie die Kosten einer Teilinbetriebnahme den Kosten, die mit einer Nicht-Inbetriebnahme verbunden wären, gegenüberzustellen. Denn - das hat Herr Möring völlig richtig dargestellt - auch wenn wir uns nicht für eine Teilinbetriebnahme entscheiden, müssen wir mit Kosten rechnen, weil dieses Teilstück dann über Jahre in irgendeiner Form gepflegt werden müsste.

Wir sind der Auffassung, es ist in der Tat an der Zeit, das jetzt zu machen. Wir sind weiterhin der Auffassung, das ist überhaupt nur machbar im Rahmen der Haushaltsplanberatungen. Wir bitten deswegen die Verwaltung, uns genau das im Rahmen der Haushaltsplanberatungen vorzulegen, damit wir eine solide Grundlage für eine Entscheidung haben. Wir sind bereit, uns in diesem Punkt sehr intensiv mit dem, was da kommt, auseinanderzusetzen, und warten gespannt auf das, was dann da kommt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Wir kommen dann zu Frau Tull.

Bettina Tull (Bündnis 90/Die Grünen): Lieber Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Für die vorzeitige Inbetriebnahme sprechen aus meiner Sicht drei gewichtige Gründe:

Erstens. Es macht keinen Sinn, die fertig gestellten Haltestellen und Schienenstrecken jetzt auf Jahre stillzulegen. Die Menschen in der südlichen Innenstadt halten uns doch für bekloppt, wenn wir jetzt nach dem ganzen

Theater, dem Archiveinsturz, den mittlerweile jahrzehntelangen Baustellen, dem Lärm und dem Dreck, ganz abgesehen von der latenten Angst vor weiteren Einstürzen, das Ganze im wahrsten Sinne des Wortes für Jahre begraben. Eines ist doch klar: Die komplette Strecke wird vermutlich erst nach 2020 fertig. So lange können und wollen wir nicht mehr warten.

Zweitens. Es hat in den letzten Jahren einen enormen Anstieg der Fahrgastzahlen gegeben. Wir müssen dringend das Angebot und die Kapazität im ÖPNV ausweiten, um dem gestiegenen Bedarf Rechnung zu tragen. Gerade die Linie 16 ist in den Spitzenstunden überlastet, eine Taktverdichtung aber aufgrund des Innenstadttunnels nicht möglich. Eine weitere Linie in Richtung Süden würde deshalb Sinn machen, auch wenn damit nur die Verknüpfungshaltestelle an der Severinstraße erreicht wird. Umso wichtiger ist es deshalb aus unserer Sicht, dass die neue Linie wenigstens bis Sürth geführt wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Drittens. Auch eine stillgelegte U-Bahn-Linie kostet Geld. Je länger sie ungenutzt ist, umso teurer wird es. Deshalb sind die notwendigen Investitionen auf keinen Fall hinausgeworfenes Geld. Irgendwann werden die Wartungs- und Instandhaltungsmaßnahmen die Investitionskosten übersteigen. Auch dies wäre fatal. Ganz davon abgesehen machen die zusätzliche Signaltechnik und die Weichen auch nach der Gesamtfertigstellung betrieblich Sinn, zum Beispiel bei Störungen.

Ich bitte Sie deshalb, dem gemeinsamen Antrag zuzustimmen und die Nord-Süd-Stadtbahn endlich auf die Strecke zu bringen. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir zu Herrn Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Möring hat eben gesagt: Wir diskutieren schon seit einem halben Jahr über dieses Thema. Das veranlasst mich, hier noch einmal auf die Geschichte dieses Projekts hinzuweisen.

Im Juni/Juli 2009 hat der *Kölner Stadt-Anzeiger* das erste Mal über diese Idee berichtet; das sind

nicht ganz sechs Monate, Karsten. Im Oktober 2010, also 15 Monate später, haben wir die Teilinbetriebnahme Nord beschlossen. In der damaligen Vorlage hieß es, der Bereich Süd werde entsprechend geprüft. Seither, also seit Oktober 2010, ist sehr viel Wasser den Rhein herunter geflossen. Es hat Verhandlungen zwischen Stadt und KVB gegeben, die zu einer Vorlage im Verkehrsausschuss im September letzten Jahres führen sollten. Elf Monate haben diese Verhandlungen gedauert, 26 Monate nach der ersten Bekanntmachung dieser Idee. Leider hat diese Vorlage nie das Licht der Welt erblickt, und leider ist seitdem auch nicht viel passiert. Es hat keine neue Vorlage gegeben.

Die Verwaltung hat jetzt gesagt, es seien noch einmal Alternativen geprüft worden. Leider ist uns keine dieser Alternativen bekannt. Ich muss Ihnen sagen, Herr Oberbürgermeister: Es ist diese Tatenlosigkeit, die mich bei dieser Frage so ärgert, vor allem weil man ja weiß, wie zeitkritisch das Ganze ist. Herr Möring hat es gesagt: Mit jedem Monat, um den wir eine Entscheidung verzögern, verlieren wir hinten heraus vielleicht ein ganzes Jahr der Teilinbetriebnahme. Deshalb kann ich nicht verstehen, dass die entsprechende Verwaltungsvorlage nicht vorgebracht wird, dass nicht nach Lösungen gesucht wird. Das ist nicht nur ärgerlich, in diesem Fall ist das skandalös. Im Grunde ist es politische Sabotage, wenn an einer solchen Stelle nichts passiert und die Bürgerinnen und Bürger im Nachhinein darunter leiden müssen.

(Beifall bei der FDP)

Die Rentierlichkeit dieser Maßnahme nimmt natürlich mit jedem Jahr der Nicht-Inbetriebnahme ab. Deshalb ist es kritisch zu sehen, dass interessierte Kreise - ich weiß nicht, ob das stimmt, aber es wird kolportiert, es sei die Kämmerin gewesen - diese Vorlage im Grunde kaputtwaren. Man wartet einfach so lange ab, bis nichts mehr zu ändern ist.

Jetzt sind nach der damaligen Verwaltungsvorlage noch einmal sechs Monate vergangen. Wir sehen verschiedene Versuche der Politik, dieser Vorlage per Geburtshilfe doch noch zum Durchbruch zu verhelfen. Wir als FDP haben versucht, sie selber zu beantragen. Da hat der Oberbürgermeister einen Riegel vorgeschoben. Die CDU wollte mit ihrem ursprünglichen Antrag die Verwaltung zwingen, diese Vorlage hier heute einzubringen.

Nun gibt es diesen gemeinsamen Änderungsantrag von CDU, SPD und Grünen. Dazu muss ich sagen, Karsten Möring: Ich sehe da doch mehr als einen Unterschied. Ja, die FDP hätte das hier heute so beschlossen, wie es die Verwaltung in ihrer Vorlage vom September 2011 vorgeschlagen hat. Aber jetzt ist in diesen gemeinsamen Antrag ein kleiner Halbsatz aufgenommen worden, der mir zu denken gibt, nämlich dass neben der Teilbetriebnahme auch „ersatzweise eine weitere Taktverdichtung der bestehenden Linie 16“ geprüft werden soll. Das Wort „ersatzweise“ ist das Wort, das mich stört. Die Kollegin Tull hat die Überlastung dieser Linie eben schon dargestellt. Wenn auf der Linie 16 eine Taktverdichtung nötig ist, dann machen wir die. Natürlich habe ich nichts dagegen.

(Bettina Tull [Bündnis 90/Die Grünen]:
Geht doch nicht!)

Aber es kann doch nicht sein, dass wir diese Taktverdichtung *ersatzweise* für die Teilbetriebnahme vorsehen. Das bringt doch die Teilbetriebnahme der Nord-Süd-Stadtbahn nicht voran. All die Probleme, die Sie hier eben genannt haben, wie die toten Haltestellen und die Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger bleiben damit doch weiterhin ungelöst.

Wegen dieses Wortes „ersatzweise“ werden wir als FDP dem Antrag nicht zustimmen. Wir möchten heute deutlich machen: Wir wollen die Teilbetriebnahme Süd, und die lassen wir jetzt nicht kaputtprüfen.

(Beifall bei der FDP)

Also: Das Problem ist das Hinauszögern dieser Vorlage. In Ihrem Änderungsantrag ist als Zeitpunkt der Teilbetriebnahme auch nicht mehr von Anfang 2015 die Rede, sondern „bis zum Fahrplanwechsel 2015/2016“, also fast ein Jahr später. Die KVB hatte ursprünglich einmal gesagt: Wir schaffen das sogar 2014. Da war sie sehr optimistisch. Vielleicht wäre das tatsächlich möglich gewesen, wenn wir es früher beschlossen hätten. Jetzt sind wir also schon bei Ende 2015. Das heißt, ein Jahr Rentierlichkeit wird schon eingebüßt.

32 Monate seit Bekanntmachung dieser Idee sind vergangen. Wir haben eine Milliardeninvestition, wir haben massive Belastungen für die Kölner Bürgerinnen und Bürger, die dort wohnen, und für die Kölner Wirtschaft. Wir wollen nicht weitere siebeneinhalb Jahre warten, bis der Betrieb aufgenommen werden kann. Wir wollen uns hier

auch nicht mit einer Taktverdichtung der Linie 16 abspesen lassen. Wir wollen die Teilbetriebnahme Süd. Deswegen werbe ich für unseren Antrag. Herr Oberbürgermeister, ich sehe ihn als den weitestgehenden an und bitte Sie, darüber zuerst abstimmen zu lassen, damit wir klar machen können: Die FDP ist für die Teilbetriebnahme Süd. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir zu Herrn Schiele.

Karel Schiele (pro Köln): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Während ich mich auf diese Ratssitzung vorbereitet habe, bekam ich den Vorschlag der CDU in die Hand. Im ersten Augenblick habe ich spontan gedacht: Na klar, wir haben Wahlkampf in NRW. Als ich aber heute den Ratssaal betreten und den Antrag der drei Fraktionen als Tischvorlage bekam, wurde mir bewusst, dass die Sache ernster gemeint ist als ich dachte. Diese drei Fraktionen entsenden ja Vertreter in den Aufsichtsrat der Kölner Verkehrsbetriebe. Herr Fenske, informieren Sie die Mitglieder nicht vollumfänglich?

Wir haben am 7. November ein interfraktionelles Gespräch zu dieser Problematik mit Herrn Streitberger - er wird das bestätigen können - geführt. Da waren die verkehrspolitischen Sprecher und auch die Fraktionsvorsitzenden anwesend. Alle Fraktionen haben unisono Zustimmung signalisiert, nachdem Herr Höhn von der KVB dargestellt hat, dass Unterhalt und Bewachung dieses Bauwerkes für die Stadt wesentlich teurer wäre als die vorzeitige Inbetriebnahme. Plötzlich weiß niemand mehr etwas davon, aber alle wollen es jetzt vorantreiben.

Das einzig Positive ist - bei mir in der Stube hängt weiß Gott kein Bild von Herrn Breite -, dass die FDP, die bei diesem Gespräch auch dabei war, das verstanden hat und sich selbst treu geblieben ist. Ich empfehle, den Antrag der FDP so anzunehmen. Ich schließe mich im Namen der Fraktion pro Köln dem Antrag der FDP an, weil sich darin die Zustimmung der interfraktionellen Sitzung vom 7. November wiederfindet. In diesem Sinne erwarte auch ich von der Stadtverwaltung eine anständige Beschlussvorlage, damit wir die Kölner Bürger nicht länger mit der Baustelle belästigen müssen

und sie wenigstens einen Teilerfolg nach dem sehr langen Leiden sehen können. Ich unterstütze in diesem Sinne den Antrag der FDP. - Danke schön.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (DIE LINKE.): Meine Damen und Herren! Herr Oberbürgermeister! Ich will es kurz machen: Wir werden dem Antrag von SPD und Grünen zustimmen, aber aus einer ganz anderen Intention heraus, als die FDP diesen Antrag ablehnt.

Wir sind der Meinung: Herr Fenske braucht Arbeit.

(Heiterkeit)

Er muss das prüfen. Dann soll er das auch prüfen. Wir werden ja sehen, wie das ausgeht. Wir befürchten, dass nach der Wahl die Realität über uns hereinbricht und dann zum Beispiel deutlich wird, dass die Inbetriebnahme einen fast zweistelligen Millionenbetrag kosten wird und jährliche Betriebskosten von weit über 1 Million Euro hinzukommen. Das ist jetzt nur grob geschätzt; denn Herr Fenske hat darum gebeten, die genauen Zahlen, die schon bekannt sind, hier nicht zu nennen. Das mache ich jetzt auch nicht. Nur so viel, damit man überhaupt weiß, über welche Beträge wir hier reden. Ich befürchte, die Zahlen werden eher noch höher sein. Aber was soll's! Wenn sie niedriger liegen sollten, können wir darüber reden, gar keine Frage, auch wenn ich nicht glaube, dass das in Anbetracht der Haushaltssituation dann noch so realisierbar ist. Aber gut.

Wenn die FDP dann den Haushalt macht, kann sie ja unter dem Motto „Wünsch dir was“ sagen: Wir wünschen uns diesen Millionenbetrag. Aber ob der in der Tüte „Wünsch dir was“ noch vorgesehen ist, wage ich zu bezweifeln. Denn „Wünsch dir was“ liegt in Köln meines Erachtens bei einer Summe von ungefähr 1 Million Euro. Insofern kann es sein, dass das nicht reicht.

Deswegen werden wir dem Antrag heute zustimmen. Wir werden ja dann sehen, welche Zahlen auf den Tisch gelegt werden. Aber wir sehen das ziemlich skeptisch bis ablehnend. - Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Herr Fenske, bitte.

Jürgen Fenske (Kölner Verkehrs-Betriebe): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich hatte kurz überlegt, ob ich zu diesem Thema etwas sage. Eigentlich muss ich natürlich zu dem Thema etwas sagen. Aber jetzt hat mich Herr Detjen geradezu herausgefordert. Herr Detjen, ich habe es als sehr fürsorglich empfunden, dass Sie sich darum kümmern wollen, dass ich in meinem Arbeitsalltag nicht nur Sudoku löse, sondern auch wirklich arbeite. Insofern vielen Dank für Ihre Fürsorge angesichts dieses Themas.

Stichwort: Teilbetriebnahme. Meine Damen und Herren im Rat, Sie kennen die Position der KVB. Wir haben sie ja auch kommuniziert. Das ist ja eine Debatte, die auch im öffentlichen Raum geführt worden ist. Ich will an dieser Stelle nur drei Anmerkungen machen:

Erste Anmerkung. Nach dem gegenwärtigen Zeitplan gehen wir davon aus, dass die Gesamtbetriebnahme in 2019 möglich ist. Ich will das an dieser Stelle noch einmal ganz deutlich sagen, weil ja die unterschiedlichsten Zahlen herumgeistern und darüber spekuliert wird. Wenn der Fahrplan, insbesondere mit der Besichtigungsbaugrube, so eingehalten werden kann - das ist immer die Voraussetzung -, dann können wir im Jahr 2019 mit der Gesamtbetriebnahme rechnen.

Zweite Anmerkung. Der Rat hat aus unserer Sicht jetzt in der Tat bis zur Sommerpause Zeit, eine Entscheidung zu treffen, damit die Teilbetriebnahme zum Fahrplanwechsel Dezember 2015/2016 gewährleistet werden kann.

Dritte und abschließende Anmerkung: Sie erinnern sich sicherlich alle noch, dass wir im Rat die Teilbetriebnahme Nord, ich glaube, einstimmig beschlossen haben. - Vielen Dank.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Dann kommen wir zur Abstimmung über diesen Tagesordnungspunkt.

Wir beginnen mit der Abstimmung über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, bitte ich um das

Handzeichen. - Das sind die FDP-Fraktion und die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Ich sehe keine Enthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der drei Fraktionen, die eben genannt worden sind. Wer gegen diesen Änderungsantrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die FDP-Fraktion und die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Damit ist der Antrag so angenommen.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 3.1.6:

3.1.6 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Solidarität mit den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes" AN/0358/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! In unserem Antrag fordern wir Solidarität mit den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Sie alle bekommen das derzeitige Geschehen mit. Es gibt Streiks bei kommunalen und stadtnahen Unternehmen. Die Bürgerbewegung pro Köln meint, dass die Ansprüche, die geltend gemacht werden, sehr wohl ihre Berechtigung haben.

In unserem Antrag fordern wir zum einen, eine Resolution zu verabschieden, in der der Rat seine Solidarität mit den Beschäftigten erklärt.

Zum Zweiten fordern wir, alle Mandatsträger in den Aufsichtsräten, die vom Stadtrat dorthin entsandt worden sind, anzuweisen, darauf hinzuwirken, dass den berechtigten Anliegen der Beschäftigten nachgekommen wird.

Uns geht es nicht darum, dass irgendwelche Luxusbezüge verbessert werden. Wir haben ja eben über die KVB gesprochen. Da gibt es ja einen solchen Fall. Da wurde jemand als Vorstandsmitglied gewählt. Inzwischen ist er das nicht mehr, aber er bezieht weiterhin sein Luxusgehalt und wird später auch noch eine Luxuspension bekommen.

Darum geht es hier nicht. Vielmehr geht es uns um die einfachen Arbeiter, um die Angestellten, um die Auszubildenden, um die Erzieherinnen, um die Verwaltungsmitarbeiter, deren

Einstiegsgehälter zum Teil so bemessen sind, dass sie netto weniger als 1 000 Euro herauskommen. Das geht einfach nicht. Wir als Stadträte können konkret etwas daran ändern. Diese Menschen sind nicht dafür verantwortlich, dass die kommunalen Haushalte durch die etablierte Politik fahrlässig ruiniert worden sind, aber sie müssen das jetzt ausbaden. Es geht auch nicht an, dass Geld in dreistelliger Milliardenhöhe außer Landes gebracht wird und für die eigenen Leute nichts da ist. Die Anliegen der Beschäftigten sind berechtigt. Wir sollten unseren Teil dazu beitragen, dass diese Forderungen dann auch erfüllt werden. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Ludwig.

Claus Ludwig (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es wird niemanden überraschen, dass wir den Antrag mit der Überschrift „Solidarität mit den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes“ wie jeden Antrag von pro Köln ablehnen.

(Zurufe von pro Köln: Oh!)

Solidarität mit den Streikenden und Verdi ist nötig, aber durch pro Köln werden diese geradezu beschmutzt.

(Zurufe von pro Köln: Oh!)

Faschisten haben kein konsistentes Programm. Sie vertreten einander widersprechende Forderungen, um verschiedene Zielgruppen zu erreichen, und hoffen, dass diese Widersprüche nicht auffallen oder dass der rassistische Kitt ihre Anhängerschaft schon zusammenhält.

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Pfui!)

In dieser Ratssitzung möchte pro Köln besonders viele Zielgruppen ansprechen: Mit dem Tausend-Bomber-Antrag bedient man revanchistische Stimmungen, Alt- und Neonazis. Mit dem Antrag zu den Aufsichtsratsgeldern wollen ausgerechnet die Rekordhalter im Sitzungsgeld-Kassieren sich als Kämpfer gegen Politikerabzocke aufspielen.

(Beifall bei Gisela Stahlhofen [Die Linke.])

Und mit dem vorliegenden Antrag zur Tarifrunde will pro Köln suggerieren, sie vertrete die Interessen der einfachen Beschäftigten.

Der Antragstext selbst ist überwiegend sinnfrei. Anstatt an Sie, Herr Oberbürgermeister, zu appellieren, der Sie als Vorsitzender der Kommunalen Arbeitgebervereinigung in NRW tatsächlich einen Einfluss auf die Verhandlungen haben, werden die Aufsichtsräte der städtischen Unternehmen angesprochen, die mit den Tarifverhandlungen nicht das Geringste zu tun haben.

In der Überschrift ist von den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes die Rede; im Text geht es dann nur noch um die Beschäftigten der städtischen Beteiligungsunternehmen. Statt um Tarifforderungen geht es um Bonuszahlungen als Beteiligung am Unternehmensgewinn. Das ist eine völlig absurde Formulierung; denn der öffentliche Dienst ist per Definition verlustbringend, weil er die Infrastruktur der Gesellschaft bereitstellt und aus Steuern finanziert wird.

Im vorliegenden Antrag werden Gehaltserhöhungen gefordert. Gleichzeitig jammert pro Köln bei jeder Gelegenheit über die Haushaltsdefizite. Auch das ist typisch für die faschistische Demagogie.

(Zurufe von pro Köln: Pfui!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich bitte um etwas mehr Zurückhaltung.

Claus Ludwig (Die Linke.): Hier ist Zurückhaltung nicht angebracht, sondern Aufmerksamkeit und Ehrlichkeit.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich bitte Sie, auf Ihre Wortwahl zu achten.

Claus Ludwig (Die Linke.): Nein, Herr Oberbürgermeister. Die Wortwahl ist vollkommen korrekt und auch durch gerichtliche Entscheidungen gedeckt. Das ist hier kein Thema.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wenn ich Ihnen sage, Sie möchten sich zurückhalten, dann bitte ich das zu akzeptieren.

Claus Ludwig (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister, es geht hier nicht um Zurückhaltung, sondern um eine politische Analyse, und die ist korrekt.

(Lachen bei pro Köln - Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das brauchen Sie nicht zu kommentieren, Herr Ludwig! - Andreas Köhler [CDU]: Sie sind vom Oberbürgermeister darauf hingewiesen worden!)

Das Programm der Rechten ist geradezu lächerlich widersprüchlich. Ernst gemeint ist allerdings die Stoßrichtung, die sich aus diesen Widersprüchen ergibt: Pro Köln will die Illusion verbreiten, man könne die Lage der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verbessern, ohne die Interessen der Konzerne und der Vermögenden anzutasten; denn bezahlen sollen immer nur die anderen, die „Randgruppen“, wie sie von pro Köln in ihrem Programm genannt werden: die Flüchtlinge, die Migranten.

Meine Damen und Herren, die Tarifrunde wird nicht hier im Rat entschieden, sondern durch die Mobilisierungs- und Durchsetzungsfähigkeit in den Betrieben und Verwaltungen. Dort arbeiten deutsche und migrantische Kolleginnen und Kollegen zusammen und stehen gemeinsam in dieser Tarifaueinandersetzung. Die Linke steht geschlossen an der Seite der Beschäftigten. Viele unserer Mitglieder sind im öffentlichen Dienst beschäftigt, sind selbst Verdi-Mitglieder und Vertrauensleute, sind aktiv bei den Streiks dabei.

Am Tarifkampf sind weder pro Köln noch andere rassistische Gruppen beteiligt. Sie haben keinen Platz bei Verdi und in anderen Gewerkschaften. Würden Sie bei Streikversammlungen und Kundgebungen auftauchen und erkannt werden, würden die Kolleginnen und Kollegen Sie davonjagen. Es ist daher bizarr, dass die Rechten, die Feinde der Arbeitnehmerschaft und der Gewerkschaften, versuchen, dies zu ihrem Thema hier im Rat zu machen.

Der Antrag ist natürlich abzulehnen. Nur, lassen Sie mich zum Schluss noch eine Bemerkung machen: Eigentlich bin ich es leid, mich immer wieder hier mit den Anträgen von pro Köln auseinanderzusetzen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Lass es doch sein!)

Sie von der SPD, der CDU, der FDP und den Grünen stellen Ihr Schweigen als Strategie der Ausgrenzung gegen pro Köln dar. Faktisch überlassen Sie damit aber den Rechten politischen Raum,

(Susana dos Santos Herrmann [SPD]:
Quatsch! Du machst sie erst groß!)

weil Sie nicht willens oder nicht in der Lage sind, Kontra zu geben. Ich denke, wir hätten weitaus interessantere Debatten, wenn nicht nur immer ich hier stehen würde, sondern auch Sie argumentativ gegen diese Leute etwas sagen würden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Linken - Jörg Frank
[Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist die falsche Strategie!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen dann zur Abstimmung.

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Hallo, Herr Roters! - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das war ja klar!)

Sie können es auch vom Platz aus machen, Herr Uckermann.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist die direkte Folge!)

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ja, Frau Moritz, Sie haben recht: Das ist die direkte Folge, dass man sich mit einem so irren, sinnfreien Kram auseinandersetzen muss. Das, was der Herr eben hier als „Analyse“ bezeichnet, war ja im Prinzip eine ganz üble Beschimpfung. Seien Sie mal ehrlich: Würde ich das in irgendeiner Form machen, was aber nicht meine Absicht ist, hätte ich schon längst drei Ordnungsrufe bekommen. Das ist das eine. Das ist Ihr Problem.

Aber anscheinend ist unser Antrag tatsächlich substanziell so richtig. Ich will jetzt nur auf einen Punkt eingehen, den Herr Ludwig hier erwähnt hat. Wir appellieren im ersten Satz - nehmen Sie sich das Blatt mal vor; wenn Sie es lesen und verstehen können - als Stadtrat an die Verwaltung, und Vorsitzender der Verwaltung ist unser Oberbürgermeister. Er hat solche Beschlüsse dann entsprechend umzusetzen. Also macht dieser Antrag sehr wohl Sinn.

Sie haben ja eben auch von Streikkundgebungen gesprochen. Die Demonstrationzüge kommen ja regelmäßig bei uns vorbei. Unsere Fraktionsräumlichkeiten sind am Heumarkt in der Markmannsgasse 7. Nach einer solchen Demonstration kommen durchaus Teilnehmer ein Tässchen Kaffee trinken oder gehen auch mal zum WC. Das lassen wir natürlich gerne zu. Das, was Sie hier erzählt haben, ist wirklichkeitsfremd. Kommen Sie aus Ihrem roten Raumschiff heraus und hören Sie auf, hier einen solchen inhaltlosen Unsinn zu verbreiten! - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir jetzt endgültig zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag der Fraktion pro Köln ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Damit ist er abgelehnt.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 3.1.7:

3.1.7 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Güterbahnhof Mülheim" AN/0388/2012

Bitte, Herr Detjen.

Jörg Detjen (DIE LINKE.): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Nachdem der Rat der Stadt Köln das Handlungskonzept Mülheim-Nord verabschiedet hatte, fand im Juni 2009 auf Betreiben einer Nachbarschaftsinitiative und der Volkshochschule Mülheim eine Veranstaltung zur weiteren Entwicklung der Industriebrache Alter Güterbahnhof Mülheim statt. Von den heutigen Ratsmitgliedern waren Bürgermeister Bartsch, der Kollege Thelen von den Grünen und ich anwesend, von der FDP Herr Dr. Peters, von der SPD Herr Lünenbach und für die Verwaltung Herr von Wolf.

Die Veranstalter trugen ihr Anliegen vor, auch soziale Projekte auf dem Gelände zu berücksichtigen. So schlug Herr Ali Demir, damals von der IG Keupstraße, ein Ärzte- und Geschäftshaus und ein Haus der Religionen vor und favorisierte die Anbindung der Keupstraße an das Gelände. Die Geschäftsleute auf der Keupstraße wären bereit, Grundstücke zu erwerben, sagte Herr Demir.

Die damalige Eigentümerin der Liegenschaft, die aurelis Real Estate GmbH, war im Publikum mit

dem Regionalleiter Herrn Geist vertreten. Auf beharrliche Nachfrage des Moderators, Herrn Keimich, machte der Investor klar, das sie das Gelände schrittweise vermarkten wollen. In lockerem und freundlichem Tonfall habe ich Herrn Geist gebeten, nicht nur Verwertungsinteressen im Kopf zu haben, sondern auch etwas Neues zu probieren und in diesem Prozess auch soziale Projekte zu berücksichtigen.

Nichts, aber auch gar nichts geschah dann auf dem Gelände! Im November 2011, also zwei Jahre später, kaufte die OSMAB Holding GmbH das Gelände. Auf ihrer Internetseite schreibt sie - Zitat -:

Neben der OSMAB Holding AG tragen auch die Projektpartner aurelis Real Estate und die Drösser-Gruppe dazu bei, die Voraussetzungen für weitere Investitionen in Millionenhöhe zu ebnen und in Mülheim neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Was auch immer das heißen mag: Auf jeden Fall hat der Investor weder bei der Verwaltung noch in der Öffentlichkeit dargestellt, was er auf dem Gelände unternehmen will.

Es kann nicht angehen, dass ein so wichtiges Gelände wie der alte Mülheimer Güterbahnhof vor sich hin vegetiert. Deshalb beantragen wir, die Verwaltung zu beauftragen, umgehend Gespräche mit den Investoren aufzunehmen. Wenn aurelis noch Projektpartner ist, spricht vieles dafür, dass auf dem Gelände so schnell nichts geschieht. Auch deshalb unser Vorschlag in Punkt 2, der Verwaltung Werkzeug mit an die Hand zu geben, wie der Investor freundlich, aber deutlich unter Druck gesetzt werden kann. Der Investor selber ist gut aufgestellt. Wenn er ein solches Gelände erschließen will, kann er es auch.

Das Projekt Mülheim 2020 soll den abgehängten Stadtteil fördern. Barrieren, die den Stadtteil zerschneiden, sollen überwunden werden. Neue Arbeit soll entstehen. Die zügige Entwicklung der Branche Güterbahnhof könnte einen Beitrag leisten, die Ziele von Mülheim 2020 zu erreichen. - Herr Zimmermann, Sie schütteln mit dem Kopf. Der neue Investor wirbt damit sogar schon auf seiner Internetseite. Ich halte das auch für unsinnig; denn so schnell kann das gar nicht passieren. Aber der Investor schreibt das genau so auf seiner Internetseite. Das ist nur als Hinweis zu verstehen; an eine Realisierung glaube ich auch nicht.

Meine Damen und Herren, der Anschlag in der Keupstraße ist aufgeklärt. Jetzt heißt es, Konsequenzen zu ziehen und etwas zu unternehmen. Unser Respekt und unsere Achtung vor den Menschen in der Keupstraße sollten uns dazu bewegen, Projekte in Gang zu setzen, die das Leben der Menschen erleichtern und verbessern. Eine zügige Erschließung des Güterbahnhof-Geländes wäre ein solcher Schritt. Wir verlangen ja nicht viel. Es soll kein Geld ausgegeben werden. Vielmehr sollen Gespräche aufgenommen und geprüft werden, ob man eine solche Satzung aufsetzen kann. Das ist unser Anliegen. Insofern könnte man eigentlich diesem Antrag zustimmen. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Wenn er sinnvoll wäre! Aber er ist nicht sinnvoll!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Doch! Wenn sich keiner meldet, dann will noch was sagen!)

- Selbstverständlich. Frau Moritz, Sie haben das Wort.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Detjen, Sie lesen uns hier schöne Sachen vor. Gegen diese Ziele hat niemand von uns etwas, weder die SPD noch die Grünen noch die CDU. Aber Sie schlagen uns Instrumente vor, die einfach völlig untauglich sind. Sie wissen offensichtlich nicht, wofür eine Sanierungssatzung da ist und welche Bedingungen der Gesetzgeber an Sanierungssatzungen stellt. Denn wenn Sie das wüssten, würden Sie das gar nicht in die Prüfung geben, weil Sie wüssten, was dabei herauskommt.

Eine Sanierungssatzung setzt voraus, dass es Voruntersuchungen gibt. In den Voruntersuchungen soll abgeklärt werden, ob die Eigentümer bereit sind, an den städtebaulichen Zielsetzungen mitzuwirken. Diese Eigentümer sind dazu bereit. Diese Gespräche finden bereits statt.

Ich glaube, dass Ihr Antrag einen ganz anderen Sinn hat.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Warum sind Sie denn so angestochen, Frau Moritz?)

- Ich bin nicht angestochen.

(Lachen bei pro Köln)

Ich finde es einfach blödsinnig, dass Sie uns einen Instrumentenkoffer vorschlagen, der einfach nicht zieht. Das ist alles. Und auch nur deshalb lehnen wir diesen Antrag ab.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Zimmermann, bitte.

Michael Zimmermann (SPD): Nur eine kurze Anmerkung: Herr Detjen, ich bin der gewählte Abgeordnete für diesen Bereich von Mülheim. Sie können davon ausgehen, dass wir alle hohes Interesse daran haben, dass dieses Gebiet schnell entwickelt wird. Die Frage ist bloß: Welche Instrumente sind tauglich? Frau Moritz hat dazu gerade etwas gesagt.

Ich will mich an dieser Stelle an den Beigeordneten Streitberger wenden. Der Antrag der Linken besagt ja in Punkt 1, umgehend Gespräche aufzunehmen. Das heißt, es wird davon ausgegangen, dass es keine Gespräche gibt. Ich bitte Sie, Herr Streitberger, etwas dazu zu sagen. Wie ist da der Stand?

Des Weiteren würde ich von Ihnen, Herr Streitberger, gerne eine Einschätzung zum zweiten Punkt des Antrags haben. Frau Moritz hat ja gerade etwas zur Sanierungssatzung gesagt. Ich möchte von Ihnen wissen: Würde es überhaupt Sinn machen, eine solche Satzung aufzulegen, und, wenn ja, würde das den Prozess beschleunigen? Uns kommt es wirklich darauf an, dass das schnell geht und dieses Gebiet wirklich so zügig wie möglich in Zusammenarbeit mit dem Eigentümer entwickelt wird. Wenn Sie dazu etwas sagen könnten, Herr Streitberger, hätten wir eine sachliche Grundlage und könnten vernünftig entscheiden.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Bitte schön.

Beigeordneter Bernd Streitberger: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Zimmermann, ich will gerne auf Ihre beiden Fragen antworten.

Zu Ihrer ersten Frage: Ja, wir sprechen mit dem neuen Eigentümer OSMAB. Ich habe ihn sogar

vor sechs Wochen zu mir zitiert, weil die Gespräche nicht so laufen, dass ich sagen würde: Es ist jetzt alles klar; wir wissen genau, wo die Reise hingeht. Mit dem Voreigentümer aurelis haben wir in den Jahren 2009/2010 gemeinsam ein städtebauliches Konzept erarbeitet. Dieses Konzept ist für uns nach wie vor Grundlage der Entwicklung auf diesem Areal. OSMAB hat sich aber noch nicht abschließend dazu geäußert, uns aber zugesagt, in absehbarer Zeit mit eigenen Vorstellungen auf uns zuzukommen. Also: Die Gespräche werden geführt, aber sie sind nicht so, dass wir da schon etwas binden können; das ist noch nicht ganz zufriedenstellend.

Außerdem gibt es, wie Sie wissen, eine weitere Eigentümergemeinschaft im Süden des Areals. Sie ist sehr schwierig. In der Regel sprechen wir nur mit einem der Eigentümer, der sich aber immer ein wenig hinter seinen Miteigentümern versteckt und das alles erst mit denen besprechen will. Da kommt auch relativ wenig.

Zu Ihrer zweiten Frage, der Einschätzung einer Sanierungssatzung: Grundsätzlich ist eine Sanierungssatzung für die Entwicklung solcher Gebiete das vom Gesetzgeber gewünschte und gewollte Instrument. Das muss man deutlich sagen. Aber richtig ist auch das, was Frau Moritz gesagt hat. Bevor eine Satzung erlassen werden kann, muss eine vorbereitende Untersuchung gemacht werden. Eine solche vorbereitende Untersuchung muss sich mit allen Chancen und Bedingungen dieses Areals und - Frau Moritz hat darauf hingewiesen - mit der Mitwirkungsbereitschaft der Eigentümer auseinandersetzen.

Wir haben das jetzt gerade gemacht für das Gelände des Großmarktes. Sie haben das verfolgen können. Es hat über zwei Jahre gedauert, eine solche vorbereitende Untersuchung durchzuführen. Das ist natürlich auch eine Kapazitätsfrage innerhalb der Verwaltung respektive eine Kostenfrage, ob man das macht. Grundsätzlich ist das natürlich ein Instrument, das man einmal zeigen sollte, um mit den Bauherren gegebenenfalls ein bisschen zügiger und ein bisschen abschließender ins Gespräch zu kommen. Aber in Abwägung der Chancen, die wir hier haben, und in der Gesamtbetrachtung würde ich sagen. Dieses Instrument müssen wir im Moment nicht ziehen. Wenn man das im Hintergrund aufleuchten lässt, ist das vielleicht nicht ganz schlecht.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Streitberger. - Noch eine Nachfrage oder Erklärung, ehe wir zur Abstimmung kommen.

Jörg Detjen (Die Linke.): Herr Streitberger, das, was Sie gesagt haben, fand ich sehr interessant. Ich fühle mich eigentlich ein bisschen bestärkt durch Ihren Beitrag. Ich habe noch eine Frage. Sie haben gesagt, in absehbarer Zeit würde der neue Investor zum städtebaulichen Konzept Stellung nehmen. Was verstehen Sie unter „absehbarer Zeit“: drei Monate oder weniger oder mehr? Das würde mich noch interessieren.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Streitberger.

Beigeordneter Bernd Streitberger: Ich erinnere mich an das letzte Gespräch mit ihm. Da habe ich gesagt: Ich bitte zur Kenntnis zu nehmen, dass die lokale Öffentlichkeit hier auch Antworten erwartet. Natürlich muss er die Chance haben, das auch vernünftig erarbeiten zu können. Ich weiß auch, dass der Eigentumsübergang sehr viel länger gedauert hat, als man es von außen wahrgenommen hat. Ich habe ihm, glaube ich, eine Frist bis zum Sommer gesetzt und gesagt: Dann wollen wir etwas von ihm haben. Ich werde noch einmal nachschauen; ich bin mir jetzt nicht ganz hundertprozentig sicher. Ich kümmere mich aber darum und werde den Eigentümer jetzt auch noch einmal unmittelbar ansprechen.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Danke!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Streitberger. - Wir kommen dann zur Abstimmung. Wer für den Antrag der Fraktion Die Linke ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion Die Linke und Herr Zimmermann. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 3.1.8:

**3.1.8 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend
"Abtretung der durch
Aufsichtsratsmandate erworbenen
Entgelte an die Stadtkasse Köln"
AN/0359/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Als roter Faden hat sich ja durch die ganze Sitzung gezogen, wie wir die Einnahmeseite des kommunalen Haushalts verbessern können. Wir von pro Köln haben eine sehr gute Anregung, wie man dem Verwaltungshaushalt der Stadt Köln tatsächlich weitere Einnahmen zuführen kann.

Wir fordern:

Der Rat weist alle Mitglieder, die er in Aufsichtsräte entsandt hat, an, die aus diesem Mandat erzielten Einnahmen an die Stadt Köln abzutreten.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Ratsmitglieder, die vom Stadtrat in Aufsichtsräte entsandt wurden, nach den Maßgaben des § 45 GO in Verbindung mit der Hauptsatzung § 24 zu entschädigen.

Jetzt ist es ja so: Der Innenminister legt diese Entschädigung nach § 45 fest, und wir übernehmen sie mit unserer Hauptsatzung. Nach den Vorgaben des Innenministers erhält man ein Sitzungsgeld von 17,30 Euro, so auch für die heutige Ratssitzung. Wir meinen, dass das durchaus eine Grundlage sein kann, auch die Mitglieder, die in Aufsichtsräten sitzen, zu entschädigen. Exemplarisch möchte ich Ihnen aufzeigen, was das tatsächlich bringt:

Nehmen wir einmal den Aufsichtsrat der Kölner Verkehrs-Betriebe, hier das Jahr 2010. Da hat eine grüne Ratsfrau 12 800 Euro im Jahr an Sitzungsgeldern bekommen. Das Sitzungsgeld dort beträgt nicht 17,30 Euro, wie vom Innenminister festgelegt, sondern 500,11 Euro pro Sitzung. Diese Dame muss also einigen Sitzungen beigewohnt haben, um auf diese 12 800 Euro zu kommen. In diesem Falle wäre es so: Sie würde ihr Sitzungsgeld an die Stadt Köln abtreten. Im Gegenzug würde die Stadt Köln diese Dame, wie sie das auch bei den Mandatsträgern in den ganz normalen Ausschuss- und den Ratssitzungen tut, entsprechend entschädigen.

Oder nehmen wir einen Vertreter der Linken. Herr Ludwig ist ja heute sehr interessiert an unserer Ratsarbeit. Im Moment ist er nicht im Saal. Ich weiß nicht, ob er sein Sitzungsgeld schon verbraucht hat und deshalb schon gegangen ist.

(Zuruf: Er sitzt auf der Tribüne!)

- Ach, Sie sind dort oben, wohl um mich besser sehen zu sehen. - Der Vertreter der Linken im KVB-Aufsichtsrat hat nur 4 300 Euro bekommen.

Ich sagte ja gerade, die Sitzungsgelder liegen dort nicht bei 17,30 Euro, sondern bei 500,11 Euro. Wir meinen: Angelegenheiten der KVB können selbstverständlich auch im Verkehrsausschuss besprochen werden. Dafür würde es allerdings dann nur 17,30 Euro geben. Wenn Sie sich hingegen im KVB-Aufsichtsrat treffen, gibt es 500,11 Euro.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: 350!)

- Ich kann Ihnen das zeigen. Ich habe den Geschäftsbericht dabei.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Ich wollte Sie nur ein bisschen schlauer machen, als Sie sind!)

- Sie können sich ja gleich noch einmal melden, Herr Klipper, und die Sache richtigstellen. Dann haben wir eine Diskussionsgrundlage. Ich schätze Ihre Meinung.

Auf diesem Wege würden wir dem Verwaltungshaushalt der Stadt Köln Einnahmen zuführen und könnten damit dann wieder die Kindergärten verschönern und die Schulen sanieren. Da würde einiges zusammenkommen. Das ist doch eine gute Lösung. Sie sind bestimmt alle dafür. Ich bitte Sie um Zustimmung. - Danke.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit abgelehnt.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 3.1.9:

**3.1.9 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend
"Jahnwiese für die Sportvereine und
den Freizeitsport erhalten"
AN/0360/2012**

Herr Uckermann noch einmal.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Zum Schluss komme ich Ihnen mit sportlichen Dingen. Sie haben, glaube ich, das Rubrum unseres Antrags nicht vollständig vorgelesen. Es

geht darin um die Jahnwiese. Wir wollen sie für die Sportvereine und den Freizeitsport erhalten.

Sie, lieber Herr Oberbürgermeister, haben sich beim Deutschen Fußball-Bund darum bemüht, ein zukünftiges Leistungszentrum nach Köln zu holen. Dafür haben Sie die volle Unterstützung vonseiten der Bürgerbewegung pro Köln. Nicht unterstützen können wir aber, dass Sie bei der Standortauswahl die Jahnwiese vorgeschlagen haben. Das geht natürlich auf keinen Fall. Es gibt in unseren Sportanlagen im Bereich Müngersdorf bestimmt noch andere exzellente Standorte, mit denen Sie für Köln werben können.

Unser Antrag sieht vor, Sie in Ihren Bemühungen zu unterstützen. Wir meinen, dass der Stadtrat Ihnen selbstverständlich ein positives Votum an die Seite stellen sollte, damit Sie in der Sache gestärkt sind. Aber auf keinen Fall darf die Jahnwiese irgendwelchen Bepflanzungen geopfert werden. Herr Oberbürgermeister, ich bitte Sie, sich weiterhin zu engagieren, aber lassen Sie die Jahnwiese den Sportvereinen und den Familien. - Danke schön.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen dann zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Somit ist er abgelehnt.

Wir haben damit die Anträge abgearbeitet und kommen jetzt zu:

**4 Anfragen gemäß § 4 der
Geschäftsordnung des Rates und der
Bezirksvertretungen**

Zu Tagesordnungspunkt 4.1:

**4.1 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend
„Folgen des fehlenden Wirtschaftsplans
2011/12 für die Bühnen der Stadt Köln“
AN/0422/2012**

**Antwort der Verwaltung vom 27.03.2012
1193/2012**

Gibt es zu der Ihnen vorliegenden Antwort des Dezernats VII noch Nachfragen? - Sie haben zwei Nachfragen. Eine Nachfrage kommt jetzt.

Dr. Ralph Elster (CDU): Herr Oberbürgermeister, woher wissen Sie, dass ich zwei Nachfragen habe?

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Sie haben zwei Nachfragen, weil in der Geschäftsordnung steht: höchstens zwei Nachfragen.

Dr. Ralph Elster (CDU): Genau. - Ich habe in der Tat zwei Nachfragen, Herr Oberbürgermeister, und zwar insbesondere zu Ihrer Antwort auf die Teilfrage 4.

Dort wird auf den Konsolidierungsbeitrag hingewiesen, den die Kämmerin von allen Dezernaten einfordert. Da gibt es ja Diskussionen, dass er in der Höhe von etwa 4 Prozent liegen soll. Das wären, grob gerechnet auf die Budgets der Bühnen von ungefähr 50 Millionen Euro, 2,5 Millionen Euro, die offensichtlich bei den bisherigen Antworten zu den anderen Anfragen, die wir gestellt haben, noch nicht berücksichtigt worden sind. Ist das tatsächlich der Fall? Das heißt: Käme zu den 5 Millionen Euro, die vorher bei der Beantwortung der anderen Anfragen Grundlage gewesen sind, noch einmal ein Konsolidierungsbeitrag dazu? Reden wir dann über 7,5 Millionen Euro? Wenn das der Fall sein sollte - vielleicht kann Herr Beigeordneter Quander ja die Antwort geben -, würde sich das ja auf 15 Millionen Euro Konsolidierungsbeitrag summieren, den die Bühnen in den nächsten zwei Jahren leisten müssten.

Dann stellt sich für uns natürlich die Frage: Herr Oberbürgermeister, welche dieser beiden Institutionen wollen Sie denn dann schließen, das Schauspiel oder die Oper?

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Professor Quander zur Klarstellung.

Beigeordneter Prof. Georg Quander: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Dr. Elster, in dem Schreiben, auf das Sie Bezug nehmen, bin ich ja aufgefordert, mit der Bühnenbetriebsleitung über eine Anpassung des Wirtschaftsplanentwurfs zu verhandeln. Das habe ich selbstverständlich getan. Und die Bühnen - aus unserem Sonder-Betriebsausschuss heute wissen Sie das Ergebnis - haben glaubhaft versichert, dass sie dies so nicht umsetzen können, zumindest nicht kurzfristig. Das leitet sich ja auch aus den zuvor beschriebenen Auswirkungen ab. Das gilt selbst dann, wenn die Förderung auf dem bisherigen Standard bliebe, also ohne Nachbesserung.

In der Tat ist es so, dass dann, wenn die Kürzungsquote auf die Bühnen in vollem Umfang umgelegt werden müsste, wie es vorgesehen ist, pro Jahr jeweils noch einmal etwa 2,5 Millionen Euro Absenkung erforderlich wären. Allerdings müssten die Bühnen das nicht innerhalb von zwei Jahren ausgleichen, sondern hätten fünf Jahre Zeit, dies zu erwirtschaften.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Dann zu Tagesordnungspunkt 4.2:

4.2 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend „Nicht verausgabte Bundeszuwendungen für Bildung und Teilhabe“ AN/0425/2012

Antwort der Verwaltung vom 27.03.2012 1123/2012

Gibt es dazu noch Nachfragen? - Ja. Frau Senol, bitte.

Sengül Senol (Die Linke.): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir bedanken uns für die Beantwortung unserer Anfrage. - Ich habe zwei Nachfragen.

Erste Nachfrage: Bis wann ist mit einer Klärung der Frage zu rechnen, ob die Mittel an den Bund zurückgezahlt werden müssen?

Zweite Nachfrage: Für den Fall, dass die Gelder nicht zurückgezahlt werden müssen: Wird die Verwaltung sicherstellen, dass das Geld für den Bereich „Bildung und Teilhabe“ ausgegeben wird? - Vielen Dank.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Frau Dr. Klein, bitte.

Beigeordnete Dr. Agnes Klein: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ob und inwieweit zurückgezahlt werden muss, wird sich im Rahmen der Revision, also erst 2013, ergeben. Erst dann werden wir Rechtssicherheit darüber haben, ob und in welcher Höhe Rückzahlungen fällig werden oder auch nicht.

Was man dann mit nicht verausgabtem Geld zu tun gedenkt, obliegt dann der Haushaltsplanung und letztlich auch der Beschlussfassung hier im Rat. Ich denke, dass wir kein Geld verteilen

können, das uns noch gar nicht gehört und von dem wir überhaupt nicht wissen, ob wir es auch wirklich behalten können.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Dazu gibt es keine weiteren Nachfragen. Dann haben wir das auch abgearbeitet.

Zu Tagesordnungspunkt 4.3:

**4.3 Anfrage der Fraktion Die Linke.
betreffend „Folgen der vorläufigen
Haushaltsführung“
AN/0429/2012**

**Antwort der Verwaltung vom 23.03.2012
1160/2012**

Dazu liegt Ihnen zumindest ein Zwischenbericht vor. Ich gehe davon aus, dass keine Nachfragen gestellt werden sollen. Die weiteren Informationen werden Ihnen gegeben.

Dann kommen wir zu den weiteren Tagesordnungspunkten, den Beschlussvorlagen, und zwar zunächst zu:

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

**6.1.2 Nachfolgeregelungen zu der früheren
Zweckentfremdungsverordnung und
Überlassungsverordnung
0327/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Paetzold, bitte.

Michael Paetzold (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen von FDP und CDU, mit einigem Erstaunen habe ich in der letzten Sozialausschusssitzung zur Kenntnis nehmen müssen, dass Sie gegen genau diese Beschlussvorlage, nämlich zur Nachfolgeregelung zur Zweckentfremdungsverordnung, gestimmt haben. Es steht auch zu befürchten, dass Ihre beiden Fraktionen das heute ebenfalls tun werden.

Mit Verlaub: Als Bürger dieser Stadt und als Mitglied des Rates kann ich das beim besten Willen nicht nachvollziehen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das kapieren Sie auch nicht!)

Denn wir sind uns hier im Rat selten einig, meine lieben Kollegen - ich merke es auch jetzt schon wieder -; aber bei einer Aussage werden Sie mir kaum widersprechen, nämlich bei der Aussage, dass Wohnraum in Köln ein knappes Gut ist¹.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das predige ich seit Jahren!)

- Sehen Sie; da sind wir doch mal einer Meinung, Herr Klipper. Das freut mich sehr. - Wenn es irgendwo in NRW Gebiete mit erhöhtem Wohnungsbedarf gibt, wie es im Gesetz heißt, dann doch wohl hier in Köln als einer der wenigen noch wachsenden Metropolen!

Über ein Weiteres werden wir uns dann hoffentlich auch noch einig werden können, nämlich darüber, dass es zu den vornehmsten Aufgaben von Rat und Verwaltung gehört, dafür zu sorgen, dass Menschen hier in Köln Wohnungen finden.

Wenn dem aber so ist, dann können wir doch drei Dinge in dieser Stadt überhaupt nicht gebrauchen.

Wir können es erstens überhaupt nicht gebrauchen, dass Wohnraum in gewerblichen Raum umgewandelt wird, gerade in der Innenstadt. Das mag - Herr Klipper, ich verstehe Sie - für den einen oder anderen lukrativ sein. Aber es tut überhaupt keine Not. Wir haben einen Leerstand von 610 000 Quadratmetern Büroraum.

Wir können es zweitens überhaupt nicht gebrauchen, dass in dieser Stadt über längere Zeit Wohnraum einfach leersteht. - Herr Klipper, auch wenn Sie den Kopf schütteln, ändert das nichts daran.

Wir können es drittens überhaupt nicht gebrauchen, dass Wohnraum vergammelt und schließlich abgerissen wird.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Kommen Sie mal in die Ausschüsse! Dann wäre das schon beantwortet!)

- Sie können ja auch mal in den Sozialausschuss kommen. Das ist ja auch kein Problem.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Laden Sie mich mal ein!)

¹ Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes übernimmt nun die Sitzungsleitung.

- Gerne, Herr Klipper; das mache ich hiermit.

Diese drei Dinge sind einfach schädlich für Köln und für seine Bürgerinnen und Bürger, deren Wohl wir ja verpflichtet sind.

Da kommt uns die Neufassung des WFNG NRW gerade recht; denn sie ermöglicht es uns, per Satzung genau diese Zweckentfremdung und auch Vernichtung von frei finanziertem Wohnraum zu verhindern. Und genau die Erstellung einer solchen Satzung schlägt uns die Verwaltung heute vor.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, vielleicht überlegen Sie es sich noch einmal und stimmen dieser Beschlussvorlage doch zu.

(Birgit Gordes [CDU]: Bestimmt nicht!)

Denn die Kölner Bürgerinnen und Bürger würden es Ihnen danken - ich übrigens auch.

(Beifall bei der SPD)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Frau Gärtner, bitte.

Ursula Gärtner (CDU): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Um es gleich vorwegzunehmen: Wir lehnen es ab, die Verwaltung mit der Erstellung einer Wohnraumschutzsatzung und einer Mieterbenennungssatzung zu beauftragen. - Herr Paetzold, das wird Sie nicht erstaunen.

Nun werden Sie vielleicht fragen, wie man etwas ablehnen kann, das es noch gar nicht gibt. Diese Frage lässt sich leicht beantworten. Die seinerzeitigen Vorschriften der Zweckentfremdungsverordnung bzw. der Überlassungsverordnung sind 2005 bzw. 2006 ausgelaufen. Es war eines der großen Verdienste der CDU/FDP-Regierung in Düsseldorf, sie danach bewusst aufzugeben.

Der inzwischen aufgelöste Düsseldorfer Landtag hat dann bedauerlicherweise mit seiner gescheiterten rot-grünen Mehrheit eine Neuauflage beschlossen, die die Kommunen ermächtigt, entsprechende Satzungen zu erlassen.

Dies ist nicht nur überflüssig, sondern auch schädlich. Mit diesem Instrument werden keine zusätzlichen Wohnungen geschaffen, sondern Investitionshemmnisse aufgebaut. Das haben

auch Experten in der Anhörung des Landtags bekräftigt.

Dass dies hier in Köln für Rot-Grün voraussichtlich kein Hindernis darstellen wird, die Erstellung der Satzungen in Gang zu setzen, passt in Ihre ideologisch geprägte Wohnungspolitik, die die kontraproduktiven Folgen übersieht.

Wenn die beabsichtigte Zweckentfremdungsverordnung gilt, wird es sich ein potenzieller Investor genau überlegen, ob er in Köln noch bauen will, wenn er über seine eigene Immobilie nicht mehr verfügen kann. Er wird dann nämlich die Nutzungen nicht mehr selbst bestimmen können bzw. bei einer geplanten Nutzungsänderung langwierigen Antrags- und Genehmigungsverfahren unterworfen sein, deren Ausgänge für ihn ungewiss sind und die ihn nicht nur Zeit kosten, sondern auch Geld, und zwar durch eventuelle zwischenzeitliche Leerstände und Verwaltungsgebühren, die er sich heute noch ersparen kann.

Genauso schädlich ist die neue Überlassungsverordnung. Im sozialen Wohnungsbau können Sie ohnehin nur wohnberechtigten Personen eine Wohnung vermieten. Wenn Sie diese aber von der Stadt benannt bekommen - auch wenn es vielleicht drei sein werden -, wird Ihnen kaum ein Spielraum gelassen, zu entscheiden, wer in Ihre Wohnung einzieht. Oft ist es ja gerade in einem sozial schwierigen Umfeld wichtig, die Hausgemeinschaft in Ihrem Haus selbst zusammenzustellen. Das wird Ihnen dann künftig unmöglich gemacht.

Mancher, der heute noch bereit wäre, in sozialen Wohnungsbau zu investieren, wird sich dies künftig sehr überlegen. Es ist zu erwarten, dass er sich gegen die Investition in den sozialen Wohnungsbau entscheiden wird bzw. - umso schlimmer für Köln - in einer Stadt investieren wird, die keine solche Satzung hat. Dann wird der Druck auf den Wohnungsmarkt hier noch viel größer werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Die geschilderten negativen Auswirkungen werden auch eintreten, wenn die vorgesehenen Satzungen nur für einzelne Stadtteile erlassen werden. Schließlich hat dies in den betreffenden Stadtteilen eine stigmatisierende Wirkung für die in ihrem Bereich lebenden Menschen. Die Satzung kann nämlich nur erlassen werden,

wenn durch entsprechende Indikatoren festgestellt ist, dass in diesem Bereich Probleme bestehen. Damit drücken Sie den Bewohnerinnen und Bewohnern einen Stempel auf, den sicherlich keiner will.

Außerdem forcieren Sie eine Abwärtsspirale. Denn wer will dann in einem solchen Gebiet noch in frei finanzierten Wohnungsbau investieren, wenn er befürchten muss, dass dort kaum noch jemand hinziehen will? Damit verhindern Sie die soziale Durchmischung, die wir eigentlich doch alle wollen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Und welcher Investor wird sich nicht die Frage stellen, wann die Satzung auch auf den Stadtteil mit seiner Immobilie ausgedehnt wird?

Daher appellieren wir an Sie: Nehmen Sie Abstand von Ihrem rückwärtsgewandten, überkommenen wohnungspolitischen Instrument. Es vermehrt den Wohnraum nicht, sondern schreckt Investoren ab. Lassen Sie uns besser mit Investoren und der Wohnungswirtschaft partnerschaftlich kooperieren und gemeinsam in Köln zusätzliche Wohnbauflächen ausweisen und auch zur Verfügung stellen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Frau Gärtner. - Herr Helling, bitte.

Ossi Helling (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! In der Tagesordnung befinden wir uns jetzt im Bereich der Satzungen. Unter Tagesordnungspunkt 6.1.2 geht es allerdings nicht um den Erlass einer Satzung. Es geht nicht um den Erlass einer Zweckentfremdungsverordnung. Vielmehr geht es ausschließlich um die Beauftragung der Verwaltung, eine solche Verordnung demnächst vorzuschlagen, die dann hier im Rat zu beschließen ist.

(Ursula Gärtner [CDU]: Wir brauchen sie doch gar nicht!)

Das heißt: Sie verurteilen jetzt tatsächlich schon Satzungen und unterlegen diesen Satzungen Zwecke, Ziele und Gefahren, die überhaupt noch nicht erwiesen sind. Im Übrigen sind es Gefahren - -

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Doch! Das haben wir alles schon gehabt, Herr Helling!)

- Das weiß ich, Herr Klipper. Das ist bis 2006 in Köln so gewesen. Und es war keineswegs so,

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Doch!)

dass in Köln die Investitionstätigkeit auf der Grundlage der Zweckentfremdungssatzung niedriger geworden ist.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Doch, doch, doch!)

- Nein, die Investitionstätigkeit ist nicht auf der Grundlage der Satzung niedriger geworden, sondern höchstens auf der Grundlage der Zinsentwicklung.

Ich komme jetzt aber noch einmal zu der Frage, warum Sie diese Satzung ablehnen, und zwar ohne Kenntnis dessen, was tatsächlich konkret in dieser Satzung stehen wird. Ob es zum Beispiel um Stadtteile oder ganze Stadtbezirke oder die Gesamtstadt geht, ist ja alles überhaupt noch nicht klar. Sie praktizieren hier Ihre langjährig entwickelten ideologischen Beißreflexe gegen jede, aber auch jede Form irgendeiner Beeinflussung des Wohnungsmarktes durch kommunale Interventionen oder Landesinterventionen. Das ist der Grund, warum Sie blindlings auch diese Beauftragungen der Verwaltung ablehnen.

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle propagieren Sie eine Ideologie der freien Marktwirtschaft ohne den dringend notwendigen Zusatz und Appendix „soziale“ Marktwirtschaft. Das wird von Ihnen hier gebetsmühlenartig propagiert. Es wird von Ihnen tatsächlich auch im Wohnungsmarkt durchgängig so vertreten und eingefordert.

Dabei ist das Ganze doch kein Problem von allen Wohnungsbesitzern, sondern ein Problem von einzelnen Vermietern, die im Einzelfall vielleicht unvernünftig oder nachlässig sind. Das sind sozusagen die kleinen schwarzen Schafe unter den Vermietern. Um die geht es hier.

Es geht darum, zu verhindern, dass es in der komplizierten Kölner Wohnungsmarktlage zu monatelangen Leerständen in einzelnen Wohnungen oder ganzen Wohnanlagen kommt.

Es geht darum, zu verhindern, dass nicht genehmigte Abrisse von Wohnungen in dieser Stadt stattfinden.

Es geht darum, zu verhindern, dass einzelne Vermieter Wohnraum in Büro- oder in Geschäftsräume umwandeln können, ohne dass sie es vorher beantragen müssen und ohne dass es überhaupt genehmigt wird.

Darum geht es. Das sind Missstände in dieser Stadt mit ihrem komplizierten Wohnungsmarkt. Von allen Bürgern, die solche Missstände sehen, wird auch dringend gefordert, dass die Stadtverwaltung an diesen Punkten aktiv wird.

Meine Damen und Herren, Überlegungen, wie diese Fehlentwicklungen eingeschränkt werden können, sollten von Ihnen, und zwar von allen Parteien dieses Rates, dringend angestellt werden. Stattdessen überlegen Sie nichts anderes, als unter dem Stichwort der Freiheit für Investoren jegliche kleinste Steuerungsmöglichkeit und jegliche kleinste Einwirkungsmöglichkeiten auf diesem Markt hintanzustellen.

Die schwierige Lage auf dem Kölner Wohnungsmarkt ist schon dargestellt worden. Ich brauche das nicht alles zu wiederholen. Lassen Sie mich nur noch zwei Punkte nennen.

Aktuell fordern 16 000 Haushalte durch die Beantragung beim Wohnungsamt neuen preisgünstigen Wohnraum in dieser Stadt.

Während wir 1990 noch 22 Prozent geförderte Wohnungen hatten, haben wir in diesem Jahr nur noch 7,5 Prozent.

Das sind die Fakten des Kölner Wohnungsmarktes.

Meine Damen und Herren, in dieser Situation kann es doch nicht wahr sein, dass der Kampf um den Erhalt einzelner Wohnungen von Ihnen abgelehnt wird,

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das ist doch Unfug! Das will doch gar keine Socke!)

bei dem es darum geht, die wenigen schwarzen Schafe unter den Wohnungsbesitzern an die Kandare zu nehmen und sie darauf hinzuweisen, dass Wohneigentum auch eine soziale Verpflichtung bedeutet. Nichts anderes wird mit dieser Verordnung beabsichtigt, meine Damen und Herren.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Wer will denn eine alte Wohnung in Büroraum umbauen? Das gibt es doch gar nicht!)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie dringend, dieser Politik der unsozialen Ideologie von CDU und FDP einen Riegel vorzuschieben und dieser Verwaltungsvorlage zuzustimmen. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Helling. - Frau Hoyer, bitte.

Katja Hoyer (FDP): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Herr Helling, wenn ich Sie so höre - der Kampf um die einzelne Wohnung -, habe ich schon das Gefühl, dass wir hier fast im Häuserkampf sind.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Ja, wir sind im Häuserkampf. Da haben Sie uns schon richtig eingestimmt.

Sie haben auch die Frage gestellt, warum wir diesen Vorschlag überhaupt nicht zulassen. Wissen Sie, die Antwort ist ganz einfach. Wenn ich von etwas grundsätzlich nicht überzeugt bin, brauche ich mir den Vorschlag gar nicht anzuhören - ob das nun Variante A oder B ist; ob Sie sagen, dass zwischen drei oder vier oder fünf Mietern ausgewählt werden darf.

(Ossi Helling [Bündnis 90/Die Grünen]:
Das ist Ideologie!)

Deswegen brauchen wir uns die Vorschläge gar nicht anzuhören. Wir sind grundsätzlich der Meinung, dass das, was Sie mit dieser Satzung beabsichtigen, nicht der richtige Weg ist.

Frau Gärtner ist schon darauf eingegangen, dass es im Landtag eine Initiative zur Änderung des Gesetzes zur Förderung und Nutzung von Wohnraum für das Land Nordrhein-Westfalen gegeben hat. Das ist im Grunde genommen die Rolle rückwärts, die Rot-Grün macht, weil Sie nicht damit leben konnten, dass dieses Gesetz sich bei Schwarz-Gelb bewährt hat.

Das hat die Anhörung auch gezeigt. Die Wohnungswirtschaft hat gesagt, dass dieses Gesetz sich bewährt hat; denn alles das, was wir hier immer fordern - Entbürokratisierung, Deregulierung -, ist in diesem Gesetz enthalten gewesen.

(Beifall bei der FDP)

Schauen wir es uns jetzt doch einmal ganz praktisch an, lieber Herr Helling. Wie sieht das denn aus? Ihre Vorstellung ist ja, dass jeder Vermieter irgendwie ein böser Mensch ist. Es gibt aber durchaus Vermieter, die einen sozialen Ansatz pflegen und gerne bereit sind, in den sozialen Wohnungsbau zu investieren. Aber irgendwann hört es auch auf, nämlich dann, wenn man nachher kein Mitspracherecht mehr bei der Auswahl der Mieter hat. Wissen Sie was? Damit verschrecken Sie auch diese sozialen Vermieter.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Und das soll dann im Interesse des sozialen Wohnungsbaus sein? Ich denke, dass es besser ist, ein Miteinander mit potenziellen Investoren zu suchen, um einen Weg zu finden, Wohnungen zu schaffen, als sie von vornherein zu verschrecken.

Nun komme ich zu einem anderen Punkt, der mir ganz wichtig ist. Sie stellen es so dar, als ob es nach diesem Gesetz jetzt in jeder Kommune eine solche Satzung gäbe. Das ist eben nicht der Fall. Jede Kommune kann sich eine Satzung aussuchen, wie sie möchte. Gucken Sie sich doch einmal den Wettbewerb zwischen den unterschiedlichen Kommunen an. Die eine Kommune sagt: Wir gehen sehr freiheitlich damit um und machen es im Hinblick auf Zweckentfremdung so, dass bei uns keine Gebühren für die Leute anfallen, die einen Wohnraum in Büroraum umnutzen.

Mit dem, was Sie beabsichtigen, schaffen Sie auch eine Wettbewerbsverzerrung zwischen den verschiedenen Kommunen. Sogar das Mieterforum hat Ihnen ins Stammbuch geschrieben, dass der von Rot-Grün vorgelegte Gesetzentwurf überhaupt in die falsche Richtung geht. Sie haben also von der Wohnungswirtschaft die Rote Karte gekriegt und auch vom Mieterforum die Rote Karte gekriegt.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Von allen, genau!)

Es passt aber einfach nicht in Ihr Bild hinein. Deswegen müssen wir das in Köln jetzt mit dieser Satzung ausbaden.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ein anderer Punkt, der ganz wichtig ist: Ich habe das Gefühl, dass Sie mit der Zweckentfremdungsabgabe eine neue Einnahmequelle finden wollen. Vielleicht ist das ja eine ganz schöne Sache, weil wir damit den

Haushalt sanieren können. Gleichzeitig haben Sie aber natürlich wieder ein paar Aufgaben mehr, die Sie erfüllen müssen. Das passt doch prima in diese Landschaft! Eigentlich versuchen wir ja, bei uns in der Verwaltung Aufgaben abzubauen. Daher brauchen wir nicht wieder Leute, die im Endeffekt dafür sorgen, dass Zweckentfremdungsabgaben aufgebaut werden.

Aus dieser Argumentation heraus, dass wir mit dieser Satzung nur wieder eine Regulierung und Bürokratie bekommen, aber im Grunde genommen keinen Effekt für den sozialen Wohnungsbau haben, lehnt meine Fraktion, die FDP, diese Satzung ab. - Danke.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Frau Hoyer. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Bürgermeisterin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht kann ich ein bisschen zur Klärung beitragen. Ich glaube, dass es hier vor allem um eine Traumatisierung geht,

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Ach du Schreck!)

und zwar sowohl bei der CDU als auch bei der FDP, aber noch stärker bei der CDU.

(Winrich Granitzka [CDU]: Ja, wir sind sehr traumatisiert!)

Es war das Jahr 1991, als ein prominenter Bürgermeister dieser Stadt, Angehöriger der CDU, der Wohnraumzweckentfremdung überführt wurde - zusammen mit dem damaligen FC-Präsidenten. Es handelte sich um Professor Rolf Bietmann, der damals noch kein Professor war, und Herrn Artzinger-Bolten, von dem damals in der Zeitung Exzess stand, er sei zu dumm für die Bundesliga. Diese beiden Herren haben damals mit ihrem Anwaltsbüro Wohnraumzweckentfremdung betrieben. Das wurde von unserer Fraktion aufgedeckt. Die Folge war: Herr Bietmann musste als Bürgermeister zurücktreten.

Ich kann nachvollziehen, dass das ein Trauma ist,

(Widerspruch bei der CDU)

möchte aber auch dazu beitragen, dass dieses Trauma überwunden wird. Und die Überwindung des Traumas kann dadurch erfolgen, dass man sich dieser Vorlage sachlich nähert.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD - Karsten Möring [CDU]: Dann tun Sie das mal, Herr Frank!)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Helling.

Ossi Helling (Bündnis 90/Die Grünen): Ich habe noch zwei Fragen an Frau Hoyer.

Die erste Frage: Frau Hoyer, wissen Sie, dass die Zweckentfremdungsverordnung sich nicht auf die Investoren im geförderten Wohnungsbau bezieht, sondern nur auf die Investoren im frei finanzierten Wohnungsbau?

Die zweite Frage: Wissen Sie, dass die Einnahmen, die möglicherweise aus Zahlungen auf der Grundlage der Zweckentfremdung resultieren, zweckentsprechend für den Wohnungsbau in Köln verwendet werden müssen und nicht in den allgemeinen Haushalt fließen dürfen?

Das ist sinnvoll, weil es nämlich eine Entschädigung der Kommune dafür ist, dass Wohnraum, der dringend notwendig ist, umgewandelt wurde. Dieses Geld dient auch dazu, dass neuer Wohnraum geschaffen werden kann, und nicht zur Haushaltssanierung.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Frau Hoyer, bitte.

Katja Hoyer (FDP): Herr Helling, ich habe ein ganz großes Problem mit Abgaben überhaupt. Sie belasten mit einer Zweckentfremdungsabgabe Bürger, die versuchen, zu investieren. Sie und ich haben also ein ganz anderes Denken. Wir können ja einfach einmal festhalten, dass wir da einen unterschiedlichen Ansatz haben. Dafür bin ich in der FDP - das bin ich gerne -, und Sie sind bei den Grünen.

(Beifall bei der FDP)

Zum anderen Punkt: Beim frei finanzierten Wohnungsbau gilt genau das Gleiche wie beim

geförderten Wohnungsbau. Es geht mir um die Belastung von potenziellen Investoren. Ich glaube, das ist einfach etwas, was Sie überhaupt nicht verstehen.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Klipper, bitte.

Karl-Jürgen Klipper (CDU): Frau Bürgermeisterin! Herr Frank, ich bin jetzt wirklich traumatisiert. Daran komme ich gar nicht mehr vorbei. Ich kann nur Folgendes feststellen - ich muss das wirklich einmal feststellen -: Seit sechs Jahren bekommen wir einmal im Jahr - meistens ist es im November gewesen - einen Antrag zur Wohnungsbauförderung vorgelegt. Immer bekommen wir einen neuen Antrag - mal 25, mal 30, mal zwei Seiten.

Und was ist heute das Resultat? Wir haben hier in ganz Köln die höchsten Preise. Wir haben die schlechteste Versorgung seit ewigen Zeiten. Trotzdem wird jetzt wieder das nächste Instrument benutzt, um die Versorgung nochmals zu verschlechtern.

Ich kann Ihnen nur empfehlen, sich das einmal anzuschauen. Wäre gestern einer im Wohnungsbauforum gewesen, hätte er Ihnen sehr schön berichten können, welche Kosten man in Zukunft zu erwarten hat, wie das Ganze weitergeht und dass man im sozialen Wohnungsbau mit den Mieten von 5,25 Euro, die es in Zukunft gibt, keine Wohnung erstellen kann - auch nicht mit staatlicher Förderung.

Deswegen sage ich nur: Passen Sie auf, dass Sie nachher nicht auf einmal etwas bekommen, was für die Wohnungsversorgung in Köln negativ ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Zimmermann.

Michael Zimmermann (SPD): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir führen hier eine Debatte, als hätte Rot-Grün einen Antrag eingebracht. Das Ganze eskaliert auch ein bisschen.

Ich würde daher darum bitten, dass die Frau Beigeordnete, die ja diese Vorlage eingebracht hat, uns noch einmal sachlich auf die

Grundlagen zurückführt und darstellt, warum die Verwaltung die Vorlage eingebracht hat und was der Hintergrund ist. Dann können wir vielleicht auf einer sachlichen Ebene entscheiden.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Zimmermann. - Frau Reker, bitte.

(Winrich Granitzka [CDU]: Diese Beigeordnete kann nur sachlich vortragen!)

Beigeordnete Henriette Reker: Frau Bürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hier sind jetzt schon viele Argumente gefallen. Ich habe auch festgestellt, dass Sie das Ganze durch sehr unterschiedliche Brillen betrachten.

Über bestimmte Tatsachen, die in Köln vorliegen, besteht aber wohl Einigkeit.

Köln verzeichnet einen erhöhten Wohnungsbedarf.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das stimmt!)

Die Zahl der Wohnberechtigten liegt mit mehr als der Hälfte der Kölner Haushalte auf einem hohen Niveau.

(Ursula Gärtner [CDU]: Das kriegt man doch nicht mit einer Satzungsänderung geregelt!)

- Das habe ich auch noch nicht gesagt. Aber wir wissen auch alle, dass es kaum eine andere Möglichkeit gibt, als mit einer solchen Satzung auf Leerstände Einfluss zu nehmen und Wohnraum, der nicht angemessen vermarktet wird, dem Markt wieder zugänglich zu machen.

Es ist richtig, dass es hier um frei finanzierten Wohnungsbau geht. Allerdings ist das auch nicht der größte Anteil.

Ich denke, wir wissen auch alle, Herr Klipper, dass es in Zukunft teuer wird, so zu bauen, dass es auch unseren Energieeffizienzanforderungen entspricht.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das ist doch gestern ganz klar gesagt worden!)

Gerade das ist für mich als Vertreterin der Verwaltung aber ein Argument, zu sagen: Schon

Es geht hier nicht darum, Wohnungen, die bisher schon - ich benutze jetzt einmal das in Ihren Ohren vielleicht böse Wort - zweckentfremdet vermietet worden sind, zurückzuholen, sondern es geht darum, ihnen keine neuen mehr hinzuzufügen.

Es gibt Stadtteile, in denen man kaum noch eine Erdgeschosswohnung mieten kann - aus gutem Grund; denn diese Möglichkeit war für einige Jahre eröffnet, seit 2006 die Zweckentfremdungsverordnung wieder zum Ruhen gebracht wurde, um es einmal so zu nennen. Dadurch stehen diese Wohnungen dem Wohnungsmarkt nicht mehr zur Verfügung, obwohl wir sie bitter nötig hätten. Auf der anderen Seite gibt es viele leerstehende Büroräume und Möglichkeiten für Praxisräume, bei denen aber keine Wohnnutzung möglich ist.

Deswegen kann ich Sie nur bitten, uns die Satzung entwerfen zu lassen. Wenn die Satzung im Entwurf vorliegt, wird man ganz genau gucken können: Wo nutzt es? Es mag auch sein, dass die Verwaltung einen Vorschlag macht, der Ihnen nicht gefällt. Dann können Sie ihn korrigieren. Ich glaube aber, dass wir uns insgesamt der Sache annehmen sollten, damit wir von diesem erhöhten Wohnungsbedarf ein Stück weit wegkommen.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Frau Beigeordnete. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. - Doch. Bitte schön.

Reinhard Houben (FDP): Vielen Dank, Frau Bürgermeisterin. - Frau Beigeordnete, haben Sie denn Zahlen darüber, was Sie durch eine solche Satzung an Wohnungen jährlich sozusagen freischaufeln könnten?

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Frau Reker, bitte.

Beigeordnete Henriette Reker: Frau Bürgermeisterin! Ich werde Ihnen die Zahlen dann gerne mit der Satzung liefern. Im Vorfeld dieser Satzung mache ich solche Arbeiten nicht, weil ich glaube, dass wir in der Bearbeitung auch sehr genau auf unsere Kapazitäten achten müssen.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Frau Beigeordnete. - Jetzt sehe ich aber wirklich keine Wortmeldungen mehr.

Dann möchte ich darüber abstimmen lassen. Wer ist dagegen? - Das sind die CDU, die FDP und Herr Hoffmann. Wer enthält sich? - Das sind Herr Zimmermann und pro Köln. Damit ist 6.1.2 angenommen.

Jetzt kommen wir zu:

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und Ähnliches

6.2.1 Neufassung der Benutzungsordnung für die Volkshochschule Köln 3170/2011

Ich möchte darüber abstimmen lassen. Wer ist dagegen? - Niemand. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist auch 6.2.1 angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 6.2.2:

6.2.2 Neufassung der Benutzungs- und Entgeltordnung des Historischen Archivs der Stadt Köln 4986/2011

Abstimmung wie AVR, wie Anlage 6 und wie die Neufassung, die Ihnen als Tischvorlage verteilt wurde.

Dazu sehe ich keine Wortmeldungen. Dann möchte ich auch darüber abstimmen lassen. Wer ist dagegen? - Niemand. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist diese Vorlage einstimmig angenommen.

Darüber freut sich sicherlich auch Frau Dr. Schmidt-Czaia, die ich herzlich auf der Tribüne begrüße.

Nun rufe ich auf:

7 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen u. -verpflichtungen für das Hj. 2011 gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2010/2011 1064/2012

Das ist eine Mitteilung, die wir alle zur Kenntnis genommen haben. Es gibt keine Wortmeldungen dazu. - Danke schön.

Dann kommen wir zu:

10 Allgemeine Vorlagen

Zu Tagesordnungspunkt 10.3:

10.3 Bedarfsprüfung, Einleitung eines Vergabeverfahrens und Abschluss eines Rahmenvertrages über die Abwicklung der Fortsetzungsverwaltung für die Stadtbibliothek Köln und andere städtische Dienststellen für die Zeit vom 01.10.2012 bis 30.09.2015 zzgl. einer einjährigen Verlängerungsoption 0507/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine Wortmeldungen. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Niemand. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist 10.3 einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.4:

10.4 Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg: Anpassung der Zweckverbandssatzung an die Vorgaben der VO (EU) 1370/2007 0526/2012

Abstimmung wie Finanzausschuss.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann möchte ich darüber abstimmen lassen. Wer ist dagegen? - Niemand. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist auch 10.4 einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.5:

10.5 Umbau der Stadtbahnhaltestelle Liebigstraße hier: Vergabe von Bauleistungen ohne rechtskräftiges Baurecht 0701/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Niemand. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist 10.5 einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.8:

10.8 Einrichtung Logistikforum Köln 0705/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine Wortmeldungen.

Wir stimmen zuerst über die Punkte 1, 3 und 4 ab. Wer ist dagegen? - Niemand. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist das einstimmig angenommen.

Dann kommen wir zu den Personen: für die SPD Herr Jörg van Geffen, in Vertretung Herr Axel Kaske, korrigiert auf Herr Michael Zimmermann; für die CDU Herr Klaus Koke, in Vertretung Frau Dr. Sandra von Möller; für die Grünen Herr Jörg Frank, in Vertretung Herr Manfred Waddey; für die FDP Herr Andreas Feld, in Vertretung Herr Dietmar Repgen.

Gibt es dazu Meldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Niemand. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist auch das einstimmig angenommen. - Schönen Dank.

Zu Tagesordnungspunkt 10.9:

**10.9 Familie-Ernst-Wendt-Stiftung
hier: Wirtschaftsplan 2012
0791/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Niemand. Enthaltungen? - Keine. Dann ist 10.9 einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.10:

**10.10 Hochwasserschutzkonzept Köln,
Planfeststellungsabschnitt 10 (PFA) -
Retentionsraum Worringer Bruch
4162/2011**

Abstimmung wie Umweltausschuss, Anlage 7, wie BV 6.

Gibt es dazu noch Wortmeldungen? - Ja. Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir regen an, diesen Arbeitstitel erst einmal grundsätzlich zu ändern. De facto ist das nämlich kein Hochwasserschutzkonzept für Köln, sondern bestenfalls für Düsseldorf.

Wir finden es bedauerlich, dass der Rat bzw. die Ausschüsse die Bedenken in der Bevölkerung nicht ernst nehmen und dass das hier richtig durchgeboxt wird. Wir bitten Sie alle noch einmal, doch mehr auf die Bevölkerung einzugehen und zu berücksichtigen, dass man mit dieser gigantomanischen Maßnahme sehr viel Schaden im Kölner Norden anrichtet. Unser Anliegen wird es weiterhin sein, für die Belange der Bevölkerung zu kämpfen.

Wir sind für Hochwasserschutz. Das darf aber natürlich nicht zulasten der Bevölkerung gehen.

Entsprechend lehnen wir diese Beschlussvorlage ab. - Danke.

(Beifall bei pro Köln)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen dazu. Dann möchte ich darüber abstimmen lassen. Wer ist dagegen? - Das ist pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist 10.10 angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.11:

**10.11 Sperrbezirke im Kölner Süden,
Verlängerung des temporären
Sperrbezirkes
0270/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. - Doch. Herr Helling, bitte.

(Ossi Werner Helling [Bündnis 90/Die Grünen]: Wie Sozialausschuss!)

- Wie Sozialausschuss.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Wie Anlage 2!)

- Abstimmung wie Sozialausschuss, Anlage 2.

Wer ist dagegen? - Niemand. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist das einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.12:

**10.12 Stadtentwässerungsbetriebe Köln
(StEB): Bürgerschaftsrahmen der Stadt
Köln zur Besicherung von Darlehen
zur Finanzierung von Investitionen im
Rahmen des „Investitionsprogramms
Abwasser NRW“ des Landes NRW und
des diesbezüglichen
Ergänzungsprogramms der
NRW.BANK
0849/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Niemand. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist das einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.14:

**10.14 Errichtung eines Bildungsganges:
Berufliches Gymnasium für Erziehung
und Soziales, Fachbereich und**

fachlicher Schwerpunkt: Erziehung und Soziales, Bildungsgang: Allgemeine Hochschulreife (Freizeitsportleiterin/Freizeitsportleiter) (Sport und Biologie) am Berufskolleg Humboldtstr. 41, 50676 Köln (BK 14) zum 01.08.2012 0112/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Niemand. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist 10.14 einstimmig angenommen.

(Winrich Granitzka [CDU]: Was ist denn mit 10.13?)

- 10.13 ist zurückgezogen, Herr Granitzka.

Zu Tagesordnungspunkt 10.15:

10.15 Einstellung des Betriebs der Kölner Anlaufstelle für schwerst Drogenabhängige im Rechtsrheinischen (KAD II) 4290/2011

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann möchte ich darüber abstimmen lassen. Wer ist dagegen? - Niemand. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist 10.15 einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.16:

10.16 Wahl zum 16. Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen am 13. Mai 2012, Zeitraum der Wahlwerbung 1152/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Unter Tagesordnungspunkt 10.16 schlagen Sie vor, die Plakatierung zur Landtagswahl zu reduzieren. Das ist aus unserer Sicht einer Partei, die von extremer Medienblockade betroffen ist, natürlich ein enormer Nachteil. Sie sind wohl auch alle der Meinung, dass Parteien sich offen präsentieren dürfen, dass sie über Plakate mit der Bevölkerung in Kontakt kommen können und dass sie darüber kommunizieren.

Wir halten es also für falsch, dass Sie hier de facto jetzt auch noch eine Art Wahlkampfverbot aussprechen wollen, und bitten Sie, im Sinne der

Demokratie allen Parteien die Möglichkeit zu geben, zu plakatieren. - Danke schön.

(Beifall bei pro Köln)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Dann möchte ich darüber abstimmen lassen. Wer ist dagegen? - Das ist pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist das angenommen.

Dann kommen wir zu:

14 Erlass von Veränderungssperren

14.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Braunsfeld
Arbeitstitel: Max-Wallraf-Straße in Köln-Braunsfeld
0008/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Niemand. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist 14.1 einstimmig angenommen.

Ich rufe auf:

14.2 Satzung über eine Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Holweide
Arbeitstitel: Bergisch Gladbacher Straße/Steyley Straße in Köln-Holweide
0049/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine Wortmeldungen. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Das ist die FDP. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist 14.2 angenommen.

Jetzt kommen wir zu:

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

16.1 221. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Abs. 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
0072/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen?

(Helmut Jung [CDU]: Das ist zurückgezogen!)

- Zurückgezogen? Nein, 16.1 ist nicht zurückgezogen. Da hat sich jemand verguckt.

(Winrich Granitzka [CDU]: Doch, das steht hier!)

- Nein, es ist nicht zurückgezogen, Herr Granitzka; ich bleibe dabei.

(Winrich Granitzka [CDU]: Na gut; Sie sind die Bürgermeisterin!)

Ich lasse also über 16.1, KAG-Satzungen, abstimmen. Wer ist dagegen? - Das ist pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist 16.1 angenommen.

Nun kommen wir zu:

17 Wahlen

Zu Tagesordnungspunkt 17.1:

17.1 Entsendung eines Ratsmitgliedes in den Ausschuss für kommunale Entwicklungszusammenarbeit der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) 0330/2012

(Hans-Werner Bartsch [CDU]: Da bist du befangen!)

Da müsste mich Herr Bürgermeister Bartsch bitte vertreten; denn das würde ich ungern selbst zur Abstimmung stellen. - Bitte².

Bürgermeister Hans-Werner Bartsch: Meine Damen und Herren, so kommt man zu Ehren. - Ich rufe noch einmal auf:

17.1 Entsendung eines Ratsmitgliedes in den Ausschuss für kommunale Entwicklungszusammenarbeit der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) 0330/2012

Vorgeschlagen ist Frau Bürgermeisterin Scho-Antwerpes.

Gibt es weitere Vorschläge? - Das ist nicht der Fall.

Will sich jemand gegen Frau Scho-Antwerpes aussprechen? - Das ist nicht der Fall. Enthält sich jemand? - Dann sind wir alle für Frau Scho-Antwerpes.

(Beifall)

Nimmst du die Wahl an?

(Elfi Scho-Antwerpes [SPD]: Ja!)

Danke.

(Winrich Granitzka [CDU]: Das war nicht gut! Wir hätten gerne mal die Hand gehoben!)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Das war doch positiv.

Zu Tagesordnungspunkt 17.2:

17.2 Antrag der CDU-Fraktion hier: Nachwahl eines Abgeordneten für die Mitgliederversammlung des Städtetages NRW AN/0372/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine Wortmeldungen. Dann möchte ich darüber abstimmen lassen. Wer ist dagegen? - Niemand. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist 17.2 angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.4:

17.4 Benennung von sachkundigen Einwohnern und Einwohnerinnen für die Ausschüsse des Rates 0972/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann möchte ich darüber abstimmen lassen. Wer ist dagegen? - Niemand. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist auch 17.4 einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.5:

17.5 Antrag der FDP-Fraktion hier: Benennung eines Sachkundigen Einwohners im Jugendhilfeausschuss AN/0432/2012

² Bürgermeister Hans-Werner Bartsch übernimmt für diesen Tagesordnungspunkt die Sitzungsleitung.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine Wortmeldungen. Dann möchte ich darüber abstimmen lassen. Wer ist dagegen? - Niemand. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist 17.5 angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.6:

**17.6 Antrag der SPD-Fraktion
hier: Nachbesetzung von
Fachausschüssen und Gremien
AN/0449/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann möchte ich darüber abstimmen lassen. Wer ist dagegen? - Niemand. Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig angenommen.

Damit sind wir am Ende des öffentlichen Teils der Sitzung.

(Zurufe: Nein!)

- Das stimmt nicht. Ich weiß es besser. Jetzt kommt nämlich noch:

**18 Genehmigung von
Dringlichkeitsentscheidungen gemäß
§ 60 Abs. 1 Satz 3 der
Gemeindeordnung des Landes
Nordrhein-Westfalen**

**18.1 Landtagswahl 2012 - Mittelbewilligung
und Bedarfsfeststellungsbeschluss
1084/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine Wortmeldungen. Dann lasse ich darüber abstimmen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Positiv!)

Wer ist dagegen? - Niemand. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist 18.1 einstimmig angenommen.

Jetzt haben wir aber wirklich das Ende des öffentlichen Teils unserer heutigen Sitzung erreicht.

(Schluss: 19:35 Uhr)